

# RUNDSCHREIBEN

für die Mitglieder des Bundes der Danziger e.V., Lübeck



NUMMER 1  
NOVEMBER 1948

HERAUSGEBER: BUND DER DANZIGER E.V., LÜBECK · VERANTWÖRTLICH: DR. KONNEMANN, LÜBECK, SCHWARTAUER ALLEE 71a

## Zum Geleit!

Die Herausgabe eines Informationsblattes für die Danziger wird von allen Danzigern lebhaft und dankbar begrüßt werden. Das Verlangen nach zuverlässiger Information von zuständiger Stelle ist groß. Das Blatt kann auf die Unterstützung aller Danziger rechnen. Möge es die den Danzigern angeborene Heimatliebe und Treue wachhalten! Möge es ihren festen Zusammenschluß fördern! Einigkeit macht stark. Wir dürfen nicht aufhören, gemeinsam mit den Vertriebenen aus allen deutschen Ostgebieten gegen den Raub der Heimat schärfsten Einspruch zu erheben; er verstößt gegen göttliches und menschliches Recht. Wir müssen fortfahren, die uns Danzigern feierlich vom Völkerbund verbrieften Rechte vor den herrschenden Mächten geltend zu machen. Wir müssen aber auch in unserer gegenwärtigen Lage auf die Erfüllung der den deutschen Ostvertriebenen von den zuständigen Stellen verheißenen Gleichstellung mit den Eingesessenen unverdrossen hinwirken, nach dem alten Danziger Wahlspruch:

„Besonnen und furchtlos!“

Berlebeck, Kreis Detmold

Dr. Ernst Ziehm  
Präsident des Senats a. D.

Die Liebe zur verlorenen Heimat eint auch heute alle Danziger. Gemeinsames Leid schließt sie zusammen, auch wenn sie über Länder und Landschaften zerstreut sind. Für diese vom Schicksal verwehten Landsleute ein Sprachrohr zu schaffen, ist eine löbliche, dankenswerte Aufgabe. Des bin ich sicher, alle Danziger erwarten von dem Informationsblatt Antwort auf die Fragen, die sie so oft beschäftigen, die ihre Herzen und Sinne bewegen; seine Aufgabe wird es mit sein, den manchmal mutlosen Landsleuten den Glauben an eine bessere Zukunft wiederzugeben. Es muß denen, die nur um das Vergangene klagen, klargemacht werden, daß es zu nichts Gutem führt, die Hände tatenlos in den Schoß zu legen. An die Zukunft gilt es vor allen Dingen zu denken. Sie ist für unser Schicksal entscheidend.

Elmshorn, Wilhelmstraße 38

Franz Adomat

Mir blieb nicht die Heimat! — nicht Geld und nicht Gut!  
Doch blieb mir zum Leben der Wille — es blieb mir der Mut.  
Für's Verlor'ne zu kämpfen — und sei's noch so schwer!  
Drum ist auch mein Dasein — trotz allem nicht leer.

Vertrauend auf Gott — seine Hilfe — sein Licht,  
Das siegreich die dunkelsten Wolken durchbricht,  
So wirk ich und werke und glaube fest,  
Daß Gott mich die Heimkehr erleben läßt.

Bremen, Schönhausener Straße 39

Anni Kalähne

Dr. Richard Stachnik, Geistlicher Studienrat

## Was wir taten — was wir wollen

Vom 20. bis 22. August 1948 fanden in Travemünde wieder die Männer und Frauen zusammen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, für die Geschicke unserer Stadt und der Danziger zu arbeiten und zu kämpfen. Hier wurde folgende Resolution gefaßt:

„Mitglieder des letzten nichtnationalsozialistischen Senats der Freien Stadt Danzig, Führer und Abgeordnete der ehemaligen hitlerfeindlichen Oppositionsparteien des Danziger Volkstages sowie die nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vertreter der aus ihrer angestammten Heimat vertriebenen 300 000 Danziger sind Ende August 1948 in Travemünde zusammengekommen.

Die vor einem Jahr gewählte Vertretung der Freien Stadt Danzig hat am 18. August 1948 an die Westmächte und den Generalsekretär der Vereinten Nationen ein Memorandum gesandt. In ihm wird gefordert, daß das verfassungsmäßige Leben der Freien Stadt Danzig unter dem Schutz der Vereinten Nationen an Stelle des aufgelösten Völkerbundes wieder hergestellt wird. Die Danziger Verfassung ist als **einzige Verfassung der Welt vom Völkerbund garantiert und unter seinem Schutz gestellt** worden. Dieser Anspruch Danzigs gegenüber allen Nationen ergibt sich aus den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts. Das hat auf Grund seiner Geschichte das Recht auf einen freien unabhängigen Staat. Diese Forderungen werden in dem Memorandum überzeugend begründet. In diesem Memorandum heißt es: „Der polnische Staat hat die Freie Stadt Danzig unter Verletzung der geltenden Norm des Völkerrechts widerrechtlich einverleibt und unter Anwendung der verabscheuungswürdigen Methoden der Gewalttätigkeit die Danziger Bevölkerung ausgetrieben. Wir protestieren feierlich gegen diese Verstöße wider die Grundsätze des Völkerrechts und wider die anerkannten Prinzipien der Humanität. Wir bitten die Vereinten Nationen, der Freien Stadt Danzig und ihren aus der Heimat vertriebenen Bürgern schnellstens Schutz und Beistand zu gewähren.“

Die Not, der wir unterworfen sind, hat ein doppeltes Gesicht. Es ist die äußere Not, daß wir mit leeren Händen gleichsam auf die Straße gestellt sind. Das Wort „Elend“ bedeutet seit den Tagen der Völkerwanderung im eigentlichen Sinn: aus dem Lande der Heimat gehen. In dieses Elend sind wir genötigt worden. Zu dem äußeren Mangel an Essen und Trinken, Kleidern und Schuh, Haus und Hof kommt die innere Not der Mutlosigkeit und Verzweiflung, der Anfechtung und Enttäuschung. Viele werden darüber bitter und suchen vergebens nach einem Sinn für ihr Leben.

Was kann uns helfen? Zuerst wollen wir uns ein Wort vor Augen halten, das in einem neueren Schauspiel aus der Zeit der Bauernkriege zu einer uneinigen und mutlosen Schär gesagt ist: „Man kann zur Stunde nicht nah genug beisammenstehn!“ Es gilt wirklich in dieser Zeit besonders, daß einer des andern Last tragen muß, wenn wir nicht schuldig werden wollen an denen, die keine Kraft mehr haben.

Und das andere: Wir wollen und dürfen den Glauben nicht fahren lassen, daß über aller Ungerechtigkeit und dem Leid dieser Welt der Eine heute noch lebt und uns hält, dem unsere Väter die ehrwürdigen und vielgeliebten Kirchen in der Heimat erbaut haben. Unsere Armut kann und soll uns zum Gewinn werden, wenn wir unter dem Gericht Gottes uns mit einem neuen Glauben aufrichten an dem Trost:

„Die Gottesgnad alleine steht fest und bleibt in Ewigkeit.“

Gerhard Gölzow, Oberkonsistorialrat,

Vorsitzender der Leitung der Evang. Kirche von Danzig-Westpreußen

Unsere Zeit ist Notzeit von besonderer Härte. Wohl eines jeden Danzigers Lebensweg war in den letzten Jahren ein Leidensweg. Viele sind, menschlich gesprochen, allzu früh Opfer dieses Leidensweges geworden. Ehre ihrem Andenken! —

Für uns, die wir geblieben sind, wird auch die Zukunft nicht leicht sein. Trotzdem lasse ich mir meinen Optimismus nicht rauben. Wir müssen es schaffen! Wir müssen den Kopf hochhalten und mutig in die Zukunft schauen; wir müssen uns dort, wo wir sind, in zäher Energie und Arbeit durchsetzen versuchen; wir müssen in landsmannschaftlicher Verbundenheit treu zusammenhalten. So werden wir es, wenn es dem Willen Gottes entspricht, schaffen und uns und unseren Nachfahren wieder Heimat und menschenwürdige Lebensverhältnisse erringen.

Dr. Richard Stachnik, Geistlicher Studienrat

Die Verfolgung unserer Danziginteressen wird mit aller Zähigkeit in enger Zusammenarbeit der hierfür Berufenen fortgeführt, auch wenn nach außen hin davon nichts in Erscheinung tritt. Soweit dies möglich sein wird, werden unsere Danziger Bürger in großen Zügen über alle Maßnahmen auf dem laufenden gehalten werden, die getroffen werden, um ihre Rechte zu vertreten.

Sinn und Zweck dieses Mitteilungsblattes ist es aber vornehmlich, den Zusammenhalt, den unser Heimatgefühl uns aus alter Verbundenheit gibt, aufrecht zu erhalten und zu pflegen. Diesem Zweck dient der Bund der Danziger e.V. in Lübeck, dessen Organisation in organischer Entwicklung aufgebaut ist und dessen Aufbau vor dem Abschluß steht. Dieser Bund faßt auf caritativer Grundlage alle Bezirks- und Ortsverbände zusammen unter genauester Beachtung der Anordnungen der Besatzungsmächte. In diesem Zusammenschluß sollen unsere Danziger betreut, ihnen Rat und Hilfe gewährt werden; sie sollen über alle allgemein interessierenden Fragen informiert und in grundsätzlichen Fragen unterstützt werden. Dazu kommt die Betreuung der Rückkehrer, die Fortführung der bereits weit vorgeschrittenen Anlage von Suchkarteien, die Zusammenführung von Angehörigen und die Pflege heimatlicher Geselligkeit.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, da wir darangehen können, unsere Hoffnung; die uns mit unserer Heimat verknüpft, zu verwirklichen. Inzwischen müssen wir unsere Dinge auch in der Fremde nach altem Danziger Brauch tatkräftig angehen. Das gilt nicht nur für unsere gemeinsamen Interessen, sondern auch für jeden von uns im Existenzkampf. In diesem Bestreben wollen wir uns gegenseitig unterstützen und helfen. Wir wollen zusammenstehen, wie wir es gewohnt sind und eingedenk bleiben des Spruches, den unser altehrwürdiges Rathaus trug:

„Aurea libertas nullo capabilis sere“

(Die goldene Freiheit ist für kein Geld käuflich)

Lübeck, November 1948

Dr. Norbert Sternfeld

## Der Bund der Danziger e. V., Lübeck

Schon im Juni 1945 schlossen sich in Lübeck unter Führung des Oberkonsistorialrats Gülzow (früher St. Marien Danzig) eine Reihe von Danzigern zu einem Danziger Hilfskomitee zusammen. War doch gerade Lübeck die Stadt, die schon damals die weitaus größte Zahl Danziger Flüchtlinge unter allen Städten Deutschlands beherbergte (zirka 7000) und sich als Mittelpunkt zur Sammlung der etwa 70 000 Landsleute in Schleswig-Holstein besonders eignete. Dieses Hilfskomitee machte es sich zur Aufgabe, die durch die Ereignisse in alle Winde zerstreuten und auseinandergerissenen Familien durch Schaffung einer Kartei wieder zusammenzuführen und den in Not geratenen Landsleuten Hilfe und Unterstützung durch Rat und Tat zu gewähren. Vielen konnte geholfen werden. Aus allen Teilen Deutschlands, des Auslandes und aus Kriegsgefangenenlagern trafen Anfragen ein und viele Landsleute gedenken noch heute dankbar dieser Anfänge unserer Danziger Tätigkeit.

Das Arbeitsfeld dehnte sich weiter aus. Es fanden sich immer mehr Mitarbeiter ein. Auch an anderen Plätzen wurden ähnliche Hilfsrichtungen von tatkräftigen, arbeitsfreudigen Landsleuten geschaffen. Der Gedanke, alle aus ihrer Heimat vertriebenen Danziger in einer gemeinschaftlichen Organisation zusammenzufassen, lag nahe. Und so wurde im Dezember 1946 mit Genehmigung der lokalen britischen und deutschen Behörde der „Bund der Danziger“ in Lübeck gegründet und ins Vereinsregister eingetragen. Diese Vereinigung fand unter den Danzigern einen erfreulichen Widerhall, und aus allen Zonen trafen Beitrittsklärungen in großer Zahl ein. Leider wurde nach kurzem Bestehen die Arbeit des Bundes durch eine Verordnung der Militärregierung unterbrochen und ihm jede weitere Tätigkeit untersagt, da sein Bestehen gegen eine Verordnung des Alliierten Kontrollrates verstoße. So war der Bund zum Stillstand gezwungen. Dank der Bemühungen des Oberkonsistorialrats Gülzow konnte aber die Danziger Hilfsstelle in Lübeck unter kirchlicher Leitung ihre caritative Fürsorge auch in der Zwischenzeit fortsetzen.

Die Bestrebungen, den Bund wieder erstehen zu lassen, wurden fortgesetzt. Endlich gelang es Ende Juli 1948 die Genehmigung seitens der Militärregierung zur Weiterarbeit als „Bund der Danziger“ zu erhalten. Die Statuten, die

die Grundlage bilden für die Erfassung und den Zusammenschluß aller Danziger, wurden vorgelegt und gleichfalls genehmigt.

Die Aufgaben des Bundes sind laut § 2 der Statuten: die gemeinsamen Interessen aller Danziger zu vertreten, insbesondere in sozialen, wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und beamtenrechtlichen Fragen, die Belange der Danziger bei Behörden, Körperschaften, Verbänden pp. wahrzunehmen und bedürftigen Danzigern soziale und caritative Hilfe zu leisten. Es ist jetzt also die Möglichkeit gegeben für alle Danziger, die überall verstreut leben und allein hilflos sind, sich zur Wahrung ihrer Rechte und zur Erhaltung des Heimatgedankens zusammenzuschließen. Bei einer Tagung führender Danziger Persönlichkeiten wurde mit Recht die strikte Forderung gestellt:

„Jeder Danziger muß Mitglied des Bundes der Danziger sein.“ Der Bund kennt direkte und indirekte Mitgliedschaft. Die Vereinigungen der Danziger, die bereits bestehen und von der Zentrale in Lübeck bestätigt sind, treten dem Bund korporativ bei. Die noch nicht örtlich organisierten Danziger sollen als Einzelmitglieder aufgenommen werden und melden sich unter genauer Personalangabe mit alter Heimatanschrift bei der Bundeszentrale in Lübeck, Beckergrube 41. An Orten, an denen sich eine größere Anzahl Danziger befindet, ist anzustreben, daß unter dem Vorsitz eines aktiven Danzigers eine Ortsstelle gegründet wird. Wer sich hierzu berufen fühlt, der gehe ans Werk und schreibe nach Lübeck, wo er weitere Richtlinien erhält. Ein Verzeichnis der schon bestehenden Ortsstellen und angeschlossenen Vereine erscheint in der nächsten Nummer des Mitteilungsblattes.

Die vielseitigen und großen Aufgaben, die sich der Bund gestellt hat, erfordern auch die Schaffung eines Fonds, zu dem jeder durch seinen Mitgliedsbeitrag (monatlich 0,50 DM, Familienbeitrag 0,75 DM) beisteuern kann. Wenn die Not auch groß und die Zeiten schwer sind, dieses Opfer muß jeder, der seine Heimat liebt, bringen.

Die Leitung des Bundes hofft, daß auch der letzte Danziger sich zur Mitgliedschaft meldet und das erstrebte Ziel des Zusammenschlusses aller Danziger dadurch erreicht wird.

## Die Staatsangehörigkeit der Danziger

Nach Art. 105 Versailler Friedensvertrag haben am 10. Januar 1920 die im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnhaften Reichsangehörigen ihre frühere Reichsangehörigkeit verloren und wurden Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig. Auf Grund von Art. 72 Danziger Verfassung wird die Danziger Staatsangehörigkeit nach den Bestimmungen eines Gesetzes erworben und verloren. Das am 30. Mai 1922 über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit erlassene Gesetz (Ges. Bl. S. 129) entspricht den im VF festgelegten Grundsätzen.

Das Gesetz des Reichstages vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1574), das die Einverleibung der Freien Stadt Danzig in das Deutsche Reich bestimmte und die Danziger Staatsangehörigen zu Reichsdeutschen erklärte, besitzt — jedenfalls völkerrechtlich — keine Gültigkeit. Es verstieß gegen Art. 100 VF, wonach das Deutsche Reich auf die Rechte und Ansprüche bezüglich des Gebietes der Freien Stadt Danzig verzichtet hat. Eine rechtswirksame Einwilligung zuständiger Staatsorgane lag nicht vor.

Zwar hat der Gauleiter Albert Forster in seiner Eigenschaft als „Staatsoberhaupt“ am 1. September 1939 ein „Staatsgrundgesetz“ über die Vereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich verkündet. Dieses „Staatsgrundgesetz“ rühme jedoch von einem ungesetzlichen Organ her, denn die Verordnung des Nazi-Senates vom 23. August 1939 (Ges. Bl. S. 413) über die Ernennung des Gauleiters zum „Staatsoberhaupt“ ist ungültig.

Die Verordnung bezeichnet als ihre gesetzliche Grundlage das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (Ges. Bl. S. 273) und das Gesetz zur Verlängerung dieses Gesetzes vom 5. Mai 1937 (Ges. Bl. S. 358a). Nach diesem Ermächtigungsgesetz konnten gesetzliche Maßnahmen laut ausdrücklicher Bestimmung nur im Rahmen der Verfassung geschehen. Gemäß Artikel 39 der Danziger Verfassung ist aber der Senat „Oberste Landesbehörde“. Die Einsetzung eines „Staatsoberhauptes“ sollte offensichtlich die „Einheit von Partei und Staat“ im Sinne des „Führerprinzips“ und somit die „Gleichschaltung“ der Verhältnisse mit denen im Reich gewährleisten. Die Verordnung verstieß also gegen den Wortlaut und den Sinn der Verfassung. Irgendeine Befatung der Verordnung im Danziger Volkstag ist nicht erfolgt.

Außerdem wäre eine Verfassungsänderung nach Art. 49 III Danziger Verfassung nur dann wirksam geworden, nachdem sie dem Völkerbund mitgeteilt worden wäre, und dieser erklärt hätte, daß er gegen die Abänderung keine Einwände zu erheben hat.

Eine Willenskundgebung des Staatsvolkes selbst zur Frage der Einverleibung in das Deutsche Reich liegt nicht vor; denn eine Abstimmung hierüber hat weder vor oder nach der Einverleibung jemals stattgefunden. Im übrigen hätte eine Willenskundgebung zur Frage der Einverleibung nur politische und keine völkerrechtliche Bedeutung gehabt, da die Verfassung der Freien Stadt Danzig vom Völkerbund garantiert worden ist.

Die Erklärung des Gauleiters Forster zur Einverleibung Danzigs in das Deutsche Reich ist somit rechtlich unerheblich.

Inzwischen ist auch vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, dessen Statut vom 8. August 1945 die Generalversammlung der UNO am 2. Dezember 1945 bestätigt, und dessen Entscheidung für die Mitglieder der Vereinten Nationen bindenden Charakter hat, eindeutig festgestellt worden, daß die Einverleibung der Freien Stadt Danzig seitens des Deutschen Reiches ein rechtswidriger und schuldhafter Verstoß gegen völkerrechtliche Bestimmungen darstellte.

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg hat sich zu der Verletzung verschiedener Bestimmungen des VF vom Jahre 1919 durch das Deutsche Reich folgendermaßen geäußert:

„Es besteht kein Zweifel, daß die Deutsche Regierung gegen alle diese Bestimmungen verstoßen hat. Einzelheiten sind im Anhang C aufgeführt. Mit Bezug auf den Vertrag von Versailles werden folgende Fälle herangezogen:

(4) die Einverleibung des Freistaats Danzig am 1. September 1939 unter Verletzung des Art. 100.“

Soweit Danziger Staatsangehörige in den Dienst des Deutschen Reiches getreten sind, haben sie mit der Aushändigung der von der Verwaltungsbehörde ausgestellten Urkunde die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß den §§ 15 und 16 des Deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes vom Jahre 1913 erworben. Damit sind sie nicht ohne weiteres der Danziger Staatsangehörigkeit verlustig gegangen. Denn nach § 15 des Gesetzes vom 30. Mai 1922 kann durch Beschluß des Senats die Danziger Staatsangehörigkeit zwar für verlustig erklärt werden, wenn ein Danziger Staatsangehöriger in ausländischen Staatsdienst getreten ist. Das Danziger Staatsangehörigkeitsgesetz sieht

also die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit im Falle des Eintritts in einen fremden Staatsdienst vor. Diese in den Reichsdienst getretenen Danziger Staatsangehörigen haben somit ihre Danziger Staatsangehörigkeit neben dem Erwerb der reichsdeutschen Staatsangehörigkeit beibehalten. Dieses gilt auch für diejenigen Danziger Staatsangehörigen, die nach der Kapitulation in den Dienst des Reiches getreten sind.

Die auf Grund von Art. 105 VF und auf Grund des Gesetzes vom 30. Mai 1922 erworbene Staatsangehörigkeit ist nur auf den in diesem Gesetz angegebenen Gründen verloren und besteht im übrigen weiter fort, da die Freie Stadt Danzig auch in der Gegenwart als Staat völkerrechtlich vorhanden ist. Denn die Freie Stadt Danzig ist weder durch die Einverleibung in das Deutsche Reich, noch durch die sowjetische Besetzung, noch durch die Eingliederung in den polnischen Staat als Staat untergegangen.

Die Einverleibung in das Deutsche Reich hat die Freie Stadt Danzig als Staat völkerrechtlich deshalb nicht zum Erlöschen gebracht, weil Großbritannien und Frankreich die Einverleibung nicht anerkannten und als Garant der Freien Stadt Danzig in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundes sich mit Deutschland im Kriege befanden. Sowjetrußland wollte die Freie Stadt Danzig nach der Eroberung selbst nicht annektieren. Polen leitet seine Rechte aus dem Potsdamer Abkommen her. In diesem haben die Vertragsschließenden ihm nur die „Administration“ der Freien Stadt Danzig bis zur „final determination“ übertragen. Die Freie Stadt Danzig wäre aber als Staat nur untergegangen, wenn sie Polen endgültig von den über sie verfügungsberechtigten Staaten zugewiesen worden wäre. Dieses ist in Potsdam nicht geschehen und hätte im übrigen von den Vertragsschließenden nicht geschehen können.

Diese hier dargelegte Auffassung über die Fortexistenz der Freien Stadt Danzig läßt sich aus den geltenden Grundsätzen des Völkerrechts herleiten, wie sie von der durchaus herrschenden Meinung vertreten werden.

Im übrigen steht diese Auffassung im Einklang mit der Staatspraxis der Vereinigten Staaten. Bei dem State Department hat sich seit Anerkennung der Stimson Doktrin im Jahre 1932 der Gedanke durchgesetzt, daß diejenigen Staaten, die unter Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen von einem fremden Land besetzt worden sind und keine effektive Staatsgewalt ausüben, nicht aufgehört haben, Staaten und Völkerrechtssubjekte im völkerrechtlichen Sinne zu sein.

Zu der Danziger Frage hat sich der britische Außenminister auf eine Anfrage im Oktober 1945 im Unterhaus folgendermaßen geäußert: „Mr. Pickthorn richtete an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten folgende Anfrage:

Welches ist heute die internationale Stellung Danzigs, das heißt ist es noch ein Staat gemäß Artikel 100—108 des Versailler Vertrages, oder wann und durch welchen Rechtsvorgang hat es aufgehört ein Staat zu sein?

Mr. Bevin:

Die rechtliche Lage der Freien Stadt ist nach Ansicht der britischen Regierung unverändert, und sie wird es auch bis zur Entscheidung bei den Friedensverhandlungen bleiben. Die Lage Danzigs heute, wie das Hohe Haus weiß, ist de facto die, daß es zufolge eines Übereinkommens zwischen der britischen, der amerikanischen und der Sowjetregierung auf der Potsdamer Konferenz der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt wurde.“

Ist die Freie Stadt Danzig als Staat noch existent, so ist es nur folgerichtig, daß die auf Grund des VF und des Gesetzes vom 30. Mai 1922 erworbene Staatsangehörigkeit noch fortbesteht, soweit sie nicht aus den im Gesetz selbst angegebenen Gründen verloren ist. Dementsprechend hat auch das britische Auswärtige Amt am 3. August 1945 verfügt:

„Obschon die britische Regierung die Einverleibung Danzigs durch Deutschland nicht anerkennt, haben diejenigen, die Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig vor der Annektierung durch Deutschland waren, auch weiterhin noch einen Rechtsanspruch darauf, als solche betrachtet zu werden.“

In Übereinstimmung mit der Auffassung des britischen Auswärtigen Amtes ist davon auszugehen, daß die rechtliche Lage der Freien Stadt Danzig unverändert ist, und daß die Danziger Staatsangehörigkeit bei denjenigen fortbesteht, die sie nicht auf Grund des Gesetzes vom 30. Mai 1922 über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit (Ges. Bl. S. 129) verloren haben.

Hamburg

Dr. Dr. Langguth

## Pensionszahlungen an Danziger

Im Mai dieses Jahres wurde ein Erlaß des Finanzministers von Rheinland-Westfalen bekannt, nach dem an ehemalige Beamte der Freien Stadt Danzig und deren Witwen Versorgungsgebühren nicht mehr gezahlt werden sollen. Dieser Erlaß und seine Folgen verursachten unter unseren Landsleuten begrifflicher Weise große Erregung. Der Bund der Danziger und andere berufene Stellen nahmen die Angelegenheit sofort auf. Es stellte sich heraus, daß der Erlaß erfolgt war auf Grund von Anordnungen der Militärregierung, aus denen der Finanzminister entnahm, daß diejenigen Beamten von der Versorgung mit Verdrängten-Vorschüssen auszuschließen seien, die Bedienstete der früheren Freien Stadt Danzig und der vorübergehend mit dem Reichsgebiet vereinigten Gebiete gewesen oder die als volksdeutsche Umsiedler aus fremden Staaten in das Reichsgebiet gekommen waren. Auch seitens des Niedersächsischen Ministers der Finanzen erfolgte bald darauf unter dem 17. Juni 1948 ein Erlaß, der gleichfalls die weitere Zahlung von Versorgungsgebühren an frühere Beamte der Freien Stadt Danzig einstellte. Es war darin gesagt, daß hinsichtlich der Versorgungsbezüge der früheren Beamten der Freien Stadt Danzig die Militärregierung davon ausgeht, daß die Einverleibung Danzigs in das Deutsche Reich von den Besatzungsmächten nicht anerkannt sei; daher könne eine Versorgung aus deutschen öffentlichen Mitteln nicht gewährt werden.

Diese Verordnungen stehen im Widerspruch zu einer früher ergangenen Anweisung der britischen Militärregierung, daß Danziger, abgesehen von ihrer Staatsangehörigkeit, als Deutsche behandelt werden sollen. In verschiedenen Eingaben und Denkschriften wurde auch darauf hingewiesen, daß auch Verpflichtungen des Deutschen Reiches gegenüber einem großen Teil der Danziger Pensionäre aus dem Beamtenabkommen bestehen, das seinerzeit bei der Gründung des Freistaates zwischen dem Deutschen Reich und Danzig abgeschlossen wurde. Die Einsprüche hatten den Erfolg, daß die Regierung des Landes Niedersachsen die Zahlung der Pensionen wieder aufnahm. Neuanträge wurden dagegen bis auf weiteres zurückgestellt. Hiergegen ist seitens des Bundes erneut Protest erhoben worden. Mit Rheinland-Westfalen schweben noch die Verhandlungen, um auch in diesem Land die Benachteiligungen der Danziger Pensionäre zu beseitigen.

Der Bund und die berufenen Stellen werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine ungerechtfertigte Behandlung der Danziger Pensionäre vorgehen. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese für unsere Landsleute lebenswichtige Frage zur Zufriedenheit gelöst wird. Wir wissen, daß bei großen Not in den meisten Fällen eine baldige Entscheidung dringend geboten ist. Die Regierung des Landes Schleswig-Holstein, mit der mehrfach

Verhandlungen geführt wurden, hatte sich von vornherein entschlossen, bis zur endgültigen Klärung der Frage die bisher gezahlten Vorschüsse auf Versorgungsgebühren auch weiter zu zahlen, stellte aber gleichfalls die Erledigung neuer Anträge bis auf weiteres zurück. Bei der letzten Besprechung Ende Oktober wurde erklärt, daß das bizonale Gesetz, das die Pensionsverhältnisse der Flüchtlingsbeamten regeln soll, bereits dem Wirtschaftsrat in Frankfurt/Main vorliege, und daß mit der alsbaldigen Verabschiedung gerechnet werde. In diesem Gesetz sei vorgesehen, die Danziger nicht anders zu behandeln als Flüchtlingspensionäre aus dem Reichsgebiet. Wir hoffen, unsern Mitgliedern bald Mitteilung über eine erfolgreiche Erledigung dieser Angelegenheit machen zu können. Darüber hinaus werden wir auch die volle Gleichberechtigung der Danziger Pensionäre mit den einheimischen Pensionären fordern.

## Guthaben bei Danziger Sparkassen

Für alle in die britische Zone ausgewichenen öffentlichen Sparkassen und Girozentralen aus dem Osten und auch aus Danzig ist der Bankdirektor Kurt Fengefisch (24a) Hamburg 1, Postfach 999 (Landesbank), Bergstraße 16 als Treuhänder eingesetzt.

Nach Angaben des Herrn Fengefisch kann zur Zeit leider nur mitgeteilt werden, daß irgendwelche Verfügungen über frühere Ostsparguthaben auf Anordnung der Militärregierung grundsätzlich untersagt sind.

Im übrigen sind sämtliche sogenannte Ausweich- und Auskunftsstellen, soweit solche sich gebildet haben, schon seit längerer Zeit aufgelöst. Es ist nach Lage der Dinge zur Zeit durchweg nicht möglich, Auskünfte über frühere Kontenstände zu geben, Ersatzsparbücher oder andere Ausweise auszustellen und Sperrungen zu veranlassen. Auch eine Vorlage von Spärbüchern bzw. deren Anmeldung ist zur Zeit nicht notwendig. Sollte eine Registrierung erforderlich werden, so wird durch Presse- und Rundfunk eine Aufforderung dazu erfolgen. Auch alle weiteren die Ostsparer angehenden Mitteilungen werden auf dem üblichen Wege veröffentlicht, um Einzelanfragen unnötig zu machen.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß vielfach Gerüchte über Auszahlungsmöglichkeiten umlaufen. Sie betreffen durchweg Vorgänge in der russisch besetzten Zone, nicht aber Auszahlungsmöglichkeiten nach den bzw. in den Westzonen.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch für die Danziger Sparer in absehbarer Zeit eine einigermaßen befriedigende und tragbare Lösung gefunden wird.

# SO SIEHT'S DAHEIM AUS

(Nach Berichten von Pfarrer Schütz u. a.)

Viele von Euch haben in den dreieinhalb Jahren, die Ihr nun schon der Heimat fern seid, so manches über das jetzige Aussehen unserer Vaterstadt Danzig gehört. Ihr habt wohl Aufnahmen von der zerstörten Innenstadt gesehen, Briefe gelesen, die von Danzigern, die immer noch dort sind, zu uns gekommen sind. Aus allem habt Ihr Euch ein ungefähres Bild darüber machen können, wie es jetzt in Danzig aussieht, aber dieses Bild ist doch sehr ungenau, und so werdet Ihr gewiß gerne etwas Näheres, Ausführlicheres hören wollen. In drei Jahren hat sich vieles verändert, neues Leben ist sogar schon aus den Ruinen aufgeblüht. Und wenn wir heute auf den Spuren des alten schönen Danzig wandern werden, so werden wir mit freudigem Staunen sehen, daß Danzig nicht nur in unseren Herzen fortlebt, es ist auch in Wirklichkeit noch da, seine Seele lebt und webt noch zwischen Trümmern und Brandruinen, sie dümmert im Winterschlaf und wartet nur darauf, daß sie eines Tages zu neuem, schöpferischem Leben erweckt wird. Nein, Danzig ist nicht tot! Das sei uns ein Trost in der Trauer um die verlorene Stadt und eine Stärkung unseres Glaubens an ihre Wiederaufstehung.

Es ist nicht gut, liebe Landsleute, wenn wir mit verdrießlichem Gesicht sagen: „Was hilft uns die Erinnerung an das Vergangene, die Hoffnung auf Wiederherstellung des alten schönen Antlitzes unserer Stadt. So wie es früher war, kann es nie und nimmer werden.“ Vielleicht werden sogar einige von Euch sagen: „Ich will nicht mehr zurück. Der Anblick der zerstörten Stadt wäre mir ein Schmerz ohne Ende. Ich trage ihr liebes, schönes Angeht in Herzen und will es so ungetrüblich bewahren bis zum Tode.“ Man kann es verstehen. Wir Menschen sind verschieden. Aber es klingt müde Resignation daraus, hoffnungslose Trauer, die uns nicht weiterhilft. Wir müssen uns aufraffen. Das Leben verlangt den Einsatz aller unserer Kräfte, es will unsere Lebensbejahung — trotz alledem — und es will auch unsere Lebensfreude. Deshalb schließen wir uns auch fern der Heimat fest zusammen, denn nur in der Gemeinschaft sind wir stark, empfangen wir Kraftströme zur Bewältigung der Aufgaben, die uns hier gestellt sind. Wenn wir zusammenkommen, wir alten Danziger, wenn wir unsere gemeinsame Sprache sprechen und uns unsere Sorgen und Nöte, aber auch unsere kleinen neuen Freuden und Erfolge unserer Arbeit mitteilen, dann ist immer ein Stück Heimat nahe bei uns.

Geht es nicht den meisten von uns so, daß wir ausrufen — immer dann wenn uns das Heimweh überfällt —: „Zu Fuß würde ich zurückkehren, wenn ich dürfte und die Gewißheit hätte, daß ich nicht ein zweites Mal von Haus und Hof vertrieben würde.“ Ja, meine lieben Landsleute, es heißt nicht von ungefähr: Kein Mensch gedeiht ohne Vaterland, ohne Heimatland. Noch unter den Trümmern unserer Vaterstadt, auf dem so schwer geprüften, zerschundenen Heimatboden würden wir uns glücklicher fühlen als in der Fremde, wo wir noch lange Jahre als Flüchtlinge gelten werden. Man gebe uns unsere Heimatstadt zurück und wir werden wie ehemals unsere Vorfäter, die Kolonisten, mit doppeltem Eifer und einer Freudigkeit ohne gleichen an den Wiederaufbau herangehen. Was könnten wir schaffen, wenn man uns dazu die Freiheit ließe und die Mittel in die Hände gäbe!

Wir alle, die wir über ganz Deutschland verstreut sind, haben die Schönheiten anderer deutscher Landschaften kennengelernt, und in der Natur haben wir Trost und Linderung für unsere wunden Herzen gesucht. Aber wo gibt es eine Stadt, einen Gau in Deutschland, der schöner ist als unsere alte Stadt Danzig, als diese unvergleichlich liebliche Vereinigung von Meer und Dünenstrand und herrlichen Kiefern- und Buchenwäldern wie daheim? Deshalb auch brennt uns die Seele, wenn wir Bilder dieser heimatlichen Schönheiten sehen und unser Herz bittet Gott: Ach, einmal wieder der Heimat heiligen Boden betreten, durch die stillen, friedlichen Wälder wandern, die Sonne auf dem weißen Strande längs der Danziger Bucht leuchten und die schäumenden Wogen an das Ufer rollen sehen!

Kommt, liebe Landsleute, machen wir uns auf — und sei es für heute auch nur im Geiste — stellen wir uns vor, wir wären auf einem Schiff, das Kurs nach Danzig hat. Nun biegt es um die Halbinsel Hela, wir fahren in die

Danziger Bucht ein. Da liegt sie vor uns, ganz unverändert und herrlich wie ehedem, die zum Teil bewaldete Küste zwischen Oxhöft und dem Weichseldurchbruch. In der Entfernung sehen wir sogar den gewaltigen Turm St. Mariens in unerschütterlicher Größe und Erhabenheit aufragen, auch die Türme anderer Kirchen haben noch ihre alten Silhouetten, sogar der Rathausurm zeigt sich noch unsern erstaunten Blicken. Aus solcher Entfernung können wir die Wunden der verstümmelten Riesen nicht erkennen und unser Herz schlägt höher vor Freude.

Nun legt das Schiff am Zoppoter Seesteg an und wir steigen aus. Wir gehen den breiten Steg, der ganz unverändert ist, hinunter. Das Wasser gluckst unter unsern Füßen, Segelboote schaukeln knarrend längs des kleinen Anlegesteges, es riecht nach Teer und Tang und nach der Frische der schaumgekrönten Meeresbrandung. Menschen schlendern wie früher hinauf und hinunter. Fremde Laute klingen an unser Ohr. Sehr gut angezogene Frauen flanieren an uns vorüber. Ihre Eleganz erscheint uns etwas aufdringlich betont. Wir merken sofort: Zoppot ist das mondäne Elitebad der Polen geworden, ein Klein-Warschau. Das Kurhaus ist verschwunden, nur die Terrassen mit einem Teil des nicht völlig zerstörten Längsgebäudes stehen noch. Sonst sieht man eine Reihe von Ausstellungspavillons auf dem alten Gelände des Kurhauses. Wo früher das Café „Tempo“ war, läßt jetzt ein schöner weißer Pavillon zu einer Tasse Kaffee und Torte ein. Man sitzt sogar ganz gemütlich dort und kann es nicht fassen, daß noch das Warmbad und, gut bürgerlich wie einst, das Parkhotel herübergrüßen, wo so oft die Musikkapelle ihre flotten Weisen spielte. In der Seestraße, wo der Verkehr brandet, hat sich vieles verändert. Die Trümmer der zerstörten Häuser sind hinweggeräumt, neue Geschäfte sind entstanden. Aber der gewaltige Bau des Kasinohotels, jetzt Grand Hotel, liegt noch imposant wie früher da. Abends spiegeln sich die vielen hellerleuchteten Fenster im Meere, die große, fast unzerstörte Stadt Zoppot blitzt mit tausend Lichtern auf und von Hela und Heisterneß blinken die Leuchtfeuer herüber.

Am nächsten Tage bewundern wir die reichen, schön gepflegten Blumenanlagen, wandern bis zur Kinderheilstätte an einer festen Strandböschung entlang. Aber nun überkommt uns die Ungeduld. Wir wollen Danzig wiedersehen. Am schnellsten kämen wir ja mit der Vorortbahn in die Stadt, aber eine Fahrt kostet 60 Zloty. Da kommt ein Autotaxi, Richtung Danzig. Überfüllt! In der Bergstraße stehen eine Reihe von Autotaxi. Aber hin und zurück kostet es 1000 Zloty. Unmöglich, das zu bezahlen. Also hinein in die Straßenbahn. Die Linie Danzig-Oliva hat man bis Zoppot weitergeführt. Wir brauchen nur 30 Zloty für eine Fahrt zu bezahlen, das sind soviel wie sechs Semmeln. Still sitzen wir da und schauen hinaus. Da ist der Springbrunnen von Hochwasser. Wir schauen hinüber zu den Höhen. „Wer hat dich du schöner Wald aufgebaut so hoch da droben?“ Die Augen werden uns feucht. Wie oft haben wir Spaziergänge auf dem Bilderweg oder Schwedendamm gemacht. Aber wo ist denn der Aussichtsturm auf dem Karlsberg? Fort! Deutsche Soldaten haben ihn in die Luft gesprengt.

Nun sind wir in Oliva. Anmutigster Vorort Danzigs! Romantisch-Idyllischer Ferienort, ganz in Grün gebettet. Da liegt zwischen hohen Bäumen die altherwürdige Kathedrale. Im Innern, in dem sich bei der Besetzung Danzigs durch die Sowjetarmee erschütternde Szenen abgespielt haben, ist alles unverändert. Sonst aber hat auch Oliva schwere Wunden erhalten. Viele Häuser sind zerstört und ausgebrannt, denn die Russen haben später noch nach der Besetzung manches Haus in Brand gesteckt. Man schätzt etwa 20 Prozent Totalvernichtung. Die Trümmer sind hinweggeräumt, hier und dort entstehen Neubauten.

Wollen wir nicht unsere Fahrt unterbrechen und einen Blick in den Schloßpark tun? Dort hat eine Panzerschicht getobt und so mancher schöne, sehenswerte alte Baum ist der Vernichtungsort zum Opfer gefallen. Auch das reizende Schloßchen, in dem das Landesmuseum der Heimatkunst eine an Schönheiten reiche Stätte bereitet hatte, ist niedergebrannt. Im Sommer aber grünt und blüht es, mit verschwenderischer Pracht wie einst, der Wasserfall rauscht in die paradiesische Stille, verträumt liegen noch immer die Teiche da und die Flüstergrotte formt das Echo unserer fast zaghaft gerauten Worte.

Weiter geht unsere Fahrt nach Langfuhr. Was ist hier geschehn? Ist das noch die alte Hauptstraße? Von den Kasernen bis zur Hochschule sind alle alten Häuser bis auf einige traurige Einsiedler, die unter den Neubauten ganz verloren dastehen, verschwunden. Man hat die von den Russen niedergebrannten Häuserreihen beseitigt, eine breite Auto- und Verkehrsstraße ist angelegt worden nach dem Muster der Hindenburg-Allee, die neuen Häuser auf der Seite des früheren Café Blum sind ein gutes Stück zurückgesetzt worden, in zahllosen Geschäften gehen Scharen von Menschen aus und ein. Wir werfen einen Blick in die Seitenstraßen. Da steht vieles noch unangetastet, besonders nach der Höhenseite zu, dem Jäschkentaler Weg und Heiligenbrunner Weg. Ist es uns nicht, als kämen da aus den Häusern unsere Verwandten, unsere Freunde und Bekannten? Unser Auge hat sich getäuscht, aber unser Herz nicht, daß hat sie deutlich herausgetreten sehen. Am Bahndamm ist die katholische Pfarrkirche, die Herz-Jesu-Kirche, im alten Stil wieder aufgebaut. Nun sind wir in der Großen Allee. Da grüßt uns die mächtige Fassade der Hochschule, jetzt Polytechnikum. Welch frohes Wiedersehen! Noch ein Stück Altdanzig, das erhalten geblieben ist. Die Sporthalle, in der der Forster-Prozeß in höchst dramatischer Form vonstatten ging, ist völlig renoviert. Traurig sieht es auf den alten Friedhöfen aus, von denen nur noch der Nikolaifriedhof benutzt wird. Die andern sind geschlossen, die Gräber sind verfallen oder unter Unkraut verschwunden. Jetzt sind wir an der früheren Haltestelle zum Café „Vierjahreszeiten“. Es ist keine Spur mehr davon zu sehen. Jahrzehntlang war gerade dieses Café einer der beliebtesten Erfrischungs- und Vergnügungsorte der Danziger. Jetzt steht auf dem freien Platz, finster drohend, ein gewaltiger russischer Panzer, Symbol der Vernichtung. Es gibt uns einen Stich durchs Herz. Wenden wir uns hinweg!

Jetzt nur noch ein paar Minuten und wir werden in unserm alten lieben Danzig sein. Einen Augenblick setzt unser Heftzschlag aus, als wir von der Eisenbahnbrücke die Turmstümpfe unserer Kirchen aus dem Trümmermeer, emporgragen sehen, wie verstümmelte Finger, die sich anklagend gegen die Verderber des Vaterlandes, gegen die Frevler an unserer geliebten Vaterstadt erheben. Am Bahnhof steigen wir aus. Mit Staunen, freudig bewegt, sehen wir das Gebäude in bester Ordnung. Es ist alles sorgfältig erneuert, schöne Blumenanlagen schmücken den Vorplatz. Aber wo sind alle die stillen Bürgerhäuser des Stadtgrabens, des Kassubischen Marktes, der Pfefferstadt und des Faulgrabens geblieben? Ein riesiger freier Platz liegt vor uns, nur an der Stelle, wo einstmals das Edenhotel stand, ist jetzt ein breit hingelagertes Gebäude errichtet — der „liegende Wolkenkratzer“. Es sollte ein vierzehnstöckiges Gebäude werden, aber im letzten Augenblick hat man dann doch davon abgesehen, offenbar weil man die Sinnlosigkeit eines Wolkenkratzers in einer Stadt wie Danzig erkannt hatte.

Da steht, merkwürdig nah gerückt, ein wundervolles altes Gebäude vor uns. Mein Gott, das kennen wir doch! Richtig — das ist ja das Altstädtische Rathaus! Welch ein Glück, es hat die Verwüstung überstanden! Man hat die Beschädigungen peinlichst stillschweigend ausgebessert. Wir können uns nicht davon losreißen. Wie das Herz sich an alles, was noch von früher vorhanden ist, klammert! Seht da — auch die Elisabethkirche und die Josefkirche sind schon fast wiederhergestellt. Merkwürdig berührt es uns, daß der langgestreckte Bau des ehemaligen „Vorposten“ noch dasteht. Jetzt stehen wir wie erstarrt an der Radeau- und sehen zur Alten Mühle und zur ausgebrannten Katharinenkirche hinüber. Das Grauen der Vernichtung überfällt unser Herz. Nichts von alter Schönheit ist mehr da. Wandern wir weiter, zum Dominikanerplatz. Dort drängt sich das Volk. Um die Markthalle, die völlig erhalten geblieben ist, stehen Verkaufsbuden bei freien Ständen. Hier gibt es alles zu kaufen, was man sich denken kann. Wir treten in die Markthalle. Himmel, welche Augenweide an Leckerbissen! Wenn wir reichlich Zloty in der Tasche haben, können wir in Herrlichkeiten schwelgen. Aber wir müssen sie mit fremdem Gelde bezahlen, fremde Menschen haben sie uns gereicht. Hat sich unser Herz nicht eben noch bei dem trostlosen Anblick unserer zerstörten Heiligthümer zusammengekrampft? Verödet liegen noch die meisten Kirchen und Kapellen. Mancher von uns hat sie gesehen, wie sie, lebendigen Fackeln gleich, das Haupt in Flammen, schaurig dastanden. Kein Glockenklang ruft die Beter. Kein Orgelspiel erbraut vom Chor. Das Mondlicht wandert mit seinem bleichen Strahlen über die zerstörten Hallen hin. Und in den Nächten dringen gespenstisch die Todesseufzer von vielen Tausenden aus den Trümmern der Stadt hervor, die ihnen zu Grüften wurden.

O weiter, weiter! Wir müssen heute die Passion unserer alten Stadt gehen, denn was nun kommt, wird uns weinen machen. Wir wollen in die „Gute Stube“ Danzigs eintreten, den einstmals so unvergleichlich schönen Kern der Innenstadt. Aber — teure Stätte — wie sieht sie aus! Wir tasten uns durch die jammervoll zugewandene Frauengasse bis an die Marienkirche heran. Die gewaltigen Mauern ragen noch trotzig empor, auch der wuchtige Turm, nicht mal rauchgeschwärtzt von dem furchtbaren Brande, der in ihm tobte, steht noch unerschüttert da, wie für die Ewigkeit gebaut. Einen Augenblick schließen wir die Augen. Etwas wie eine grimmige Genugtuung, eine zitternde Freude überkommt uns. Da steht ein Riese, die steigewordene Größe und Herrlichkeit unserer Stadt, das erhabenste Lob Gottes. Keine Wut und Raserei, keine teuflische Bosheit konnte ihn fällen. Der Wahnsinn des Krieges konnte ihn wohl mit Feuer aushöhlen und zu einem leeren Schornstein machen, durch den man den blauen Himmel sieht, aber er konnte ihn nicht zu Boden zwingen. Aufrecht steht er! Das soll uns ein aufrichtiges Sinnbild sein. Und siehe da! Da erhebt sich noch eins der zierlichen Türmchen, alle anderen sind herabgestürzt. Dies eine ist übriggeblieben und die vergoldete Wetterfahne blüht in der Sonne. Überall wird an dem Gotteshaus gearbeitet, besonders am Gewölbe bis zum Presbyterium und an der Dachkonstruktion. Zum größten Teil hat man auch schon die Trümmer der umliegenden Häuser fortgeschafft. Immer noch fahren kleine Panjewege mit einem Pferdchen davor in langer Reihe und karren das Geröll hinweg. Jetzt, da die Marienkirche so frei dasteht, treten ihre gewaltigen Ausmaße in ihrer Pracht und Herrlichkeit erst ganz überwältigend hervor. Aber fragt mich nicht, wie es innen aussieht. Ein wüstes Chaos! Alle Fenster sind zerstört. Man will zwar alles wieder herstellen. Wie lange aber wird es dauern? In fast allen Kirchen Danzigs wird wieder gebaut. Man flickt hier, bessert dort aus, zieht neue Dachstühle, man schafft provisorische Räume zur Abhaltung des Gottesdienstes.

Nun stehen wir zwischen Jöpen- und Brothänkengasse. O weh! So weit das Auge reicht — Trümmer, Trümmer! Kann es in der Guten Stube, an dem Langenmarkt und in der Langgasse anders aussehen? Nein — alles ist hin, bis auf ein oder zwei Gebäude, die wie durch ein Wunder verschont geblieben sind. Zum größten Teil stehen noch die Fassaden mit ihren schönen Giebeln, aber dahinter wohnt das Grauen. Todesschwärze auch hinter den zerstörten Fenstern des Artushofes, in dessen Innern schaurige Leere gähnt. Man hofft ihn ohne große Schwierigkeiten wiederherzustellen. Auch das Rathaus, an dem schon tüchtig gebaut wird — es hat schon ein hellrotes Dach — will man in Kürze völlig restaurieren. Vor allem will man dem verstümmelten Turm die wundervolle, schlanke, feingliederte Spitze wieder aufsetzen.

Wir gehen durch die tote Langgasse, kommen bis zur Post, die schon fast wiederhergestellt ist, sehen auf der andern Seite das Haus mit Weitz Kaffeestuben dastehen wie es vor dem Brande aussah. Wir glauben zu träumen. Merkwürdig berührt es uns, daß durch die nur wenig von Menschen begangenen Straßen die elektrischen Bahnen klingeln. Alle Lintien sind in Betrieb. Da alle Straßen trümmerfrei sind, gelangen wir ohne weiteres in die Hundegasse, den Vorstädtischen Graben und Poggenpfuhl. Es ist überall das

gleiche Bild — Häuserfassaden, hinter denen auch nichts mehr Brauchbares vorhanden ist. Müde und traurig schleichen wir weiter, vom Winterplatz durch die kleinen Seitengassen bis zum Grünen Tor. Nun stehen wir auf der Grünen Brücke, schauen die Lange Brücke entlang. Das einst so schöne Hafengebäude ist ausgelöscht. Alle die schmalen, altertümlichen Häuser und Häuschen, unterbrochen von den malerischen Toren, sind bis über den Fischmarkt hinaus ausgebrannt und eingestürzt. Nur die Sternwarte mit der ragenden Kuppel tritt noch hervor. Aber das Altdanziger Wahrzeichen, das einzigartige Krantor, dieses Lieblingsmotiv der Maler, ist verschwunden. Nur die gewaltigen Rundmauern der beiden Türme haben die Verwüstung überstanden. Drüben, auf der Speicherinsel, nichts als Brandruinen. Wollen wir uns noch weiter wagen — durch die Milchkannengasse bis nach Langgarten, von dort in die Weidengasse und in die Straßen der Niederstadt? Für heute haben wir nicht mehr die Kraft dazu. Am liebsten möchten wir uns hinsetzen, den Kopf in die Hand stützen und das Gesicht verbergen, damit niemand sieht, wie uns die Tränen die Wangen hinablaufen. Die anfängliche Freude über die Sehenswürdigkeiten, die getretet werden konnten und die in uns das Gefühl aufkommen ließen, daß noch ein geheimes, unverwundliches Leben in unserm lieben Danzig weiterglüht und auf die Erweckung harret, diese jähe Freude ist nun einer tiefen Traurigkeit gewichen. Wer könnte auch fröhlich sein und glücklich über das Wiedersehen mit der geliebten Vaterstadt, wenn er sie so entstellt und zerschlagen sieht? Wenn er daran denkt, daß hier sein Hab und Gut und das seiner Mitbürger vernichtet ist? Aber einen Trost haben wir doch in unserm Schmerz: wir haben den Eindruck gewonnen, daß man die ganze Innenstadt mit ihren herrlichen Baudenkmalern restaurieren könnte. Man könnte das Altertümliche und Dekorative der Fassaden und Giebel mit dem Modernen der Innenräume heutiger Bürgerhäuser verbinden und so vorbildliche Wohn- und Geschäftshäuser schaffen. Wahrscheinlich wird man das tun und die Innenstadt durch die schönen Tore wie bisher abschließen. Das Langgasser Tor und das Hohe Tor bedürfen nur geringer Ausbesserungen. Auch der Stockturm wäre bald wieder da in seiner behäbigen Wucht und Stärke. Größere Schwierigkeiten bereitet es, das Zeughaus in alter Pracht und Herrlichkeit wiederaufzufrischen zu lassen. Ob man das Theater noch ein drittes Mal an derselben Stelle aufrichten wird, bleibt abzuwarten. Jetzt wäre Gelegenheit, es erheblich zu erweitern und komfortabler, nicht nur für die Zuschauer, sondern auch für das ganze künstlerische und technische Personal zu gestalten. Aber das sind zukünftige Sorgen.

Die vielen trostlosen Eindrücke haben die hoffnungsvollen nicht ganz verdrängen können. Wir fassen wieder Mut. Eine herrliche Gewißheit gibt uns Kraft, das Schwere zu ertragen: das Leben ist immer stärker als der Tod. Glaub mir, meine lieben Landsleute — Danzig wird wieder aufstehen. Seine Geschichte ist noch nicht abgeschlossen. Eine neue Epoche wird beginnen, und von der Vernunft und Erkenntnis der Menschen hängt es ab, wie sie aussehen wird. Gebe Gott, daß wir, denen die Stadt zukommt, dann ein mitbestimmendes und mitgestaltendes Element bei ihrer Wiedergeburt sein werden.

Vielen wird wohl eine kurze Zusammenfassung der erhaltenen oder wiederhergestellten Kirchen und Profanbauten Danzigs willkommen sein.

Schon benutzbar sind die Elisabethkirche und Josefkirche. Eine freudige Überraschung ist die Trinitatiskirche. Der herrliche Giebel, das wundervolle Sternengewölbe, die gewaltigen Pfeiler, die Altarwand, die alte Kanzel und die nicht minder alten Malereien, Szenen aus dem Alten und Neuen Testament auf der Chorbühnen begrüßen uns wie vor Jahren. Das gewaltige Raumerebnis beglückt uns, hier lebt noch Altdanzig, hier leuchtet Danzigs Seele im ewigen Licht.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir gleich erwähnen, daß das alte Kanzelhaus vor der Kirche, eines der ältesten Gebäude Danzigs, ganz unversehrt geblieben ist und bewohnt wird. An St. Petri, St. Johann und St. Jacobi wird gearbeitet. Die königliche Kapelle in der Heiligengeistgasse ist gerettet und für den Gottesdienst freigegeben worden. Völlig erhalten ist St. Nikolai, die herrliche Basilika, in der feierliche Gottesdienste abgehalten werden. Obwohl auch schon an St. Katharinen und St. Brigitten gebaut wird, ist das Innere bei beiden doch noch grauenhaft verwüstet. Auch das schöne Glockenspiel, das uns so oft erfreut hat, wird wohl noch jahrelang nicht mehr ertönen. Wie eifrig an St. Marien gearbeitet wird, das schon wieder ein neues Dach bekommen hat, habe ich schon erwähnt. Die Barbarikirche ist tot. Sie ist so sehr zerstört, daß man vorläufig an eine Restaurierung nicht denken kann.

Von den öffentlichen Profanbauten stehen gut erhalten: Das Alte Rathaus, Petrischule und Eisenbahndirektion, das Gebäude der Danziger Feuersozietät, bzw. AEG, das Gebäude des früheren „Vorposten“, das Generalkommando, das Gerichtsgebäude und das Diakonissenkrankenhaus auf Neugarten, Reichsbank und Landwirtschaftliche Bank, Polizeipräsidium und Landesversicherungsanstalt, die NSV (jetzt die Wojewodschaft), die Gebäude der Arbeitsfront und das polnische Gymnasium, auf der Sandgrube das Arbeitshaus und die Lieksche Klinik, in der Langgasse Weitz's Kaffeehaus, die Post wird ausgebaut, die Bahnpost ist völlig erhalten, auf dem Langenmarkt steht als einziges Gebäude die Industrie- und Handelskammer. Erhalten sind auch der Neubau Ecke Holzmarkt und Töpfergasse, das Raiffeisenhaus, in dem jetzt die Sparkasse und die Post sind. Amade und Daimon sind in vollem Betrieb. Desgleichen Elektrizitätswerk, Gasanstalt und Wasserwerk. Von der Höhe grüßen uns der Turm der Jugendherberge, die wie auf einer Insel des Friedens unangetastet gestanden hat, als die Katastrophe über Danzig hereinbrach.

Daneben sind eine kleine Zahl von Wohnhäusern, besonders auf der Niederstadt, erhalten geblieben, die alle wieder bewohnt sind. Die Vororte Schilditz, Ohra, Neufahrwasser haben sehr gelitten, aber dort sind doch noch eine ganze Reihe von Häusern bewohnbar. Fast völlig vom Erdboden verschwunden ist Heubude. Langfuhr, Oliva und Zoppot sind mit Menschen überfüllt.

In einem andern kurzen Bericht sollt Ihr, liebe Danziger, noch etwas Näheres über die jetzigen Lebensverhältnisse in Danzig im allgemeinen und der sozialen und wirtschaftlichen Stellung unserer noch daheim gebliebenen Landsleute unter der polnischen Bevölkerung hören. Dr. E-n

## Pensionszahlungen an Danziger

Nach Redaktionsschluß erhalten wir den Erlaß des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen B 3030-9303-IV vom 29. Oktober 1948 mit folgendem Wortlaut:

Danach können, vorbehaltlich der erbetenen weitergehenden Entscheidung der Militärregierung, verdrängte Versorgungsberechtigte, bei denen die Voraussetzungen für den Ruhestand gegeben sind und die bis zum Ausscheiden ihres Heimatgebietes aus dem Reichsgebiet Reichs-, Landes- oder Kommunalbeamte gewesen sind, Vorschüsse auf ihre Versorgungsbezüge erhalten.

Endlich auch ein Erfolg in den Bemühungen betr. Rheinland-Westfalen!

## An unsere Mitglieder

Endlich ist es gelungen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und unseren Mitgliedern die erste Nummer des Rundschreibens zuzustellen. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, diese Rundschreiben in etwa monatlicher Folge erscheinen zu lassen. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, hängt auch viel von den Mitgliedern selbst ab. Wir bitten, unsere Bemühungen durch pünktliche Überweisung der Beiträge für die Druckkosten von 0,25 DM plus 0,5 DM Porto  $\pm$  0,30 DM pro Blatt zu unterstützen. Der Betrag kann direkt an den Bund nach Lübeck, Beckergrube 41, oder auf unser Postscheckkonto Hamburg Nr. 375 28 mit Angabe „für Rundschreiben“ überwiesen werden. Die Überweisung für mehrere Folgen ist erwünscht und erspart den Mitgliedern Portokosten. Wir haben den Beitrag so niedrig wie möglich gehalten, um allen Mitgliedern den Bezug zu ermöglichen. Wir sind aber zur Deckung der Unkosten auf den pünktlichen Eingang angewiesen. Mahnschreiben verursachen unnötige Arbeit und Kosten. An Orten, an denen Ortsstellen des Bundes oder korporativ angeschlossene Vereine bestehen, erfolgt die Verteilung und Bezahlung durch die Ortsbeauftragten bzw. den betreffenden Verein.

Wir werden unsere Mitglieder durch das Rundschreiben über alle Fragen auf dem laufenden halten, die uns Danziger interessieren. Prominente Danziger, die Fachleute auf ihrem Gebiet sind, haben ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Für Anregungen und Mitarbeit aus dem Leserkreis sind wir dankbar. Auch eine Vereinsecke mit kurzen Nachrichten über die Tätigkeit der einzelnen Ortsstellen und angeschlossenen Vereine ist vorgesehen, soweit allgemein Interessierendes gebracht wird. Aus Platzmangel bitten wir solche Nachrichten möglichst kurz zu fassen. Auszüge aus Briefen aus der Heimat werden alle interessieren. Wir bitten um Einsendung.

Helft alle, daß unser Nachrichtenblatt seinen Zweck erfüllt, ein Band zwischen den überall verstreut lebenden Landsleuten zu sein. Gebt dieses Rundschreiben an Bekannte weiter und werbt auf diese Art gleichzeitig für neue Mitglieder. Es leben erfahrungsgemäß nicht nur abseits auf entlegenen Dörfern, sondern auch in größeren Städten noch immer Landsleute, die nichts vom Bund der Danziger wissen und dadurch unserer Organisation noch fernstehen.

## Die Geschäftsstelle des Bundes hat laufend abzugeben:

Danziger Wappennadeln in solider, geschmackvoller Ausführung zum Preise von 1,25 DM pro Stück.

Postkarten mit Danziger Wappen pro Stück 0,10 DM.

Danziger Fotos (die schönsten Ansichten aus dem unzerstörten Danzig) als Postkarten pro Stück 0,30 DM.

Aschbecher aus Metall mit eingepprägtem Danziger Wappen pro Stück 1,25 DM.

Versand erfolgt nach Einsendung des Betrages und der Portokosten. Bei Sammelbestellungen durch die Ortsbeauftragten 10 Prozent Rabatt.

ZEITUNGSDRUCKSACHE

An

BUND  
DER DANZIGER EV.  
LÜBECK  
Beckergrube 41

## ADRESSEN DANZIGER FIRMEN

60 Jahre  
im Dienste der Ernährungswirtschaft  
**G. H. ZIEHM & CO. M. B. H.**  
Hamburg 1, Meßberghof  
Stammhaus gegründet 1889

„Weichsel“ A.-G.

Gegründet 1841

Bergungen · Fahrgastschiffahrt

Lübeck, Untertrave 44  
Ruf 20230 und 23238

Danziger Heringshandels-GmbH.  
CUXHAVEN

früher: Bloomfield's Overseas Ltd, Danzig  
Einfuhr und Großhandel von Salzheringen

DAS GROSSE  
WAHRSAGESPIEL MIT DATUMSORAKEL

Ihre Zukunft deuten 91 sprechende Karten. Eine spannende Unterhaltung f. 1 u. mehrere Personen  
JEDER KANN SOFORT KARTEN LEGEN  
Bei Vereins- 1,50, Nachn. 1,90. Alleinvertrieb f. d. Westzonen Plath-Vertrieb, (24b) Grömitz i. H., 7

### Aufforderung

Alle Ansprüche aus fälligen und laufenden Lebensversicherungsverträgen der Lebensversicherungsanstalt „Westpreußen“ sind, soweit dies nicht schon geschehen ist, bis zum 31. Dezember 1948 anzumelden. Ansprüche, die nicht bis zu diesem Zeitpunkt angemeldet sind, erlöschen auf Grund einer Anordnung des Zonenamtes des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen.

Lebensversicherungsanstalt i. L.  
„WESTPREUSSEN“

Pinneberg/Holstein (24) An der Mühlensau 27

Hans Lenz · Horneburg

Foto-Atelier und -Handlung, Verlag  
HEIMAT-FOTO  
(früher Danzig und Gotenhafen)

Auch **FOTO-SÖNNKE**  
DER LICHTBILDNER

fängt wieder von vorne an

In einer ehemaligen Windmühle

in der Heide hinter Hamburg

AUFNAHMEN ALLER ART HEIMATBILDER

Reproduktionen u. Vergrößerungen nach alt. Bildern

Herausarbeitung einzeln. Personen aus Gruppen usw.

FOTO-Arbeiten

Bedarf für den  
Cameras Amateur

HOLLENSTEDT, Kr. Harburg, Alte Mühle, Ruf 208

Im Dezember erscheint erstmalig der  
**Danziger Heimatkalendar**  
für 1949

Ein Heimatbuch mit fast 100 Seiten, vielen Bildern, Erzählungen, Gedichten u. a. Preis DM 2,10 zuzüglich Porto u. Nachnahmegebühr. Bezug rechtzeitig sichern durch Bestellung mit Postkarte an den Herausgeber

„Der Danziger Heimatkalendar“  
(23) Oldenburg/Oldb., Postfach

Reserviert für Kurt Frost, Lübeck

**Otto Gross & Co. G.m.b.H.**

Einfuhr und Großhandel  
in Kaffee, Trockenfrüchten,  
Kolonialwaren

Hamburg 1, Chilehaus B  
Obererdgeschoß Fernruf 32 21 68

Victor Boehm, Bad Segeberg/Holst.

Oldesloer Straße 9, Fernruf 365  
GEGRÜNDET 1899 — 1945 MAX BOEHM, DANZIG  
Fachgeschäft für Elektro, Radio, Mechanik, Optik,  
Foto, Geodät. Instrumente, Mechanische Lehrmittel  
Reparaturwerkstätten

Auskünfte über Familien- und andere Mitteilungen für diese Seite erteilt: Kurt Remuss, (24a) Lübeck, Untertrave 3 E, Fernruf 2 75 05.



## Soll Macht weiter vor Recht gehen?

Zum vierten Male haben wir Danziger Weihnachten fern unserer Heimat verlebt, zum vierten Male hat für uns ein neues Jahr in der Fremde begonnen. Ja, in der Fremde! Auch wir Danziger fühlen nur zu deutlich, daß wir in Deutschland als Flüchtlinge betrachtet werden, die eine unerwünschte Belastung zu den schon schweren Sorgen und bitteren Nöten bilden, die dem mit Menschen überfüllten und mit Ruinen übersäten Lande aufgeladen sind. Doch, sind wir Flüchtlinge? Mit dem Worte Flucht ist der Begriff der Freiwilligkeit verbunden. Kein Danziger aber hat, gleich wie die übrigen Menschen deutschen Volkstums, die ihre angestammte Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten und ebenso im Sudetenland, ja selbst in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien zu verlassen gezwungen wurden, seinen Wohnsitz im Gebiet der Freien Stadt Danzig aus freien Stücken, aus eigenem Entschluß aufgegeben. Von dem Teil der Danziger, fast ausschließlich Frauen und Kinder, abgesehen, die ebenfalls zwangsweise in den Wochen vor dem Beginn des Kampfes im Raum der Freien Stadt und um Danzig selbst evakuiert wurden, wurde Danzigs Einwohnerschaft nach dem Ende der Kriegshandlungen in grausamster Weise unter Verletzung aller Gesetze der Menschlichkeit vertrieben. Nach Verlust all ihres Habes und Gutes, nur mit der notdürftigsten Kleidung und wenigem Gepäck versehen, das vielen noch unterwegs von den neuen Herren des Landes geraubt wurde, trafen sie wie armeligste Bettler in Deutschland ein. Wie viele aber erreichten nicht die schützende Grenze, da sie auf den Landstraßen im Osten erschlagen wurden, an deren Rändern in jenen Monaten des Jahres 1945 ungezählte Tausende von deutschen Menschen mit den Spuren viehischer Mißhandlung gebrochenen Auges lagen!

Wo in der menschlichen Geschichte der letzten Jahrhunderte ist ein gleicher oder auch nur ähnlicher Fall einer solch beispiellos brutalen Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat verzeichnet. Man muß schon weit zurückgehen, um ein entsprechendes Ereignis aufzufinden, muß die Blätter der Geschichte weit zurückschlagen bis in eine Zeit, da die christliche Religion der Nächstenliebe auf Erden noch nicht bekannt war. Im alten Testament lesen wir von der Verschleppung des jüdischen Volkes in die babylonische Gefangenschaft. Auch das war ein Akt grausamer Willkür und unmenschlichen Vorgehens. Nur haben damals Regierung und Volk von Babylon im Bewußtsein der Vergewaltigung des besiegteten jüdischen Volkes nicht vorgegeben, sie hätten den Kampf, in dem sie Sieger geblieben waren, um der Menschlichkeit willen geführt. Wenigstens ist davon nichts in dem Kapitel der Bibel, das sonst ausführlich genug über diese Zeit aus der Geschichte Judas berichtet, überliefert. Dabei dünkt sich die heutige zivilisierte Welt, namentlich in ihrer humanen Einstellung, so fortgeschritten und so erhaben über die Völker aus der Zeit vor Christi Geburt!

Das jüdische Volk hat lange Jahre in der Knechtschaft zu bringen müssen, hat nicht gewußt, wann diese Zeit der Heimatlosigkeit und des Elends ein Ende finden würde. So verbringen auch wir Danziger Jahr um Jahr ohne die geringste Aussicht, einmal heimkehren zu können, zurück in die Heimat, in deren Erde wir zur letzten Ruhe gebettet zu werden wünschen, an der Seite unserer Vorfahren, deren Gräber heute ungepflegt verfallen, deren Grabsteine viel-

leicht schon entfernt worden sind, weil die auf ihnen eingemeißelten Namen davon künden, daß in dem widerrechtlich entrissenen Gebiet deutsche Menschen ansässig waren.

Ja, widerrechtlich entrissen! Denn die Freie Stadt Danzig stand unter dem Schutz des Völkerbundes, der als völkerrechtliches Gremium zur Zeit der Besetzung Danzigs und der Vertreibung seiner Einwohner durch Polen noch existierte. Es ist eine unumstößliche und unleugbare Tatsache, daß die Freie Stadt Danzig am 1. September 1939 durch einen einseitigen Akt der Gewalt unter Verletzung allgemein anerkannter Verträge ohne Befragung ihrer Einwohner dem „Dritten Reich“ einverleibt wurde. Dementsprechend ist auch von dem Außenminister Englands, das seinerzeit die Verfassung der Freien Stadt Danzig garantiert und ebenso wie Frankreich ihre Besitzergreifung durch Deutschland nicht anerkannt hatte, im Oktober 1945 vor dem englischen Unterhaus ausdrücklich festgestellt worden, daß die „rechtliche Lage der Freien Stadt Danzig nach Ansicht der britischen Regierung unverändert ist“. Das britische Auswärtige Amt hat am 3. August 1945 nochmals bestätigt, daß die Einverleibung Danzigs in das Deutsche Reich von der Regierung Großbritanniens niemals anerkannt wurde. Ist also danach die Freie Stadt Danzig als autonomer Staat im völkerrechtlichen Sinne noch existent, dann ist auch ihre Inbesitznahme durch Polen unter Verletzung der völkerrechtlichen Gesetze geschehen und entbehrt daher jeglicher rechtlichen Grundlage.

Darin liegt unsere einzige Hoffnung, daß das uns und unserer Heimat zugefügte Unrecht doch einmal wiedergutmacht werden muß. Wir können nicht glauben, daß auch fernerhin Macht vor Recht gehen soll. Macht vor Recht, das ist die Ursache aller Friedlosigkeit. Wir und die ganze Welt haben es in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, die auf dem Grundsatz „Macht geht vor Recht“ begründet war, zur Genüge erfahren, in welchen chaotischen Zustand völliger Recht- und Friedlosigkeit die Befolgung des Machtstandpunktes führt. Sollten die Opfer von Millionen Menschenleben im vergangenen Kriege umsonst gebracht sein, sollten weite Gebiete Europas umsonst in Trümmerhaufen verwandelt worden und ihre Bewohner größter Not und unsagbarem Elend ausgesetzt gewesen sein, nur um heute wieder das Recht zu unterdrücken und mit Füßen zu treten?

In jedem von uns Danzigern wird sich in der letzten Nacht des vergangenen Jahres, da wir dem Anbruch von 1949 entgegenharrten, die Frage, die uns immer und immer erfüllt, besonders stark erhoben haben, ob das neue Jahr uns dem Ziele unseres sehnlichsten Wunsches, in unsere unvergeßliche Heimat zurückzukehren, näher bringen wird. Wir wissen keine Antwort darauf. Nur eins wissen wir, daß wir diese Hoffnung nicht aufgeben dürfen, andernfalls wir an der Gerechtigkeit in der Welt verzweifeln müßten. Wir können nur immer wieder an die Mächte, die um der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit willen den Krieg gegen die nationalsozialistischen Rechtsbrecher geführt und dafür in diesem Kampfe so große Opfer gebracht haben, appellieren, uns Danzigern zu unserem Recht zu verhelfen, uns unser Heimatland wiederzugeben, auf dessen Besitz wir seit vielen Jahrhunderten einen unabdingbaren Anspruch haben.

Dr. H.-K. Gspann

## Vom Lastenausgleich, von dem Soforthilfegesetz und anderen Enttäuschungen der Danziger

Als ich den in Travemünde versammelten Danzigern einen Vortrag hielt (am 22. August 1948) über die Forderungen der Danziger zum Lastenausgleich, da habe ich vor unbegründeter Zuversicht warnen müssen. In der anschließenden Debatte waren alle Redner sich darüber einig, daß wir Danziger unsere wohl begründeten Entschädigungsansprüche nicht verkaufen dürfen gegen das Linsengericht unter dem verführerischen Titel eines „Lastenausgleiches“. Das vielfache Echo, das mir seitdem von sehr vielen vertriebenen Landsleuten zugegangen ist, hat bewiesen, wie sehr ich aus dem Herzen und aus dem Gerechtigkeitsgefühl der Danziger heraus gesprochen habe. Der Bund der Danziger E. V. hat mich gebeten, ihm für sein zweites Mitteilungsblatt einige Zeilen zu schreiben, in dem ich nochmals einiges zum Lastenausgleich den Danzigern bekanntgeben solle. Ich tue dies gerne und um so lieber,

weil ich den mehrfachen Bitten, meinen Vortrag in Danziger Vereinigungen zu wiederholen, nicht nachkommen konnte. Auch gemeinsame Enttäuschungen und Sorgen können eine unser Zusammenhalten enger gestaltende Wirkung haben...

Im Juli 1948 wurde eine Zusammenfassung der bisherigen Vorschläge zum Lastenausgleich unter das hochklingende Motto gestellt: „Der Lastenausgleich ist der Prüfstein für die sittliche Erneuerung des deutschen Volkes“. Zu den damaligen Hauptforderungen gehörte: „Grundsätzliche schnelle Vorwegbehandlung sämtlicher Fälle der Ostvertriebenen, insbesondere der aus dem Raume östlich der Oder-Neiße-Linie widerrechtlich Ausgewiesenen“, ferner „Wirtschaftliche Gleichstellung der Ostvertriebenen mit den Schwertkriegsbeschädigten und den Wiedergutmachtungsberechtigten, in keinem Falle Zurück-

setzung hinter den Demontageverpflichteten, den Demontageberechtigten und den Bombengeschädigten". Travemünde forderte darüber hinaus die Wieder-vereinigung der infolge der polnischen Ausweisungen Jahre hindurch getrennt lebenden Danziger Familien, den Schutz der vertriebenen Danziger gegen weitere Abschiebungen in Deutschland als „lästige Ausländer“, die Gleichstellung der Danziger Ruhegehaltsberechtigten mit denen der deutschen Länder (im Sinne der Meistbegünstigung); gewiß keine unbescheidenen und erst recht keine unbegründeten Forderungen! Doch nicht eine davon ging in Erfüllung: Die Südschleswiger fordern lauter denn je, daß auch die Danziger in Flensburg ihre neue Heimat verlassen sollen und verweigern den Ausgewiesenen das unter allen gesitteten Völkern der Welt als Kennzeichen wahrer Neutralität und Humanität geltende Asylrecht; die „Vorauszahlungen auf die wohlverworbenen Ruhegehaltsansprüche der Danziger“ werden zwar jetzt teilweise wieder geleistet, doch immer noch als unzureichende Wohlfahrtsunterstützungen und von keinem Lande in der Höhe, in der die Pensionen den eigenen Beamten gewährt werden; die Familienvereinigung wird allgemein nicht anerkannt, nicht einmal wenn dadurch Wohnraum frei wird!

Am 1. Dezember 1948 hat das Frankfurter Wirtschaftsparlament das erste deutsche Gesetz zum Lastenausgleich angenommen, und zwar mit großer Mehrheit. Eine der schwachen ablehnenden Parteien hat ihr „Nein“ damit begründet, das Gesetz wiese „Härten und Lücken“ auf, die andere damit, es zeige „keinen Schimmer echter Größe“. Die Danziger haben dieser Kritik nichts hinzuzufügen: von einem „Prüfstein sittlicher Erneuerung“ war schon längst keine Rede mehr, dies Wort hätte uns allzu bitter geschmeckt... Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Länderrat und die Vertreter der Besatzungsmächte dem Gesetz ohne Abänderungen und Ergänzungen zustimmen werden, und daß damit der Vorhang über dem ersten Akt dieser Tragödie herabsinken wird. Das Wort Danzig kommt im Gesetz nicht vor, die Geschädigten aller Kategorien werden ganz gleich behandelt, sie erhalten eine „Unterhaltsbeihilfe“. Unter diesem Wort verbirgt sich ein Almosen von 70,— DM monatlich. Auch sie wird nur gewährt im Falle der Bedürftigkeit, an Männer über 65 Jahren oder in Fällen dauernder Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der Berechtigten wird auf eine Million von „Fällen“ geschätzt. Man rechnet mit einem jährlichen Aufwand von drei Millionen DM, und die Finanzminister der notleidenden Länder können sich über diese Entlastung ihrer Sozialkassen die Hände reiben; unsere Landsleute aber müssen zu Behörden und Ämtern laufen, um ihre Bedürftigkeit oder Erwerbsunfähigkeit nachzuweisen... Ihre Lage hat sich gegenüber der bisherigen nicht verbessert, vielmehr verschlechtert, denn fortan wird ihnen jeder Pfennig, den sie als „Unterhaltsbeihilfe“ oder unter einem ähnlichen Rechtstitel erhalten, auf ihre gerechtfertigten Entschädigungsansprüche angerechnet werden.

## Satzung des »Bund der Danziger e.V.«

### § 1 Name

Der Verein führt den Namen „Bund der Danziger e. V.“. Er ist im Vereinsregister eingetragen und besteht in rechtsfähiger Form; er ist eine Einrichtung ohne Rechtsanspruch der Leistungsempfänger. Der Verein hat seinen Sitz in Lübeck.

### § 2 Zweck des Vereins

Der Verein hat die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen aller Danziger zu vertreten. Er verfolgt hierbei keine politischen Ziele, sondern dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, und zwar insbesondere folgenden: a) der sozialen und caritativen Hilfe für bedürftige Danziger, b) der Vertretung der Belange der Danziger bei Behörden, Körperschaften, Verbänden usw., c) der Vertretung der Danziger in allen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, arbeitsrechtlichen und beamtenrechtlichen Fragen, bei Beschaffung und Gründung einer Existenz und in allgemeiner Fürsorge, d) der Unterstützung der Behörden in der Ausübung der vorgenannten Aufgaben und engster Zusammenarbeit mit den bestehenden Fürsorge- und Flüchtlingsorganisationen.

### § 3 Organisation

Die Wahrnehmung der Interessen des Vereins und seiner Mitglieder in den einzelnen Bezirken und Orten erfolgt durch Bezirksbeauftragte und Ortsbeauftragte. Die Bezirksbeauftragten sind Leiter der ihnen übertragenen Bezirke und als solche besondere Vertreter des Vereins im Sinne des § 30 BGB. Die Ortsbeauftragten werden von den ihnen unterstellten Ortsbeauftragten gewählt. Die Ortsbeauftragten werden von den Mitgliedern der bestimmten Orte oder Landkreise ihres Bezirkes alljährlich neu gewählt. Jedes Mitglied, gleichgültig, ob Einzelmitglied oder Familienmitglied, hat eine Stimme. Jeder Ortsbeauftragte hat soviel Stimmen, als er Mitglieder vertritt.

### § 4 Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können alle Danziger werden.

Die Aufnahme erfolgt durch Beschluß des Vorstandes. Die Ablehnung kann nur aus wichtigem Grunde erfolgen. Als wichtiger Grund soll insbesondere ein den Danziger Interessen groblich entgegenstehendes Verhalten und besonders aktive Tätigkeit als Nationalsozialist gelten. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand durch einstimmigen Beschluß. Erfolgt ein solcher einstimmiger Beschluß nicht, so ist das Gesuch um Aufnahme auf Verlangen des Betroffenen dem Aufsichtsrat vorzulegen, der durch Stimmenmehrheit über das Gesuch entscheidet.

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluß. Der Austritt kann nur schriftlich mit vierteljährlicher Kündigung zum Ende eines jeden Kalenderjahres erfolgen.

Zum Ausschluß ist ein einstimmiger Beschluß des gesamten Vorstandes erforderlich. Dieser Beschluß ist schriftlich abzusetzen, mit Gründen zu versehen und mittels Einschreibebriefes dem Ausschlossenen mitzuteilen. Binnen 2 Wochen nach Absendung des Einschreibebriefes steht dem Betroffenen die Berufung an den Aufsichtsrat zu, der mit Stimmenmehrheit über den Ausschluß entscheidet. Zur Bestätigung des Ausschlusses ist eine Mehrheit von 2/3 der abstimmenden, mindestens aber mehr als die Hälfte der Stimmen der gesamten Aufsichtsratsmitglieder erforderlich.

### § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Den Mitgliedern steht das Recht zu, die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der dafür erlassenen Bestimmungen zu benutzen, insbesondere sich der sozialen und caritativen Hilfe des Vereins zu bedienen. Sie können jederzeit Anträge an den Vorstand des Vereins stellen und sind vor der Beratung über ihre Anträge auf Verlangen vom Vorstand zu hören. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern.

### § 6 Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 0,50 DM, für Familien bei Gesamtbeitrag 0,75 DM. Er ist in vierteljährlichen Vorausraten am ersten eines jeden Kalenderquartals zu entrichten. Auf Wunsch des Mitgliedes ist monatliche Beitragszahlung gestattet. Erwerbslosen kann der Beitrag ganz oder teilweise erlassen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Vorstand nach Anhörung der Bezirksbeauftragten.

Die preistreibenden Wirkungen dieses Lastenausgleichs spüren wir alle täglich. Die „Sonderabgabe vom Vorratsvermögen“, die unter dem hochgezümmten Namen einer „Sterilisierung der Hortungsgewinne“ bekanntgeworden ist, wird nicht dazu beitragen, die Preise allgemein zu senken. Ebensovornig wird dies die allgemeine Vermögensabgabe vermögen: sie hat man auf die Betriebsvermögen auf 3 Prozent erhöht. Alle solche Abgaben stellen für die Danziger eine neue Belastung dar; wir werden sie unmittelbar tragen, wenn wir noch etwas zu versteuern haben oder in der neuen Heimat erwerben konnten; wir tragen sie mittelbar in den erhöhten Preisen der Lebenshaltung, denn nur ein Optimist kann erhoffen, die neuen Abgaben würden nicht auf die breite Schicht der Konsumenten abgewälzt werden.

Nach diesem ersten enttäuschenden Akt ist von dem zweiten und dritten die Rede, über die der Vorhang 1949 aufgehen soll. Wir vernehmen ihre Titel schon: sie heißen „Steuerreform“ und „Vermögensausgleich“. Man mag es uns nicht verdenken, wenn wir solche Titel nicht mehr ernst zu nehmen vermögen. Man hat uns zu oft schon mit dem verlockenden Namen der Steuerreform die Schraube schmerzlich angezogen, und an einen „Ausgleich“ können wir auch nicht mehr glauben nach unseren bisherigen Erfahrungen mit diesem „Prüfstein der sittlichen Erneuerung“. Wir haben zu bitter gelernt, wie das viermal in der Bibel wiederholte Wort an den unglücklichen Danzigern in Erfüllung gegangen ist: „Wer da hat, dem wird gegeben; wer aber nicht hat, dem wird genommen, auch was er meint zu haben.“ Eine sittliche Erneuerung ist nur dann denkbar, wenn das Vertrauen wiederkehrt. Diese psychologische Basis fehlt uns, und nicht nur uns, wenn wir Danziger auch bemerkenswerte „Versuchsobjekte“ dafür sind, wie man es nicht machen darf. Zunächst muß das Vertrauen in die Gerechtigkeit, dann in die Stabilität der Staatsführung hergestellt werden, dann dürfen nicht die feierlichen Versprechen in den Verfassungen über die Unverletzlichkeit des Eigentums und die Unzulässigkeit der Enteignungen ohne Entschädigung dauernd gebrochen werden. Erst so werden wir Vertrauen in die neue Währung bekommen und wird diese sich in den vor uns liegenden schweren Wirtschaftskrisen zu bewähren vermögen. Dann erst ist der DM der Anschluß an die Weltwährungen möglich.

„Das Privateigentum kann nicht konfisziert werden“, hat die Haager Landkriegsordnung als einen der Grundsätze des Völkerrechts erklärt, der sich ergebe aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und den Forderungen des öffentlichen Gewissens. Warum gilt dieser Grundsatz nicht bei dem einzigen Staatsvolke, dessen Verfassung von den Hauptmächten garantiert worden ist? Dieser letzte Satz schließt mit einem Fragezeichen, das alles enthält, was wir Danziger zum Problem des Lastenausgleichs zu sagen haben.

Ernst Volkmar

### § 7 Organe des Vereins

a) der Vorstand, b) der Aufsichtsrat, c) das Sekretariat, d) die Mitgliederversammlung.

### § 8 Der Vorstand

Der Vorstand setzt sich aus 3 bis 7 Mitgliedern zusammen, darunter dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorstand bestimmt, wer von ihnen das Amt des Schriftführers und das des Kassenwarts übernehmen soll. Den Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB. bilden der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassenwart.

Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich als dessen gesetzlicher Vertreter. Gerichtlich und außergerichtlich wird der Verein durch den Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter zusammen mit einem anderen Vorstandsmitglied vertreten.

Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder soll tunlichst ihren Wohnsitz am Sitze des Vereins haben.

Bei Beschlussfassungen entscheidet die Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Sämtliche Vorstandsmitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie erhalten Ersatz ihrer Unkosten und Auslagen.

### § 9 Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Bezirksbeauftragten und Gesamtbeauftragten. Gesamtbeauftragte sind solche Personen, die für die Gesamtheit der Danziger tätig sind. Diese bestimmen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und haben untereinander einheitlich abzustimmen. Mehrere erschenene Gesamtbeauftragte werden durch den von ihnen gemeinsam zu Beginn jeder Sitzung zu benennenden Beauftragten aus ihrer Mitte bei Abstimmungen vertreten. Die Gesamtbeauftragten haben zusammen die gleiche Stimmzahl, wie dasjenige Aufsichtsratsmitglied, das die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Jeder Bezirksbeauftragte hat im Aufsichtsrat soviel Stimmen, als er Mitglieder seines Bezirkes auf sich vereinigt.

Der Aufsichtsrat gibt dem Vorstand des Vereins die Grundsätze für die Führung des Vereins, überwacht die Tätigkeit des Vorstandes, bestellt den Vorstand und beruft ihn ab. Er hat das Recht, eines seiner Mitglieder in den Vorstand zu delegieren. Dieser Delegierte ist im Vorstand nicht stimmberechtigt.

### § 10 Das Sekretariat

Die laufenden Geschäfte werden unter Aufsicht und Leitung des Vorstandes durch das Sekretariat durchgeführt. Der Leiter des Sekretariats ist berechtigt, die laufenden Geschäfte nach den grundsätzlichen Anweisungen des Vorstandes zu führen. Ihm ist vom Vorstand eine entsprechende Vollmacht zu erteilen. Die Mitglieder des Sekretariats erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung nach Maßgabe besonderer Vereinbarungen mit Vorstand und Aufsichtsrat.

### § 11 Mitgliederversammlungen

Mitgliederversammlungen haben in allen größeren Orten oder Bezirken mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. In den vom Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen ist eine gesamte Mitgliederversammlung zusammenzurufen, und zwar am Ort des Sitzes des Vereins. Die Vertretung eines Mitgliedes durch andere Mitglieder ist zulässig.

Die Mitgliederversammlungen werden durch die Presse einberufen. Die in den Versammlungen gefaßten Beschlüsse werden in ein Protokollbuch eingetragen. Die Niederschriften werden vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet.

### § 12

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

### § 13

Im Falle der Auflösung des Vereins wird das verbleibende Vermögen zur Unterstützung notleidender Danziger ausgeschüttet.

## Verzeichnis

### der bisher gegründeten Ortsstellen des Bundes der Danziger mit Angaben der Namen und Adressen der Bezirks- und Ortsbeauftragten

- Schleswig:** Bezirksbeauftragter z. Z. unbesetzt. Stellvertreter: Erich Burde, Flensburg, Angelburger Straße 22.  
Flensburg: Erich Burde, Angelburger Straße 22  
Rendsburg: Konrad Krieschen, Bahnhofstraße 8  
Eckernförde: Kurt Lukowski, Langebrückstraße 11  
Schnarup: Adolf Schütz  
Husum: Kurt Klawitter, Mönkeweg 14  
Schleswig: Alexander Woelk, Gottorfstraße 9  
Westerland/Sylt: Hans Dyck, Lornsiedlung  
Süderbrarup: August Kordack, Hildebrandweg 29  
Glücksburg: Eduard Bosselmann, Petersenallee 9
- Holstein:** Kom. Bez.-Beauftragter Dr. Könnemann, Lübeck, Schwartauer Allee 71a  
Lübeck: Dr. Gerhard Lippky, Moislinger Allee 96  
Eutin: Josef Cierocki, Bahnhofstraße 34  
Heide: Kurt Weichbrodt, Neue Anlage 14  
Itzehoe: Kurt Wirth, Viktoriastraße 4  
Kiel: Rudolf Roedner, Gartenstraße 27  
Lauenburg: Erdmann Hevecke, Elbstraße 26  
Neumünster: Wolfgang Grund, Großflecken 64  
Oldenburg/Holst.: Pastor Schuberth, Mühlenkamp 49  
Neustadt/Holst.: Sigmar Deubner, Brückstraße 23  
Oldesloe: Willy Rexin, Kurparkallee 4  
Preetz: Fritz Holtz, Café Holtz  
Ratzeburg: Werner Bock, Möllner Straße 7  
Segeberg: Arthur Kückbusch, Oldesloer Str. 9, bei Firma Boehm  
Wilster: Dr. Oskar Schmidt, Bahnhofstraße 6  
Wesselburen: Paul Broeck, Dohrnstraße 11  
Uetersen: Helmut Schilling, Gr. Wulfhagen 14  
Barmstedt: Ernst Lange, Am Markt 20  
Henstedt ü. Ulzburg: Richard Otto  
Dwerkhathen ü. Trittau: Friedrich Beyersdorff  
Bredstedt: Walter Engel, Norderstraße 7  
Hohenwestedt: Hans Gurr, Höpen 12  
Lütjenburg: Ernst Droefke, Pankestraße 5  
Lütjensee Bez. Hamburg: Herta Heßler  
Meisdorf: E. Stahlberg, Trotzenburg 24  
Hemdingen ü. Barmstedt: Hans Schlicht  
Kellinghusen: Ilse Kohl, Am Schulberg  
Bornhöved ü. Neumünster: Bodo Rasenberger  
Büchen/Lbg.: Paul Natschke, Flüchtlingsheim 9  
Horst Kreis Steinburg: Charlotte Fabricius, Horstreihe 1  
Brunsbüttelkoog: Ernst Staude, Postfach 33  
Reinfeld/Holst.: Werner Freyer, Arnsböcker Straße 71  
Niendorf/Ostsee: Dr. Stümer, Grüner Weg 3  
Kaltenkirchen: Walter Penert
- Groß-Hamburg und Umgebung:** Bez.-Beauftragter Horst Domanski, Trostbrücke 4, VI  
Bez. Hamburg: Horst Domanski, Trostbrücke 4, VI  
Ahrensburg: Kurt Sallach, Kaiser-Wilhelm-Allee 25  
Stade: Herbert Schlegel, Thunerstraße 100
- Niedersachsen-Ost:** Bez.-Beauftr. Fritz Menge, Braunschweig, Umlandstr. 6  
Braunschweig: Wolf Runge, Wachholtzstraße 1  
Kr. Dannenberg: Heinz Neander, Lüchow, Kirchstraße 14  
Helmstedt: Herwart Gutjahr, Kl. Wall 18  
Schöningen: Hans Kretschmar, Schulstraße 14  
Celle: Mia Keil, Lüneburger Straße 20  
Lüneburg: Kurt Ziegler, Höhe Luft 15  
Goslar: Oskar Glockmann, Mauerstraße 48  
Bad Pyrmont: Werner Schirr, Oesdorfer Straße 42  
Hannover: Dr. Ehmke, Rühmkorfstraße 8  
Bevern Kr. Uelzen: Eva Schreiber, Bergstraße 19  
Kr. Nienburg: Rudi Jakubowitz, Bad Rehburg ü. Wunstorf
- Niedersachsen-West:** Bez.-Beauftragter Friedrich Chall, Oldenburg i. O., Tangastraße 29  
Oldenburg i. O.: Friedrich Chall, Tangastraße 29  
Cuxhaven: Walter Hildebrandt, Strichweg 10  
Wittmund: Martin Steinbrecher, Goethestraße 26  
Lingen/Ems: Reinhold Kreft, Schardepohl, Schule  
Neuenburg i. O.: Karl Walther, Zeteler Straße 157  
Mulsum ü. Bremervörde: Hans-Ulrich Röhr  
Norden/Ostfriesland: Frau E. Blöss, Postfach  
Wilhelmshaven: Herbert Conrad, Wupperstraße 2  
Leer/Ostfriesland: Bruno Reimann, Gr. Oldekamp 25  
Osnabrück: Dr. Schwegmann, Hotel Haseter  
Hamelwürden: Franz Anshelm, Hamelwürden Nr. 51
- Bremen und Umgebung:** Bez.-Beauftragte Frau Ann Kalähne, Bremen, Schönhausener Straße 39  
Bremen: Fedor Gardemin, Dürerstraße 11a  
Grafschaft Hoya: H. Neubauer, Barrien 57, Kreis Syke  
Bremerhaven-Wesermünde: Dr. Walter Petter, Am Twischkamp 15, I  
Osterholz-Scharmbeck: Friedel Eichwald, Klosterkamp 21  
Achim: H. Herbrich  
Veegesack: H. Scheffler, Weserstraße 77a
- Nordrhein-Westfalen:** Bez.-Beauftragte Frau Dr. Aenne Kurowski-Schmitz, St. Tönis bei Krefeld, Kirchplatz 10  
Krefeld: Frau Dr. Kurowski, St. Tönis bei Krefeld  
Bad Triburg/Westf.: Cäcilie v. Tiesenhausen, Gräfliches Haus  
Kr. Siegen: Artur Olschewski, Geisweid Kr. Siegen, Bahnhofstr. 22  
Hamm/Westf.: Konrad Klein, Friedrichallee 33  
Gelsenkirchen: W. Foerster, Boniverstraße 60  
Dortmund: Alfons Kosakowski, Alsenstraße 21  
Iserlohn: Walter Zielke, Rathausplatz 2  
Solingen: Günther Jansen, Rölshneider Straße 44  
Bochum: Hans Braun, Hiltroper Straße 230  
Oberhausen/Rheinland: Kurt Perling, Charlottenstraße 14  
Leverkusen: J. Biester, Leverkusen-Wiesdorf, Hindenburgstr. 33, II  
Wuppertal-Vohwinkel: Gerd Paul Zielinski, Gräfrather Straße 45  
Düsseldorf: Paul Austein, Bonner Straße 141  
Bad Oeynhausen: Walter Schüle, Kaiserstraße 4  
Dahlebrück/Sauerland: Felix Lerchner, Mühlerohl 92  
Lerbeck/Westf.: Herm. Senger, Kirchweg 38  
Detmold: Erich Kruchta, Mühlenstraße 5  
Rechenfeld Kr. Münster: Elli Herbst, Evang. Pfarrhaus  
Burgsteinfurt/Westf.: Edgar Sommer, Kirchstraße 23  
Unna/Westf.: Rudolf Schwalm, Nordring 6

Herne/Westf.: Friedrich Lechte, Dünkelstraße 53  
Gütersloh/Westf.: Frau Lentz, Herzebrockerstraße 6  
Gronau/Westf.: Artur Maas, Postfach 25  
Wuppertal: H. P. Bogus, Krähwinklerbrücke, Honsbergstraße 1  
Bielefeld: Dr. Paul Schulz, Dorotheenstr. 9  
Brühl bei Köln: Georg Potrek, Brühl-Pingsdorf, Badorfer Str. 31  
Steinbrück/Köln: Willy Boldt

- Amerikanische Zone:** Bez.-Beauftragter Pfarrer Kurt Walter, Stuttgart-Cannstatt, Waiblinger Straße 103, Stellvertreter: Norbert Krzoska, Gießen, Wetzlarer Weg 65  
Stuttgart: Kurt Walter, Stuttgart-Cannstatt, Waiblinger Straße 103  
Gießen: Norbert Krzoska, Wetzlarer Weg 65  
Heidelberg: Ernst Hecht, Philosophenweg 1  
Mannheim: Siegfried Klein, Erlenstraße 68  
München: Kurt Lange, Unter-Pfaffenhofen, Flurstraße 79  
Bad Tölz: Hans Schröder, Brümelfeldstraße 11, I  
Ostheim/Unterfranken: Johannes Wolf, Ostheim bei Hofheim  
Augsburg: Herbert Pilch, Frickinginger Straße 2  
Wallau ü. Flörsheim/Main, Gerbermühle: H. Reichelt, Wiesbaden  
Aschaffenburg: Bruno Biema, Hafenbahnstraße 20  
Kr. Lindau/Bodensee: Johann Bartsch, Teisendorf 121  
Söcking ü. Starnberg: Walter Kristandl, Söcking, Funkhaus  
Aalen i. Württ.: Alfred Posack, Rohrwanger Straße 3  
Kreppendorf ü. Fürth: Richard Hartwig  
Bad Kissingen: Hans Pischke, Rooseveltsstraße 47a  
Frankfurt a. M.: Günter Krause, Nibelungenallee 57  
Weiden: Stefan Zutraun, Königstraße 10  
Wiesbaden: Heinrich Friedrich, Helenenstraße 1
- Französische Zone:** Bez.-Beauftragter bis auf weiteres wie zu 8.  
Sinzheim b. Bühl/Baden: Dr. Werner Hahlweg, Hauptstraße 65  
Freiburg: Walter Wegner, Stefanienstraße 38  
Reutlingen: Herta Tietz, Degerschwilcherstraße 25

## An unsere Mitglieder

Die Herausgabe des Mitteilungsblattes Nr. 2 hat sich durch verschiedene Umstände etwas verzögert; unter anderem dadurch, daß die Verteilung der Nr. 1 an einzelnen Ortsstellen trotz der dankbar anerkannten Bemühungen der Ortsbeauftragten doch etwas längere Zeit in Anspruch nahm. So verzögerte sich auch die Überweisung der Beiträge zu den Druckkosten an die Zentrale nach Lübeck und damit auch die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Druckerlei. Auch seitens der Einzelbezieher sind noch manche mit der Überweisung des Beitrages für die Zeitung im Rückstand. Wir wissen, es geschieht nicht vorsätzlich, es ist nur Vergeßlichkeit; denn unter den Säumigen sind Landsleute, denen es auch wirtschaftlich nicht schwerfallen kann, uns 0,30 DM zu schicken. Wir bitten, dies nachzuholen. Die Überweisung für mehrere Folgen erspart Portokosten. (Postcheckkonto Hamburg 375 28).

Wir bringen in diesem Blatt auch eine Aufstellung der einzelnen Ortsstellen. Trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens des Bundes ist erfreulicherweise die stattdie Zahl von 120 erreicht. Unser Dank gilt dabei an erster Stelle den Bezirks- und Ortsbeauftragten, durch deren Arbeit und Mühe oft unter schwierigsten Verhältnissen dies Resultat erreicht werden konnte. Daß ihre Tätigkeit in allen Fällen ehrenamtlich geschieht, ist ein Beweis ihres Verständnisses für unsere Aufgaben und ihrer Liebe zur verlassenem Heimat. Manche Orte, auch mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Danzigern, fehlen noch. Wir hoffen, bald eine Ergänzungsliste bringen zu können und begrüßen jede weitere aktive Mitarbeit. Auch den vielen Einzelmitgliedern, die pünktlich ohne Mahnung ihre Beiträge zahlen, gilt unser Dank. Die Säumigen erinnern wir an die pünktliche Überweisung. Wir brauchen dringend Mittel, um einen Fonds zu schaffen. Viel Not und Elend gibt es unter unseren Landsleuten zu lindern und wichtige Aufgaben stehen uns noch bevor. Wir bitten, auf Empfangsbescheinigungen für die gezahlten Beiträge bis auf weiteres zu verzichten, sie kosten unnötiges Porto, das zur Zeit besser verwandt werden kann. Bei Überweisungen wird uns die Arbeit erleichtert durch genaue Angaben auf dem Postabschnitt für die Verwendung des Beitrages (Mitglieds-Nr., für welche Monate gilt der Beitrag, welcher Betrag ist für das Mitteilungsblatt bestimmt, für bestellte Wappennadeln usw.). Deutsche Schrift!

Einheitliche Mitglieder-Ausweise werden demnächst für alle direkten und indirekten Mitglieder von der Zentrale herausgegeben. Wappennadeln sind zur Zeit ausgegangen, die neubestellten treffen in Kürze wieder ein. Alle Aufträge werden dann sofort ausgeführt.

Bei Anfragen, insbesondere Suchanfragen, bitten wir um Beifügung von Rückporto. Nicht vergessen Adressänderungen aufzugeben. Von 40 000 Werbekarten sind etwa 2000 mit dem Vermerk „Empfänger unbekannt verzogen“ zurückgekommen. Unsere Zentralkarte muß auf dem Laufenden sein. Wir müssen wissen, wo unsere Danziger leben und vielen Landsleuten, insbesondere Heimkehrern, kann durch eine genaue Karte geholfen werden. Welche Freude spricht zum Beispiel aus einem Brief eines Rußlandheimkehrers wie dem folgenden:

„Gütersloh, den 4. Januar 1949. Auf diesem Wege will ich Ihnen herzlich meinen Dank aussprechen für die Ermittlung und Nachricht meiner Angehörigen. Somit bin ich von der Ungewißheit erlöst, und ich habe eine neue Heimat gefunden. War überaus glücklich und stehe mit meinen Eltern sowie mit meiner Frau in brieflicher Verbindung. Nochmals herzlich Dank und viel Glück im neuen Jahr mit Erfolg grüßt August Peters.“

Leider können wir aus Raummangel noch nicht Berichte bringen über die zahlreichen und eindrucksvollen Veranstaltungen, die in den meisten Ortsstellen, insbesondere anlässlich des Weihnachtsfestes, stattfanden. Wir danken den Veranstaltern für ihre Mühe und Arbeit im Interesse des erstrebtens Zusammenschlusses unserer Landsleute. Aus allen diesen Berichten spricht immer wieder die Freude, daß durch die Gründung der Ortsstellen eine Möglichkeit gegeben ist, sich einmal zusammenzufinden und unter Landsleuten für einige Zeit die Mühen und Sorgen des heute so trüben Alltags zu vergessen.

Wir bitten, daran zu denken, daß Berichte aus der Heimat jeden interessieren, und uns Auszüge aus solchen Briefen zur Veröffentlichung einzusenden.

Der Danziger Heimatkalender konnte dank der unermüdeten Arbeit seines Schriftleiters Siegfried Rosenberg doch noch vom Verlag erstmalig für das Jahr 1949 herausgebracht werden. Er hat vielen von uns große Freude gebracht. Sein Erscheinen wird vom Bund als ein Beitrag für unser Ziel der Pflege des Heimatgedankens sehr begrüßt.

## Berichtigung

Im Rundschreiben Nr. 1, Seite 2, ist ein Artikel von Herrn Dr. Dr. Langguth über die Staatsangehörigkeit der Danziger erschienen. Infolge eines Versehens sind die Worte in der Überschrift „im völkerrechtlichen Sinne“ fortgelassen worden. Es ist beabsichtigt, in einer der nächsten Nummern einen Artikel des gleichen Verfassers über die „Staatsangehörigkeit der Danziger im Verhältnis zum Deutschen Reich“ zu veröffentlichen.



Der endgültige Vorstand soll durch die nächste ordentliche Aufsichtsratsversammlung für die Zeit bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 1949 gewählt werden. Bis zu dieser Wahl wird der erste Vorstand von der Gründerversammlung bestellt.

Die personelle Besetzung der statutenmäßig vorgesehenen Organe:

#### I. Der Vorstand

Zu Vorstandsmitgliedern wurden in der Aufsichtsratssitzung am 21. August 1948 gewählt: Oberstudienrat Dr. Könnemann, Lübeck, Vorsitz; Geschäftsführer Burde, Flensburg; Landtagsabgeordneter Clerock, Eutin; Gewerbe-

treibender Hintz, Lübeck; Pfarrer Mahlau, Hamburg; Bücherrevisor Pfeiffer, Lübeck; kaufmännischer Angestellter Zocher, Bremen. Dazu als Delegierter der Gesamtvertretung: Kaufmann Ziehm, Hamburg.

#### II. Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus a) den Bezirksbeauftragten: Oberinspektor Chall, Oldenburg i. O.; Kaufmann Domanski, Hamburg; Frau Anni Kalähne, Bremen; Frau Rechtsanwältin Dr. Kurowski, St. Thönis; Ingenieur Menge, Braunschweig; Pfarrer Walter, Stuttgart. (Ständiger Vertreter für Pfarrer Walter: kaufmännischer Angestellter Krzosa, Giessen/Lahn.) b) den Gesamtbeauftragten: Rechtsanwalt Dr. Sternfeld, Lübeck, Vorsitz; Verlagsleiter Dr. Gspann, Heidelberg; Dr. jur. Dr. rer. tech. Langguth, Hamburg; Rechtsanwalt Dr. Marx, Bad Kissingen; Kaufmann Ziehm, Hamburg.

## Aus der Arbeit der Gesamtvertretung

Auf vielfachen Wunsch werden einzelne Abschnitte des vom Verfasser der Gesamtvertretung vorgelegten, von dieser nach eingehenden Beratungen gebilligten und an die Außenminister und die Vereinten Nationen im August 1948 überreichten Memorandums über die völkerrechtlichen Ansprüche der Freien Stadt Danzig und über das historische Recht auf einen unabhängigen Staat veröffentlicht. Heute und in der folgenden Nummer des Mitteilungsblattes erscheint der Abschnitt „Die Restauration Danzigs als Freie Stadt im Friedensvertrag von Versailles“. Diese Ausarbeitung ist als Anlage zum historischen Teil B des Memorandums beigefügt. Mit der Veröffentlichung der historischen Darlegung über die Entstehung der Freien Stadt Danzig im Vertrage von Versailles wird deshalb begonnen, weil die diplomatische Vorgeschichte sowie die Verhandlungen über die Errichtung der Freien Stadt Danzig nach dem ersten Weltkriege in Danziger Kreisen verhältnismäßig wenig bekannt und von besonderem Interesse für alle Danziger sind.

Die folgende Darstellung beruht ausschließlich auf Urkunden und einwandfreiem in- und ausländischen Quellenmaterial. In dem den Außenministern

überreichten Text ist das Quellenmaterial genau bezeichnet. Im Interesse der Allgemeinverständlichkeit werden die Anmerkungen und Zitate in fremden Sprachen fortgelassen.

Zur Londoner Friedenskonferenz im Jahre 1947 war schon ein kurzes Exposé über die obenbezeichneten Danziger Fragen eingereicht worden; von diesem Exposé werden einzelne Abschnitte gleichfalls in dem Mitteilungsblatt des Fundes veröffentlicht werden.

In gleicher Weise werden diejenigen Ausführungen mitgeteilt werden, mit denen die innerstaatliche Stellung der Danziger umrissen und klargestellt wird. Wenn alle diese Veröffentlichungen nicht so rasch erfolgen, wie dies vielfach gewünscht wird, müssen wir um Verständnis bitten, auch wenn wir die Gründe hierfür nicht nennen können. Jedenfalls liegen solche sehr schwerwiegenden Gründe vor, die uns zu äußerster Zurückhaltung in Veröffentlichungen über unsere Arbeit zwingen.

Dr. Sternfeld, Vorsitzender der Gesamtvertretung

### Die Restauration Danzigs als Freie Stadt im Friedensvertrag von Versailles

#### I. Die diplomatische Vorgeschichte der Versailler Friedensregelung in bezug auf Danzig

Der Weltkrieg von 1914 bis 1918 brachte eine neue Entwicklung für Danzig. Denn der Zusammenbruch des Deutschen Reiches stellte die alliierten Mächte vor die Entscheidung, wie Osteuropa neugestaltet werden sollte. Von den Führern des polnischen Volkes wurde die Wiederherstellung des polnischen Staates erstrebt, dessen Staatsgebiet in den drei polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795) zu 82 Prozent an Rußland, zu 10 Prozent an Österreich und zu 8 Prozent an Preußen gefallen war. Schon vor Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Weltkrieg hatte Präsident Wilson eine Regelung der polnischen Frage bei der Lösung der europäischen Grenzprobleme vorgesehen. Im Dezember 1916 war von Georg Soßnowski, einem Mitarbeiter des späteren polnischen Delegationsführers Roman Dmowski, dem Präsidenten Wilson eine längere Denkschrift eingereicht worden, die die Wiederaufrichtung eines unabhängigen Polens zum Gegenstand hatte.

Präsident Wilson sprach in seiner Botschaft an den Senat vom 22. Januar 1917 von dem Plan der Errichtung eines geeinten, unabhängigen und selbständigen Polens, das einen Zugang zum Meer haben sollte, der durch Neutralisierung unmittelbarer Wegerechte zu schaffen wäre.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg im Jahre 1917 veranlaßte den späteren Delegationsführer in Versailles, Roman Dmowski, den Kampf um die Wiederherstellung des polnischen Staates zu intensivieren. Im Juli 1917 ließ Roman Dmowski unter dem Titel „Problems of Central and Eastern Europe“ maßgebenden Politikern der alliierten Mächte eine umfangreiche Ausarbeitung über die schon im Kriege einzuleitende Umgestaltung Osteuropas zuleiten. In dieser Schrift verlangte Roman Dmowski den Übergang Danzigs und der Weichselmündung an Polen und erklärte, die Stadt werde unter den Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung zweifellos eine polnische Stadt werden. Die Geschichte der Freien Stadt Danzig über dreieinhalb Jahrhunderte im Verhältnis zu den Königen von Polen (1454 bis 1793) und die nachgewiesene deutsche Abstammung der Bevölkerung — wenn auch unter Herausbildung einer eigenen Art — bewiesen eindeutig, daß Dmowski's Auffassung auf einem geschichtlichen Irrtum beruhe. Weder die englische noch die amerikanische damalige Regierung habe jenen Forderungen Roman Dmowski's ihre Zustimmung gegeben.

Mitte August 1917 bildete sich in Lausanne das polnische Nationalkomitee (Komitet Naradowy Polski), dessen Vorsitzender Roman Dmowski wurde. Aber nicht alle in Westeuropa lebenden Polen standen auf der Seite dieses Nationalkomitees. In England vereinten sich die Gegner des Komitees in einem „Polish Information committee“, an dessen Spitze Zaleski trat und das sich auf einen polnischen Staat mit Kongreßpolen und Galizien beschränken wollte. Selbst die Frage der Zugehörigkeit der Provinz Posen zu dem künftigen Polen ließ dieses Komitee offen. Maßgebliche englische Kreise unterstützten das in Großbritannien gebildete Komitee von Zaleski, so der Erzbischof von Canterbury, Lord Gladstone, Lord Asquith und Lord Bryce.

In seiner Rede am 5. Januar 1918 vor den Trade Unions über die internationale Politik und über die Kriegsziele äußerte sich der britische Ministerpräsident Lloyd George in der polnischen Frage dahingehend, daß ein unabhängiges Polen aus allen „genuinely“ (echten) polnischen Elementen bestehen sollte, die in seinem Bestand aufzugehen wünschten. Drei Tage darauf, am 8. Januar 1918, verkündete der amerikanische Präsident in einer Botschaft an den Kongreß sein Friedensprogramm, in dem es in Punkt 13 über Polen heißt:

„Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden, der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, dem ein freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie seine territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert wird.“

Beide Staatsmänner, Präsident Wilson und Ministerpräsident Lloyd George, hatten zweifellos nicht ohne Absicht die Zugehörigkeit strittiger Gebiete zum polnischen Staat davon abhängig gemacht, daß deren Bevölkerung „genuinely polish“ (echt polnisch) — so Lloyd George — oder „indisputably polish“ (unbestreitbar polnisch) — so Präsident Wilson — wäre. Der britische Ministerpräsident knüpfte darüber hinaus die Zuteilung eines solchen von

echten Polen bewohnten Gebietes an die Bedingung, daß diese Bevölkerung selbst den Wunsch äußern würde, zu dem zu bildenden polnischen Staat zu gehören.

Um den amerikanischen Präsidenten Wilson für die polnischen Forderungen zu gewinnen, reiste Roman Dmowski auf Beschluß des polnischen Nationalkomitees im August 1918 nach Amerika und erwirkte eine Unterredung bei dem Präsidenten. Als Dmowski seinen Vortrag beendet hatte, in dem er seine früheren territorialen Forderungen geltend machte, entgegnete ihm Wilson: „Genügt Ihnen denn nicht die Neutralisierung der Weichsel und die Schaffung eines freien Hafens in Danzig?“

So hatte Dmowski in seiner ersten Unterredung mit Präsident Wilson feststellen müssen, daß der Präsident bei seiner Forderung nach einem freien Zugang zum Meere für den künftigen polnischen Staat nicht im entferntesten daran gedacht hatte, Polen deshalb den Besitz von Westpreußen oder gar Danzigs zuzusprechen. In Punkt 2 der Kongreßrede vom 11. Februar 1918 erklärte Präsident Wilson in dieser Frage:

„Land und Leute sind von Staat zu Staat nicht zu verschachern wie Hab und Gut und wie Pfänder in einem Spiel.“

Und noch deutlicher hatte der Präsident in seiner Mount-Vernon-Rede am 4. Juli 1918 betont, daß die Festsetzungen bei der künftigen Friedensregelung nicht auf Grund der Vorteile eines anderen Volkes erfolgen sollte und nur auf der Grundlage der Zustimmung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung. Bei der genannten Unterredung erhielt Roman Dmowski die Erlaubnis, dem Präsidenten eine Denkschrift vorzulegen. Als bald überreichte Roman Dmowski eine von vier Karten begleitete Denkschrift. In dieser Denkschrift heißt es in bezug auf Danzig: „Die offiziellen Zahlen, welche Danzig betreffen, stellen die Stadt als rein deutsch dar, indessen erweisen private Untersuchungen, auf polnischen Wegen geführt, daß fast die Hälfte der Bevölkerung polnisch ist, wenn auch oberflächlich verdeutscht.“ In der Denkschrift vom Jahre 1917 hatte Dmowski noch wörtlich erklärt: „Das heutige Danzig ist deutsch.“ Beide Behauptungen, in den verschiedenen Denkschriften nebeneinandergestellt, liefern einen treffenden Beweis für die tendenziöse Abfassung der Denkschriften, die geeignet sein sollten, die Staatsmänner der Weltmächte für die polnische Forderung zu gewinnen.

Über die Auffassung der maßgebenden politischen Kreise zur polnischen Frage in jener Zeit berichtet Roman Dmowski selbst, daß bedeutende Politiker der Westmächte der Meinung waren, die Küste der Ostsee bis weit hinter die Mündung des Njemen sei deutsch und daß sie, als Dmowski von den territorialen Forderungen Polens an die Ostsee sprach, „sich die Augen rieben und ‚Dmowski‘ wie einen Menschen ansahen, der nur halb bei Bewußtsein war“. Die Unrichtigkeit der Behauptung Dmowski's über die polnischen Bevölkerungsanteile Danzigs wird durch die Nachweisung über die fast ausschließliche Abstammung — wenn auch durch Herausbildung einer Eigenständigkeit — und durch die späteren Wahlen zum Danziger Volkstage in der vorkommunistischen Zeit unter dem Schutze des Völkerbundkommissars vollkommen widerlegt. Auch die späteren, auf Grund der Versailler Friedensregelung angeordneten Abstimmungen in Ostdeutschland zeigen, daß diese Denkschriften keineswegs objektiv sind. Denn die Ereignisse bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen vom 11. Juli 1920 in den von Dmowski als polnisch bezeichneten Gebieten ergaben in Masuren eine Mehrheit von 97 Prozent und in den vier westpreußischen Kreisen auf dem rechten Weichselufer eine solche von 92,8 Prozent für das deutsche Volkstum.

Nachdem Präsident Wilson auch in der letzten Besprechung Dmowski im November 1918 bezüglich seiner Forderung auf Danzig abgewiesen hatte, versuchte Dmowski, die alliierten Mächte dazu zu bewegen, polnische Legionstruppen unter Oberst Josef Haller über Danzig nach Polen zu transportieren und Danzig sowie die Eisenbahnlinie Danzig—Thorn zu besetzen. Jedoch wurde von den alliierten Mächten diese Forderung abgelehnt. Damals haben die Alliierten nicht zugelassen, daß die Polen durch den Transport der Haller-Truppen in Danzig ein fait accompli schaffen konnten, wie sie ein solches durch die Austreibung der deutschen Bevölkerung nach der Besetzung Danzigs im Jahre 1945 zu erreichen anstrebten.

## Pensionszahlungen an Danziger

Die Frage der Pensionszahlungen an Danziger bzw., wie es in der amtlichen Verordnung heißt, der Vorschüsse auf Versorgungsgebühren, ist immer noch nicht in befriedigender Weise geregelt. Aus zahlreichen eingegangenen Briefen von Betroffenen kennen wir die Not, die durch diese ungerechte Behandlung unserer Pensionäre entstanden ist. Alle berufenen Danziger Stellen sind in enger Zusammenarbeit bemüht, eine gerechte Entscheidung in der Pensionsfrage zu erreichen. Eine einheitliche Regelung ist bisher auch nicht in der britischen Zone erfolgt. Jedes Land hat diese Frage auf seine eigene Art behandelt, wobei die persönliche Einstellung der betreffenden Minister oder Referenten häufig eine entscheidende war. Wir haben in dem Mitteilungsblatt Nr. 1 bereits eine eingehende Schilderung über den bisherigen Verlauf gebracht. Es erreichte uns bei Redaktionsschluß der Nr. 1 die Nachricht, daß das Land Nordrhein-Westfalen, das die Zahlungen bekanntlich ganz eingestellt hatte, sich dem Vorgehen der anderen Länder der britischen Zone angeschlossen und wenigstens teilweise die bereits früher erfolgte Zahlung an verdrängte Versorgungsberechtigte wieder aufgenommen hat, das heißt für diejenigen, die bis zum Ausscheiden ihres Heimatgebietes aus dem Reichsgebiet Reichs-, Landes- oder Kommunalbeamte gewesen sind. Da die Mehrzahl der Danziger Beamten aber nach dem Jahre 1920 eingestellt ist, kommt diese Entscheidung nur wenigen zugute.

Wir haben aber jetzt die begründete Hoffnung, daß in Kürze eine allgemeine Lösung gefunden wird, die den berechtigten Forderungen unserer Danziger Beamten Rechnung trägt. Die britische Militärregierung, auf deren Anweisung in der Pensionsregelung für Beamte aus verlorenen oder vorübergehend eingegliederten Reichsgebieten sich die einzelnen Länder berufen, hat jetzt erklärt, daß eine Neuregelung getroffen wird, nach der die Entscheidung in die Hand der deutschen Behörden gelegt wird unter Aufhebung der britischen finanztechnischen Anweisung Nr. 88 vom 18. November 1946. In einem Schreiben des betreffenden Referenten im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen vom 22. Dezember 1948 ist gesagt, daß auf Grund einer Zusage des britischen Gouverneurs bereits „in den nächsten Tagen“ die Aufhebung erwartet wird. Nach Erklärungen der deutschen Behörde ist von dieser Neuregelung zu erwarten, daß dann auch an Umsiedler und Verdrängte aus während des Krieges eingegliederten Gebieten Pensionszahlungen geleistet werden. Damit wird dann auch unsern Danziger Pensionären hoffentlich ihr Recht zuteil. Darüber hinaus werden wir immer wieder im Verein mit den bestehenden Flüchtlingsorganisationen die uns selbstverständlich erscheinende volle Gleichberechtigung der Flüchtlings-Pensionäre mit den einheimischen fordern. Hoffentlich können wir in der nächsten Nr. des Nachrichtenblattes schon positive Ergebnisse unsern Mitgliedern berichten.

## Die Geschäftsstelle des Bundes hat wieder vorrätig:

Danziger Wappennadeln in solider, geschmackvoller Ausführung zum Preise von 1,25 DM pro Stück.  
Postkarten mit Danziger Wappen pro Stück 0,10 DM.  
Danziger Fotos (die schönsten Ansichten aus dem unzerstörten Danzig) als Postkarten pro Stück 0,30 DM.  
Aschbecher aus Metall mit eingepprägtem Danziger Wappen pro Stück 1,25 DM.  
Versand erfolgt nach Einsendung des Betrages und der Portokosten.

Alleinstehende Witwe sucht Gedankenaustausch und Briefwechsel mit gebildetem Landsmann, 45—55 Jahre, Größe nicht unter 1,70 Meter. Zuschriften unter E L 270 an Kurt Remuss, Lübeck, Untertrave 3e

### Gesucht werden

Hans und Margarete Müller, Danzig, Laubenkolonie Meeresblick, beide zirka 50 Jahre alt. Gesucht werden Personen, die während des Russeneinmarsches sich im Keller des Hauses Pfefferstadt 45/46 (Haus Kratzer) befanden. Nachrichten an die Bundeszentrale nach Lübeck erbeten.

Familie Heinrich Löblein, früher Oliva, Kronprinzen-Allee 32, jetzt Nürnberg, Emilienstr. 4, I, sucht ehemalige Olivaer und Zoppoter Familien, mit denen sie in den Jahren 1930/38 Verkehr hatte:

Stiehmutter, Austrägerin der „Danziger Volksstimme“,

Frau Dr. Gräbner, früher Scharnhorststraße, Martha Hahn, früher Dultstraße, Alfred Priess, früher Danziger- bzw. Georgstr., Holze, Söhne vom Kohlenhändler Holze, Fleischermeister Stetzelberg, früher Langfuhr, Bahnhofstraße,

Bäckermeister Edwin Stein, früher Weiße Hand, Langfuhr.

### Stellengesuch

Herbert Kull, Drevenack 106, bei Wesel, 25 Jahre alt, bisher als Registrator, Expedient, Kellner und Krankenpfleger tätig gewesen, sucht Stellung gleich welcher Art.

### Es starben

Theodor Wurm, Bremen-Rönnebeck, Weser Straße 29, am 22. November 1948

Friedrich Wengel, Pinneberg, Fahltkamp 65, am 11. Oktober 1948.

## ADRESSEN DANZIGER FIRMEN

**ERNST LUCKS**  
München, Großmarkthalle  
IMPORT UND WAGGONBEZUG  
Südfrüchte, Obst, Gemüse, Trockenfrüchte

### Der Danziger Hauskalender

Ein Heimatbuch mit fast 100 Seiten, vielen Bildern, Erzählungen, Gedichten u. a. ist erstmalig im Dezember 1948 erschienen. Preis DM 2,10 zuzüglich Porto u. Nachnahmegebühr. Bestellungen werden noch entgegengenommen. Postkarte genügt an den Herausgeber „Der Danziger Hauskalender“ (23) Oldenburg/Oldb., Postfach

Bitte ausschneiden und aufbewahren!  
Originalradierungen von Danzig wieder erhältlich (ab 4,— DM)  
Paul Kreisels,  
(24a) Bad Schwartau, Peterstraße 9

### BERGSPED

Speditions- und Lagerhausgesellschaft m. b. H.  
Lübeck, Untertrave 84, Ruf 2 55 01  
Spedition aller Art von und nach Lübeck

Obstbaumspritzungen sowie radikale Vernichtung aller Schädlinge wie Wanzen, Kakerlaken, Ratten usw. führt in Lübeck und umliegenden Kreisen der staatl. anerkannte Schädlingsbekämpfungsbetrieb „Rekor d“, Lübeck, Bunker Engelsgrube, durch. Tel. 20430, Inh. Egon Boelke.

Wir versenden Heimatbilder in Größe 13 × 18 cm mit Motiven aus Danzig, Oliva und Zoppot. Vorhanden sind 23 verschiedene Fotos. Preis der Serie 20,— DM, einzeln 1,— DM. Bitte fordern Sie ausführliche Prospekte an. Carl Lange, (19b) Wernigerode/Harz, Am gr. Bleek 18.

**FOTO-SÖNNKE**  
DER LICHTBILDNER  
ab 1. Februar 1949 auch in Lübeck  
Schwartauer Allee 28

**Haus- und  
Küchengeräte**  
Stahlwaren, Eisenwaren, Werkzeuge  
Bau- und Möbelbeschläge  
Ofen und Herde

**Scholz-Penner**

Lübeck, Klingenberg 8/9 (im Hause der Volksfürsorge) und Possehlstraße 18 20

Inh.: Margot Marzahn  
Bekannt in Danzig seit 1838

**MATZKO**  
FABRIK DANZIGER LIKÖRE

jetzt: LÜBECK-SCHLUTUP  
Fabrikstraße 6-8

Auskünfte über Familien- und andere Mitteilungen für diese Seite erteilt: Kurt Remuss, (24a) Lübeck, Untertrave 3 E, Fernruf 2 75 05.

Druck von Max Schmidt-Römhild, Lübeck, DG 140 98/7000 1.49 C - Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 7 der Landesregierung Schleswig-Holstein

ZEITUNGSDRUCKSACHE

An

BUND  
DER DANZIGER EV.  
LÜBECK  
Beckergrube 41

17- Wau blingen  
d. J. Danzig  
Schomodorferstr. 2

Frank  
Germold Plottke



## Nach vier Jahren

ZUM 26. MÄRZ 1945

In diesen letzten Tagen des März wenden sich die Gedanken aller Danziger fast zwangsläufig jener Zeit vor vier Jahren zu, als unsere geliebte Heimatstadt unter den Bomben der russischen Flieger in Schutt und Asche verwandelt wurde. Wer damals, zwischen dem 26. und dem 28. März 1945, in das lodernde Feuermeer starrte, mit brennenden Augen und zuckendem Herzen, wer, etwa von den Höhen Westl. Neufährs aus, auf die düstere Rauchwolke blickte, die über der sterbenden Stadt hing, dem eigenen Untergang so nah und jeder Möglichkeit einer Rettung noch so fern, wird dieses Bild nie vergessen, und sollte er hundert Jahre alt werden. Die Flammen, die aus dem Zeughaus, aus dem Artushof, aus dem Krantor schlugen, diese Flammen, die all die geliebten Wahrzeichen der alten Hansestadt vertilgten, sie schienen auch unser eigenes Herz zerstören zu wollen. Diese Vernichtung ohnegleichen, diese „größte Tragödie des zweiten Weltkrieges“, wie eine englische Zeitung damals schrieb, setzte den Schlußpunkt unter die stolze, fast tausendjährige Geschichte Danzigs. Einen endgültigen Schlußpunkt, so mag es den meisten jener Danziger erscheinen, die, in alle vier Winde zerstreut, entwurzelt, heimatlos, zu einem armeligen Flüchtlingsdasein verurteilt, dem großen Sterben, den Schrecken jener Tage entronnen sind. Und es ist zwecklos, nach dem Warum zu fragen oder gar grübelnd darüber nachzusinnen, wie Geschehenes sich hätte vermeiden lassen. Aber ist dieser Schlußpunkt denn wirklich ein endgültiger? Unser Herz, dieser Stadt verhaftet, solange es in unserer Brust schlägt, sagt nein und sträubt sich, den Erwägungen der nüchternen Vernunft sich zu beugen. Doch selbst die Vernunft, die sich die Tatsachen vor Augen hält, die in ein wüstes Trümmerfeld verwandelte alte, herr-

liche Stadt, die Austreibung oder den Tod der gesamten deutschen Bevölkerung, die politischen Änderungen im Osten — selbst die Vernunft zögert zu bejahen, was das Herz nicht glauben will.

Und wird nicht vielleicht doch das Herz im Letzten recht behalten? Wir überblicken heute erst vier Jahre nach jenen Danziger Schreckenstagen. Das ist, im geschichtlichen Sinne, nur eine kurze, karge Zeitspanne. Was aber hat sich nicht in diesen vier Jahren bereits alles geändert! Es erübrigt sich, auf alle Einzelheiten einzugehen, die diese grundsätzlichen Strukturwandlungen kennzeichnen. Sie genügen jedenfalls, um dem Glauben immer neue Nahrung zuzuführen.

So dürfen wir in der Bitternis der Gegenwart des Trostes einer besseren Zukunft gewiß sein, solange nur unsere Liebe zu Danzig nicht einschläft, nicht nachläßt, solange die Stadt — und in diesem Sinne völlig unzerstörbar — in unserm Herzen lebt. Solange wir bereit sind, hinter das einstweilige Ende einen neuen Anfang zu setzen. Und dies dereinst zu tun inmitten einer Landschaft, die mit Wäldern und Höhen, mit See und Strand und Strom und wogenden Kornfeldern so herrlich ist, wie kaum eine andere Stadt Deutschlands sie ihr eigen nennt. Diese Landschaft konnte Menschenhand nicht vernichten, und sie winkt heute noch so lockend, so strahlend zu uns, ihren durch die Welt verwehten Söhnen und Töchtern, hinüber, wie sie einst aus des Schöpfers Hand hervorging.

Der Boden unserer Heimat, darin wir wurzelten, die Luft der Heimat, die wir atmeten — das ist der große Magnet, der uns mit unwiderstehlicher Gewalt zu sich zieht und niemals loslassen wird.

## Heim nach Danzig!

Das Recht auf Heimat ist Menschenrecht! — Man spricht überall von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sieht nicht, daß die Vertreibung aus der Heimat von vielen Millionen Menschen eines der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeutet. Wir Vertriebenen müssen verlangen, daß dieses Recht anerkannt und geachtet wird. Immer wieder muß der Ruf erschallen: „Das Recht auf die angestammte Heimat ist eines der heiligsten Menschenrechte.“

Auch wir Danziger kämpfen um dieses Recht! „Heim nach Danzig“ heißt die Parole. Und obgleich sie klar und eindeutig ist, herrscht Unklarheit. — Man fragt nach dem Wege der einzuschlagen ist, um zum Ziele zu kommen. Diese Unklarheit entspringt in erster Linie der Unkenntnis über die Verhältnisse im Osten und der dortigen politischen Lage, sowie der besonderen Lage Danzigs. — Die Tatsache, daß Hitler als erste Kriegshandlung am 1. September 1939 unseren kleinen Staat annektierte und dem Deutschen Reiche eingliederte, hat Verwirrung geschaffen. Daß diese Annexion nach einem verlorenen Kriege ungültig ist und von den Siegermächten nicht anerkannt wird, ist ja von diesen des öfteren klar zum Ausdruck gebracht. Es ändert an dieser Tatsache auch nichts, daß diese Eingliederung einem Wunsche eines Teils der Danziger Bevölkerung entsprach, die in Erinnerung an die glückliche Zeit vor 1914 diese Zeit zurückersehnte, jene Zeiten, die keine Grenzen gegenüber dem Deutschen Reich kannten, und wo es keinerlei Kampf um deutsches Volkstum auszufechten gab. Der verlorene erste Weltkrieg hat uns dann — festgelegt im Frieden von Versailles — in die ähnliche Zeit zurückversetzt, in der unsere Vorfahren jahrhundertlang in Danzig lebten: wir wurden Freie Stadt! — ein kleiner aber selbständiger Staat. Als es dann auch bei uns den Nazis durch Terror und Wahlfälschung gelang, zur Macht zu kommen, gliederten sich zwar viele der Partei ein. Es war größtenteils Streber-

tum, Angst um Fortkommen und Stellung, oft auch ehrliche Begeisterung, die sie hintrieb. — Am 1. September 1939, als das Einverleibungsgesetz proklamiert wurde, mußten reichsdeutsche SA-Bataillone eingesetzt werden, um unserem Danzig den Anstrich einer in Begeisterung schwimmenden Stadt zu geben. Die Sorge um die Zukunft lag wie ein schwerer Alb über der alten Stadt.

Das Kriegsende vertrieb uns dann unter unvorstellbarem Leiden mit den anderen Deutschen der Ostgebiete aus der Heimat. Und während wir jetzt vom Gastlande in Entbehrung und Sehnsucht nach dem Ende dieses Zustandes blicken, weil wir hier nicht heimisch werden, weil kein Platz für uns da ist, weil wir lästige Eindringlinge sind, arbeiten unsere Vertreter, uns den Heimweg zu bereiten. Die Voraussetzungen sind gegeben. Nicht Wunschpolitik kann getrieben werden, sondern wir müssen uns auf den Boden der Tatsachen stellen.

Der Friedensschluß mit Deutschland soll auch das Danziger Schicksal entscheiden. Augenblicklich besteht ja kein deutsches Recht, es besteht keine deutsche Einheit oder Willens- und Zielrichtung! Zahlreiche deutsche Länder sind geschaffen worden mit mehr oder weniger Eigenstaatlichkeit. Als Richtschnur des kommenden Friedens sollen die Grenzen von 1937 gelten. Es wird anerkannt, daß die Freie Stadt Danzig de jure noch bestehe und wurde zugleich von den Besatzungsmächten angeordnet: „Daß wir Danziger bis zur endgültigen Entscheidung gehalten sein sollen wie die übrigen Deutschen“. Mit dem letzten Satz ist unsere Existenzgrundlage gesichert.

Denen unter unseren Landsleuten, die befürchten, als Danziger wirtschaftlich, beruflich oder versorgungsmäßig Nachteile zu haben, und die sich deshalb vorsichtshalber lieber als Reichsdeutsche bezeichnen, möchte ich sagen: Was treibst du Versteckspielen? Du bist nun einmal Danziger! Deine Papiere, Geburt usw. beweisen es, das Ableugnen ist nutzlos

und die Zusicherung: Danziger sollen gehalten sein wie Reichsdeutsche, schützt Dich! Darum klar und frei die Wahrheit bekannt! Ich bin Danziger! Daß Du es bist, darauf kannst Du stolz sein, es bedarf keinerlei Heimlichtuerei. Und mit diesem klaren Bekennermut erleichtern wir unserer Vertretung den Kampf um unser Recht!

Mit der Anerkennung, daß die Freie Stadt de jure noch bestehe, wird uns der Weg gewiesen, den wir zur Wiedererlangung der Heimat beschreiten müssen. Wir können heute nicht verlangen: Revision von Versailles! (Das wäre die Forderung zurück ins Reich!) Wir können und müssen aber verlangen: Wiederherstellung der Grenzen von 1937. Und da Danzig den Krieg weder erklärt noch gewollt hat, sondern ebenso wie andere Länder ungefragt hineingezogen worden ist, dürfen wir die feste Erwartung hegen, daß unsere berechtigte Forderung anerkannt wird.

Was können wir dazu tun? Was müssen wir tun? Vor allem einheitliches Wollen und einheitliche Zielsetzung bewahren. Mit klarem Kopf — ohne Sentimentalität auf das einzig erreichbare und darum anzustrebende Ziel hinarbeiten.

Unser Volkstum bleibt dabei unberührt. Wer uns ob dieser Zielsetzung Separatisten oder Verräter am Deutschtum schilt, dem sei gesagt, daß dieser Vorwurf auf ihn selbst zurückfällt und daß er damit ein Verbrechen an deutschen Menschen begeht. Daneben beweist er eine Unwissenheit, die ihm im

Falle Danzig das Recht abspricht, ein Urteil abzugeben. Wir Danziger wissen, welchem Volkstum wir angehören und haben unsere Treue unter Beweis gestellt. Wir wissen aber heute auch, daß die klare Frage heute nicht lautet: Soll Danzig deutsch oder Freie Stadt werden?, sondern daß sie lautet: Soll Danzig polnisch oder Freie Stadt werden? Bei dieser Fragestellung ist die Entscheidung nicht schwer. Und ist die Aufgabe, die uns als deutsche Menschen dann dort erwartet, etwa nicht Dienst am Volkstum?

Und noch ein anderer Dienst erwartet uns dort, der dem Völkerfrieden dienen soll und vielleicht eine große Mission ist: Wir werden versuchen müssen, die Brücke zu sein zwischen Deutschland und Polen. Das Polen von heute wird kaum ein Dauerzustand sein, und mit dem künftigen muß ein nachbarliches Zusammenleben erstrebt werden, wenn der Osten jemals zur Ruhe kommen soll.

Eine schwere Aufgabe, die unserer wartet, aber eine Aufgabe und ein Dienst an der Heimat, zu dem uns Danzigs jahrhundertelange Vergangenheit verpflichtet. Bitter ist es, neben Leid und Sehnen auch noch Unverständensein und Kränkung ertragen zu müssen. —

Aber wir sind Danziger! nec temere, nec timide! lautet unser Wahlspruch — und unser Ruf heißt heute: Heim nach Danzig!

Fr. Anni Kalähne

## Die Restauration Danzigs als Freie Stadt im Friedensvertrag von Versailles

Fortsetzung des Artikels von Dr. Dr. Langguth aus Mitteilungsblatt Nr. 2

### II. Die Herstellung der Freien Stadt Danzig auf der Friedenskonferenz in Versailles

Schon bei den Waffenstillstandsverhandlungen am 2. Nov. 1918 erklärte der britische Außenminister Balfour in bezug auf Polen, daß man sich nur verpflichtet habe, einen aus Polen (polonais) bestehenden polnischen Staat herzustellen und daß der polnische Staat anlässlich der ersten Teilung im Jahre 1772 diesem Ziel nicht entsprach. Mit Beginn des Jahres 1919 begannen die Verhandlungen zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland in Versailles. Das polnische Nationalkomitee benannte als ersten Delegierten Roman Dmowski und als zweiten Vertreter Paderewski zur Wahrnehmung der polnischen Interessen auf der Friedenskonferenz. Zu der am 18. Januar 1919 anberaumten Sitzung der interalliierten Konferenz wurden diese Vertreter für das polnische Volk zur Beratung über die Friedensbedingungen zugelassen. Am 29. Januar 1919 trug sodann Roman Dmowski seine schon in den Denkschriften erhobenen territorialen Forderungen vor. Im Anschluß an diesen Bericht wurde die Ausarbeitung der künftigen polnischen Grenze der „Commission des affaires polonaises“ übertragen.

Neben dem von Dmowski geführten polnischen Nationalkomitee trat eine von der Warschauer Regierung übersandte polnische Sachverständigenkommission auf, die eine Sammeldenkschrift im März 1919 unter dem Titel „Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne“ überreichte. In dieser Denkschrift der sogenannten polnischen Sachverständigenkommission heißt es über Danzig wörtlich: „Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden (reviendra polonaise) und das ohne Druck und ohne quälende Maßnahmen seitens der polnischen Autoritäten. Inzwischen weiß die Welt, mit welchen Mitteln der Gewaltanwendung und nicht „ohne jeden Druck und quälende Maßnahmen“ die Bevölkerung Danzigs seit der Okkupation im Frühjahr 1915 vertrieben worden ist. Übrigens spricht die Denkschrift von Danzig als einer polnischen Stadt seit 997, obgleich es höchst zweifelhaft ist, ob der Bischof Adalbert I. von Prag, der den Namen „Gyddanycz“ in einem Bericht über seine Christianisierungsreise in den Osten aus diesem Jahre erwähnt, überhaupt in Danzig gewesen ist. Außerdem ist eindeutig in diesem Memorandum unter Beweis gestellt, daß Danzig niemals in der Geschichte ein Teil des polnischen Staates gewesen ist.“

Auf Grund eines Berichtes der Territorialkommission im Rat der Vier (mit Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George) kam es zu einer Erörterung der Danziger Frage, wobei der britische Ministerpräsident Lloyd George die Forderung der Polen in bezug auf Danzig mit einer scharfen Kritik ablehnte, so daß nach einem amerikanischen Bericht „das Lächeln von den Gesichtern der Zuhörer verschwand und Furcht ihre Herzen ergriff“. In höchster Erregung erklärte sodann Lloyd George über die Forderungen der Polen bezüglich Westpreußens und Danzigs: „Der Vorschlag der polnischen Kommission, daß wir 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen sollen, eines Volkes, das im Laufe seiner Geschichte niemals gezeigt hat,

daß es sich zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde uns früher oder später zu einem neuen Kriege im Osten Europas führen.“ Der genannte amerikanische Bericht erwähnt, daß auf die Ausführungen in der Danziger Frage lautlose Stille folgte und es heißt in diesem Bericht wörtlich: „Jedermann war davon überzeugt.“

Kurze Zeit darauf nahm der ehrenwerte Ministerpräsident der Südafrikanischen Union J. C. Smuts, der auch heute wieder seine warnende Stimme in der Welt erhebt, in einem Brief an den britischen Ministerpräsidenten Lloyd George scharf gegen die damals von der polnischen Kommission geltend gemachten Forderungen Stellung. Wörtlich heißt es in diesem Schreiben: „Ich bin überzeugt, daß wir bei der ungebührlichen Vergrößerung Polens nicht nur das Verdikt der Geschichte umstürzen, sondern einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich im Laufe der Geschichte rächen wird. . . Wie können wir unter diesen Umständen erwarten, daß Polen etwas anderes als ein Fehlschlag wird, selbst wenn es die nötige Herrschaft- und Verwaltungsfähigkeit besäße, die es, wie die Geschichte beweist, nicht besitzt.“ Diese Worte des angesehenen südafrikanischen Staatsmannes verdienen heute besondere Beachtung.

Der britische Ministerpräsident Lloyd George erreichte durch zähes und unnachgiebiges Verhalten, daß die Danziger Frage entsprechend dem historischen und ethnographischen Prinzip geregelt wurde. In einer Konferenz am 5. April 1919 zwischen Präsident Wilson und Ministerpräsident Lloyd George wurde entschieden, Danzig zu einer Freien Stadt zu machen und diese unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Mit einer solchen Regelung sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit dem Versprechen eines freien Zuganges zur See für Polen glücklich vereinigt werden. Durch den am 7. Mai an Deutschland überreichten Friedensvertragsentwurf gelangten die Beschlüsse der Alliierten zur allgemeinen Kenntnis.

Die deutsche Friedensdelegation lehnte in ihrer Note an die alliierten Mächte die Danziger Regelung ab. In der Note wird ausgeführt: „Insbesondere steht die in dem Artikel 100 bis 108 verlangte Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung im schärfsten Widerspruch zu allen in den Erklärungen des Präsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen.“ Auf diese Note erging am 16. Juni 1919 die ablehnende Antwort der alliierten Mächte. In dieser Note heißt es in bezug auf Danzig:

„Eine solche Sprache scheint auf eine gewisse Verkennung der wirklichen Lage hinzuweisen. Die für Danzig vorgeschlagene Lösung ist mit genauester Sorgfalt ausgearbeitet worden und wird den Charakter bestätigen, den die Stadt Danzig durch die Jahrhunderte bis zu dem Tage gehabt hat, an dem sie durch Gewalt und entgegen dem Willen ihrer Bevölkerung dem preußischen Staat einverleibt worden ist. Die Danziger Bevölkerung ist in der großen Mehrzahl deutsch und ist dieses seit langer Zeit gewesen. Gerade aus diesem Grunde geht der Vorschlag nicht dahin, die Stadt dem polnischen Staate einzuverleiben.“

Die Feststellung der Friedenskonferenz in der Note an die Reichsregierung vom 16. Juni 1919, daß „die Danziger Bevölkerung der großen Mehrzahl nach deutsch und dies seit langer Zeit gewesen ist“ stimmt mit den bereits dargelegten Erhebungen aus den Bürgerbriefen der vergangenen Jahrhunderte vollkommen überein. Die Wahlen zum Danziger Volkstag in der vorkommunistischen Zeit unter dem Schutze des Völkerbundskommissars haben dieses in gleicher Weise bestätigt; denn bei diesen Wahlen erhielt die besondere polnische Liste nur einen kleinen Prozentsatz von Stimmen (1920: 6,1 Prozent; 1923: 4,4 Prozent; 1927: 3,1 Prozent; 1930: 3,2 Prozent). Gegen die polnischen Forderungen auf Einverleibung Danzigs in Polen erhoben sich, als sie in Danzig bekannt wurden, sofort die heftigsten Proteste, die in den beiden öffentlichen Kundgebungen vom 28. März 1919 und 24. April 1919 einen entschiedenen und unmißverständlichen Ausdruck fanden.

Auch polnische Autoren bezweifeln die Tatsache der deutschen Abstammung der Bevölkerung der Stadt Danzig nicht. So schreibt der Pole Jan Kilarski in seinem Buch „Gdansk“: „Danzig ist deutsch in seiner Sprache, die in der Verwaltung, im Hause und auf der Straße gebraucht wird und durch seinen kulturellen Zusammenhang mit der deutschen Nation. Hierüber gibt es keinen Zweifel. Und wir wünschen auch nicht diese Tatsache zu bestreiten.“ Und über den Anteil des polnischen Elements geht der Pole Jan Kilarski von den Wahlen zum verfassungsmäßigen Volkstage in der vorkommunistischen Zeit aus und schreibt hierüber wörtlich: „Zu einem Zeitpunkt, als diese Bedingungen als normal betrachtet werden konnten, sagen wir im Jahre 1920, war es möglich, die Zahl der polnischen Stimmen als ein wahres Verhältnis der Anzahl der Polen zu betrachten.“ Ähnlich haben sich auch andere polnische Autoren geäußert. In einer erklärenden Mantelnote des Konferenzpräsidenten Clémenceau (lettre d'envoi) heißt es über die Schaffung der Freien Stadt Danzig weiterhin:

„Die Stadt Danzig soll die Verfassung einer Freien Stadt erhalten, ihre Einwohner sollen autonom sein, sie sollen nicht unter die Herrschaft Polens kommen und werden keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen soll gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig bekommen.“ Die Friedenskonferenz lehnte mithin mit Rücksicht auf die deutsche Abstammung der Bevölkerung es ausdrücklich ab, wie es in der Note vom 16. Juni 1919 wörtlich heißt, „Danzig Polen einzuverleiben“ und betont in der erklärenden Mantelnote des Präsidenten Clémenceau, daß die Einwohner „nicht unter die Herrschaft Polens kommen und keinen Teil des polnischen Staates bilden sollen.“ Aber auch die deutsche Forderung auf Verbleib Danzigs beim Deutschen Reich verfällt im Hinblick auf die frühere geschichtliche Stellung Danzigs als „ville libre“ (Freie Stadt) der Ablehnung. Bei den Beratungen der Danziger Regelung

wurde zum Ausdruck gebracht, daß es der Zweck des Friedensvertrages sei, die früheren Zustände wieder herzustellen und daß deshalb Danzig seine in der Geschichte begründete Stellung wieder einnehmen müsse. Die erwähnte Note vom 16. Juni 1919 bezeichnete die vorgeschlagene Lösung als diejenige, die „den Charakter bestätigen wird, den die Stadt während der Jahrhunderte gehabt hat“ und nach der erwähnten Mantelnote des Konferenzpräsidenten Clémenceau soll die Stadt Danzig „die Verfassung einer Freien Stadt“ erhalten, in der die Bevölkerung „autonom“ sein solle. Da die Bewohner nicht „unter die Herrschaft Polens kommen und keinen Teil des polnischen Staates werden sollen“ sowie nicht vorgeschlagen wird, Danzig „Polen einzuverleiben“, ist hinreichend dargetan, daß bei der Versailler Friedensregelung ein **selbständiges und unabhängiges Gemeinwesen** in der **Form einer Freien Stadt** geschaffen werden sollte.

Während nach dem Wortlaut der ursprünglichen Friedensbedingungen die Freie Stadt durch den Versailler Friedensvertrag selbst begründet und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden sollte, wurde im endgültigen Text bestimmt, daß das Danziger Gebiet an die alliierten Hauptmächte abzutreten sei, die sich ihrerseits verpflichteten, es als Freie Stadt zu begründen und unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Am 28. Juni 1919 unterzeichneten die deutschen Bevollmächtigten den Friedensvertrag und am 9. Juli 1919 erfolgte die Ratifikation des Vertrages durch die Nationalversammlung.

Auf Grund der „mit der größten Sorgfalt“, wie es in der Note vom 16. Juni 1919 der alliierten Mächte heißt durchgeführte Prüfung der Danziger Frage war die zweite Restauration der Freien Stadt Danzig bei der Versailler Friedensregelung beschlossen worden. Die Freiheit Danzigs sollte in Fortbildung der Organisation der Staaten zur Gewährleistung der Unantastbarkeit auch kleinerer Länder durch einen größeren Kreis von Mächten, nämlich durch den Völkerbund, geschützt werden. Hatte doch die erste Restauration der Freien Stadt im Tilsiter Frieden im Artikel 19 (1807) unter dem Schutze von drei Staaten, als die „Unabhängigkeit“ der Stadt wiederhergestellt werden sollte und zwar in dem Zustande „als sie aufhörte, sich selbst zu regieren“ nicht die Erhaltung ihrer Unversehrtheit zu sichern vermocht.

Wenn auch die nach 1919 ins Leben gerufene Freie Stadt Danzig nicht die gleichen Rechte in bezug auf ihre internationale Handlungsfähigkeit von früher „als sie aufhörte sich selbst zu regieren“ (1454 bis 1793) erhielt, so war doch trotz der Beschränkungen, die der Stadt zugunsten Polens auferlegt waren, ihre staats- und völkerrechtliche Stellung in der Weise umrissen worden, wie sie mehrere Jahrhunderte in der Danziger Geschichte bestanden hatte. Danzig war wiederum ein **unabhängiges, politisches Gemeinwesen innerhalb der Mächte Europas** geworden.

Dr. Dr. Heinz Langguth

## Vernichtung und Wiederaufbau

### Die ehemals Danziger Wirtschaft und ihre alte Kammerorganisation

Im Chaos der letzten Märztage des Jahres 1945 ging ein großer Teil der einst so blühenden Danziger Wirtschaft unter. Es schien, als ob an das hier Vernichtete niemals mehr angeknüpft werden konnte. Daß es trotz aller Not, trotz aller künstlichen Hemmnisse zahlreichen Betrieben aus Danzig gelungen ist, wenn auch teilweise nur in bescheidenem Rahmen, an anderen Orten wieder anzufangen, beweist die Fähigkeit und die Zähigkeit der Wirtschaftler unserer alten Heimat. Eine oft ausschlaggebende Hilfe konnte dabei die Abwicklungsstelle der Industrie- und Handelskammer zu Danzig in Lübeck, Untertrave 3 e, leisten, die zugleich die Belange der Handwerkskammer zu Danzig wahrnimmt.

Als im Juli/August 1944 die deutsche Front im Osten praktisch zusammengebrochen war und die Truppen der Sowjet-Union nur mühsam an neuen Fronten längs der Weichsel und der Grenze Ostpreußens aufgehalten werden konnten, während zugleich an verschiedenen Punkten Polens hinter dieser neuen Front, wie vor allem in Warschau, Kampfhandlungen begannen, wurde in Danziger Wirtschaftskreisen zunächst vertraulich angeregt, wertvolle Maschinen und Dokumente vorsorglich nach Westen zu verlagern, um sie vor den nunmehr zu erwartenden Luftangriffen auf Westpreußen zu schützen.

Die damalige Gauwirtschaftskammer Danzig-Westpreußen als zentrale Organisation der gesamten Wirtschaft am unteren Lauf der Weichsel hatte keinen leichten Stand, als sie versuchte, bei den Lenkungsbehörden einigermaßen vernünftige, der realen Lage entsprechende Entscheidungen zu erreichen. Immerhin gelang es ihr, einige in Anbetracht der damaligen allgemeinen Lage sehr beachtliche Konzessionen zu erhalten.

#### Verladungen nach Westen

Bereits etwa ab Mitte September 1944 konnte manches Material verlagert werden, wobei naturgemäß in erster Linie die Kriegswichtigkeit in Betracht gezogen werden mußte. Gewisse Produktionsanlagen durften zum Beispiel aus Westpreußen nicht abtransportiert werden, obgleich sie vom Westen als Ersatz ausgebombter direkt angefordert wurden. Es war nicht einfach, hier einen Mittelweg zu finden, während für Dokumente, wie zum Beispiel einen Teil der wichtigsten Unterlagen der Banken, kaum Schwierigkeiten bestanden. Der damaligen Kriegslage entsprechend — die Invasion über den Atlantikwall war geglückt — wurden als Ausweichpunkte meistens

Orte zwischen Oder und Elbe, also in Mitteldeutschland, gewählt, denn niemand konnte die künftige Entwicklung voraussehen. Leider gelangte auf diese Weise in das heutige Trizone nur der geringste Teil des zur Auslagerung vorgesehenen.

Erschwert wurde das geordnete Verlagern durch die notwendige vertrauliche Behandlung in den Betrieben selbst und nach außen, aber auch durch die Heranziehung oft der gesamten Belegschaft zu den verschiedenen Schippaktionen, die mit zu dem Unsinnigen gehören, was jemals eine Regierung von ihren Bürgern verlangt hat. Besonders schlimm war es, wenn Schlüsselkräfte auf lange Zeit nach dem südlichen Westpreußen, etwa hinter Thorn, transportiert wurden, um dort völlig sinnlose Erdbewegungen vorzunehmen. Zwar versuchten Abteilungen der Kammer, möglichst viele Arbeitskräfte von diesem „Ehrendienst“ zu befreien. Indessen gelang dies nicht immer; die betreffenden Geschäftsführer erhielten entsprechende Ruffel und wurden selbst zum Schipdienst eingesetzt.

Die Folge aller dieser Verzögerungen, nicht zuletzt aber auch der dank der fraglos guten deutschen Propaganda weit verbreiteten Zuversicht, daß wegen der nunmehr verkürzten Anmarschwege die neuen Fronten bestimmt halten würden, war, daß bis Ende des Jahres 1944 nur relativ geringe Werte abtransportiert waren. Nach Beginn der Kampfhandlungen am Baranow-Brückenkopf am 12. Januar 1945 und der Entwicklung in den nächsten Tagen, die einen erschütternden Zusammenbruch der deutschen Front brachte, war es in den meisten Fällen schon zu spät, geordnete Transporte zu Lande nach Westen durchzuführen. Die starken Schneefälle, die Vereisungen, der Ausfall der Eisenbahn, die Verstopfung der Straßen durch endlose Trecks der flüchtenden Zivilbevölkerung, der ungehinderte Vormarsch der Russen bis Elbing und bis zur Oder ließen nur noch den Seeweg offen. Den Einsatz der großen Schiffe hatte man jedoch in erster Linie für Menschentransporte vorgesehen; er brachte bekanntlich große Verluste (Wilhelm Gustloff und andere).

#### Terror gegen Wirtschaftler

Nachdem Westpreußen in wenigen Tagen überrannt war, sah es so aus, als ob auch Danzig selbst ohne Widerstand in die Hände der Russen fallen würde. Damals versuchten, nach dem Vorbild der SS-Führerschaft und anderer Prominenten, auch einige Kaufleute, wenigstens ihre Familien und ihre wertvollsten Besitztümer in Sicherheit zu bringen. Es war klar, daß sich dieses an sich nur zu verständliche Bestreben mit Windeseile in der Bevölkerung herumsprach und bei der Gauleitung eine entsprechende Reaktion auslöste. Der Reichsverteidigungskommissar für den Reichsgau Danzig-Westpreußen ließ daher am 30. Januar 1945 die später sehr umstrittene Anordnung über die Einsetzung von Treuhändern in Betriebe, deren Betriebsführer „abwesend“ waren.

Bedauerlicherweise wurde dadurch die Gauwirtschaftskammer zu einem Instrument der staatlichen Machtpolitik, durchaus gegen den Willen der Mehr-

zahl der in ihr vereinigten Wirtschaftler und der Geschäftsführung. Sie erhielt den undankbaren Auftrag, aus den Reihen der Danziger Wirtschaftler Treuhänder in die ihr von der Gestapo als „verlassen“ nominierten Betriebe einzusetzen. Sie wurde damit zum Prügelknaben — seitens der Gauleitung, weil sie nicht scharf genug, seitens der Wirtschaft, weil sie in einigen Fällen entsprechend der Weisung zu scharf vorging. Denn ein großer Teil der abwesenden Wirtschaftler hatte nicht, wie angegeben, die Flucht ergriffen, sondern war wegen Krankheit, oder nach ordnungsgemäßer Abmeldung bei den Behörden oder gar in staatlichem Auftrag dienstlich nach Berlin oder Mitteldeutschland gereist und saß dort wegen der Verkehrsstockungen irgendwo fest. Der Anordnung entsprechend mußten auch in diesen Fällen Treuhänder eingesetzt werden, um die Leistung der kriegswirtschaftlich wichtigen Betriebe nicht absinken zu lassen. Inzwischen erließ die Gestapo Steckbriefe und verhaftete manche.

Auf die Stimmung der Bevölkerung wirkten sich diese Maßnahmen allerdings sehr günstig aus, obgleich die Zahl der „Abwesenden“ in gar keinem Verhältnis zu den in Danzig an der Spitze ihrer Betriebe stehenden Wirtschaftlern stand. Man sah den Willen, die Disziplin auch auf dem zivilen Sektor mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, was für den sagenhaften Endsieg unerlässlich schien. Da zugleich um Danzig eine gewisse Kampfpause eintrat, glaubte man an einen Zusammenhang; nicht zuletzt deswegen blieb ein Teil der zum Abtransport der Menschen vorgesehenen Schiffe leer.

Aber schon in den ersten Märztagen zeichnete sich

#### das beginnende Chaos

ab. Die Befürchtungen hinsichtlich eventueller Luftangriffe und der damit verbundenen Zerstörung von Werten, die man vorher hätte retten können, begannen sich zu erfüllen. Zum Abtransport war es nunmehr zu spät. Zahlreiche Gebäude waren schon Opfer der Angriffe, darunter auch Büros der Kammer, die immer noch versuchte, wenigstens die Genehmigung zur Verlagerung wichtiger Dokumente der Wirtschaft zu erreichen. Insbesondere sollte es sich dabei um Wertpapiere und Gelder der privaten Banken handeln. Das Post-scheckamt war bereits ohne vorherige Information der Bevölkerung eigenmächtig nach Köslin verlegt worden, was den Zahlungsverkehr ganz beträchtlich störte. Als nun auch die zuständige Abteilung des Reichsverteidigungskommissars sich „absetzte“, wies die Kammer diesen auf die durch den Verlust der Bank-Unterlagen der Allgemeinheit erwachsenden Schäden hin. Der Reichsverteidigungskommissar, der schon eine Bürgschaft für die an die ostpreussischen Flüchtlinge auf Sparkassenbücher ausgezahlten Gelder übernommen hatte, nahm am 13. März 1945 positiv zu den Vorschlägen der Kammer Stellung und genehmigte, daß die Kreditinstitute nebst allen Werten und einem Teil der Belegschaft per Schiff offiziell nach Westen verlagert werden sollten. Der Zahlungsverkehr in Danzig war dadurch sichergestellt, daß viele Angestellte der Kreditinstitute freiwillig in Danzig verbleiben wollten. Ehe jedoch der Abtransport verwirklicht werden konnte, wurde am 14. März durch Spezialbefehl der Gauleitung die Genehmigung des Reichsverteidigungskommissars für ungültig erklärt. Ähnlich war die Situation in den anderen Sparten der Wirtschaft.

#### Verbrannte Betriebe

Die Banken fielen, wie viele andere Betriebe, den großen Bränden, besonders vom 25. März ab, zum Opfer. Ein großer Teil der Schlüsselkräfte kam um, ebenso wie unzählige Betriebsinhaber die Vernichtung ihres Lebenswerkes nicht überlebt haben. Denn es blieb letzten Endes dem Zufall überlassen, ob der Einzelne lebend aus dem Danziger Kessel bzw. den Gefangenenslagern herauskam oder nicht, gleichgültig, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Die Kammer selbst hatte Mitte März den Teil des nicht volkssturmflüchtigen Personals, der nicht in Danzig bleiben wollte, nach Schwerin gesandt, wo die Behörden aus Danzig-Westpreußen sich inzwischen Ausweichstellen geschaffen hatten. Zugleich errichtete sie in der Seestadt Lübeck eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsführung der Kammer blieb jedoch vollzählig in Danzig, teilweise zum Volkssturm eingekleidet. Nach der Besetzung der Vororte, der Vernichtung der Kammergebäude und in Anbetracht der wegen der pausenlosen Bombardements notwendig werdenden Stilllegung der Betriebe verlor sie jede Möglichkeit nutzvoller Betätigung. Sie wurde daher ebenfalls nach Schwerin in Bewegung gesetzt, wo sie auch in den ersten Apriltagen eintraf.

In Schwerin wurde sofort versucht, versprengten Danzigern weiter zu helfen. Nicht immer gelang dies. Ende April sind noch zahlreiche Danziger Wirtschaftler nach Wismar eingezogen worden. Sie kamen jedoch nicht mehr zum Einsatz; nur mit knapper Not konnten sich die noch nicht eingekleideten Zivilisten vor der Gefangenschaft retten.

#### Nach dem Zusammenbruch

Im Mai 1945 schien es zunächst, daß an eine Sammlung der überlebenden Danziger Wirtschaftler nicht mehr zu denken war. Zwar versuchten die Ausweichstelle in Schwerin und die Geschäftsstelle in Lübeck sich nützlich zu machen. Jedoch war dies rein technisch nicht einfach, weil außer einigen Schreibmaschinen und einigen Handakten, die in Schwerin angekommen waren, nichts gerettet werden konnte. In Lübeck war überhaupt nichts vorhanden. Immerhin gelang es, nach der Besetzung Schwerins durch die Amerikaner und später durch die Engländer, mit den Vertretern dieser Besatzungsmächte in

recht guten Kontakt zu kommen. Diese Ansätze wurden jedoch durch die Übergabe Mecklenburgs an die Russen zerschlagen. Die Kammer-Ausweichstelle in Schwerin verlor jede Möglichkeit sinnvoller Betätigung. Zwar hat sie noch manchem Danziger in der Ostzone helfen können. Sie wurde jedoch bald durch die russische Kommandantur aufgelöst, Inventar und Gelder beschlagnahmt, die in ihr Tätigen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Erst Ende 1945 konnte ein Teil des in Schwerin tätigen Personals in die Westzone gelangen; von anderen fehlt jede Spur.

#### Die Abwicklungsstelle der Danzig-Westpreussischen Wirtschaft

Gleich nach der Besetzung Schwerins durch die Russen Ende Juni 1945 war die bisherige Kammer-Geschäftsstelle Lübeck zur Abwicklungsstelle erklärt worden. Sie begann sofort, Danziger Wirtschaftler zu legitimieren und ihnen bei Wiederaufrichtung ihrer Existenz bzw. Verlegung ihrer Betriebe behilflich zu sein. Erschwerend war das Fehlen jeglichen Aktenmaterials und barer Mittel. Es tauchte die Frage auf, ob es unter diesen Umständen nicht angebracht sei, die Abwicklungsstelle zu schließen. Bis zur Klärung wurden die anfallenden Arbeiten von zwei Mitgliedern der Geschäftsführung erledigt. Inzwischen hatten die Danziger Wirtschaftler erkannt, daß die Schließung der Abwicklungsstelle die letzte kleine Möglichkeit zur Rekonstruktion Danziger Gegebenheiten vernichten würde. Um dies zu verhindern, fand sich eine Anzahl Danziger Firmeninhaber unter Führung des aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Herrn **Herbert Schnelle**, Hamburg, bereit, die sächlichen Unkosten zu übernehmen.

Es hat sich erwiesen, daß dieses Eintreten Danziger Wirtschaftler für die Allgemeinheit sehr aufbringend gewesen ist. Denn durch intensive Forschungsarbeit konnte nicht nur ein Teil der Danziger und der westpreussischen Handelsregister rekonstruiert werden, sondern auch zahlreiche Unterlagen über einzelne Firmen und die Wirtschaft des früheren Kammerbezirkes überhaupt. Es konnten viele alte Geschäftsfreunde wieder in Verbindung gebracht werden, es gelang, die Vorsitzenden und Beisitzer fast aller Prüfungsausschüsse, soweit sie noch lebten, wieder aufzufinden und um ihre Hilfe bzw. Mitarbeit zu bitten, die auch ausnahmslos gewährt wurde. Denn es wurden sowohl die Arbeiten der Industrie- und Handelskammer als auch der Handwerkskammer weitergeführt. Die Abwicklungsstelle arbeitet selbstverständlich nur für ihren Bezirk Westpreußen. Sie hat ihren Sitz in Lübeck, Untertrave 3 E.

Eine der vordringlichsten Aufgaben war, sofort nach Aufhebung der Post-sperren Verbindung mit den seinerzeit in Danzig festgelegten Ausweichstellen der Banken und Sparkassen aufzunehmen. Das Ergebnis war erschütternd. Die in der russischen Zone befindlichen Unterlagen waren meist beschlagnahmt oder vernichtet. In den anderen Zonen war den Instituten das Weiterarbeiten untersagt worden.

Die gewonnene Übersicht über die neuen Anschriften der Kreditinstitute wurde soweit als möglich verbreitet. Nach der Währungsreform wurde versucht, den Begriff „Ordnungsmäßig verlagert“ durch Rückfrage bei den zuständigen Stellen zu klären, da dessen Auslegung unter Umständen von Bedeutung für die bisher nicht mögliche Anrechnung der ostdeutschen Bankguthaben sein kann. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Es würde hier zu weit führen, alle Gebiete, auf denen die Abwicklungsstelle tätig war und ist, zu erwähnen. Rein zahlenmäßig gesehen hat sie seit 1945 in über 3000 Fällen mit Rat und Tat helfen können. Sie war dank des uneigennütigen Einsatzes der oben erwähnten Danziger Wirtschaftler lange Zeit hindurch die einzige unverändert weiterarbeitende Danziger Stelle. Bei ihr strömt vielerlei Material zusammen, das ein getreues Abbild gibt von den Schwierigkeiten, die auf Grund der merkwürdigerweise bis Ende 1948 stets verlängerten Nazi-Schutzgesetze bei Wiederrückstellungen gemacht worden sind. Tatsächlich steht die Zahl der wieder Zugelassenen in keinem Verhältnis zu den im Heimatbezirk vorhanden gewesenen circa 37 500 Betrieben. Hier noch bei Bedarf Hilfestellung zu geben, wird weiterhin Aufgabe der Abwicklungsstelle sein, die zu diesem Zweck in engem Kontakt mit den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, vielerlei Behörden und Regierungsstellen sowie Flüchtlingsvereinigungen, insbesondere wirtschaftlicher Art, steht.

Allerdings hat sie eines grundsätzlich und von vornherein abgelehnt: Stellung zu nehmen in Entnazifizierungsfragen. Die Entwicklung dieser Angelegenheit hat einmal mehr erwiesen, daß es ein Üding ist, wirtschaftliche Organisationen mit politischen Problemen zu belasten. Es war daher selbstverständlich, daß in dieser und allen anderen parteipolitisch bedingten Fragen keine Stellungnahme erfolgte.

Vielmehr wurde und wird entscheidender Wert darauf gelegt, daß die Wirtschaft unserer früheren Heimat als solche ein Begriff bleibt, daß soweit als möglich jeder dem anderen hilft, weil sich alle in gleicher Lage befinden. Dazu gehört auch die Vergebung von Aufträgen zunächst an Ostvertriebene. In der Mithilfe am wirtschaftlichen Wiederaufstieg der engeren Landsleute sieht die Abwicklungsstelle also ihre Aufgabe. Wenngleich über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in der Vergangenheit und Gegenwart viel hergezogen wird, so darf man doch nicht vergessen, daß in der Danziger Organisation eine Unsumme von Erfahrungen aus drei Jahrhunderten steckt, die dem obengenannten Zweck nutzbar gemacht werden muß. Kurt Remuss

## Lastenausgleich und Wertpapierbereinigungsgesetz

Die Alliierten hatten in ihren Gesetzen über die Währungsreform den deutschen Behörden bekanntlich die Auflage gemacht, im Anschluß an die Umstellung der Reichsmark auf Deutsche Mark bis spätestens den 31. Dezember 1948 ein Gesetz über den Lastenausgleich zu schaffen, auf das viele Flüchtlinge ihre größten Hoffnungen setzten, und von dem sie um der Gerechtigkeit willen wenigstens den teilweisen Ersatz ihrer verlorengegangenen oder geraubten Vermögenswerte erwarteten.

Rundfunk und Presse haben inzwischen allen aufmerksamen Beteiligten diesen Glauben durch die erschienenen Berichte und Artikel genommen, und die Tatsachen haben bewiesen, daß das vor kurzem veröffentlichte Gesetz über den vorläufigen Lastenausgleich nur eine Verhöhnung der Betroffenen und ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Immerhin bleibt das Gesetz über den endgültigen Lastenausgleich in seinem Endresultat abzuwarten.

Es ist bisher noch nicht bekannt, wie der Verlust im einzelnen nachzuweisen sein wird und welche Meldeformalitäten zu erfüllen sind. Sicher ist aber, daß nur einwandfreie Urkunden volle Anerkennung finden dürften, und darum gilt es für jeden Interessierten, sich heute schon um die Beschaffung solcher Unterlagen energisch zu bemühen. Dabei kann wohl von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß die meisten Danziger ihre Dokumente entweder zu Hause gelassen, auf der Flucht verloren haben, oder sie ihnen von den Russen oder Polen abgenommen worden sind. Dasselbe gilt für das Wertpapierbereinigungsgesetz, das ebenfalls in den kommenden Monaten in Kraft treten soll und die Realisierung der Wertpapiere bezweckt, die von Gesellschaften ausgegeben sind, deren Sitz sich in einer der drei westlichen Zonen befindet. Dabei ist es gleichgültig, ob die Stücke heute im Osten, in Berlin oder im Westen lagern. Der bereits vorliegende Entwurf zu diesem Gesetz verlangt zum Beispiel den glaubhaften Nachweis der Besitzrechte per 1. Januar 1945 durch Beibringung von Bankunterlagen, neueren Depotauszügen, Nummernverzeichnissen, Kaufabrechnungen usw. oder durch andere Urkunden.

Wir erhielten leider die betrübliche Nachricht, daß über Spareinlagen von dem Treuhänder der Sparkassen zur Zeit keine Bescheinigungen ausgestellt werden können. Wir hören aber, daß einige westliche Geldinstitute als Auskunftsstellen für unsere Danziger Heimatbanken fungieren und heute noch für die gedachten Zwecke zur Verfügung stehen, soweit es ihnen aus dem getreteten Material möglich ist.

Es sind dieses:

1. Für die Bank der Deutschen Arbeit Danzig und deren Niederlassung Gotenhafen die Bank der Deutschen Arbeit Hamburg, Hamburg, Schleusenbrücke 1.
2. Für die Commerzbank, Filiale Danzig, und deren Depositenkassen die Hansa-Bank, Hauptverwaltung Hamburg, Hamburg 11, Neß 7.
3. Für die Deutsche Bank, Filiale Danzig, und deren Depositenkassen sowie die Niederlassung Gotenhafen die Norddeutsche Bank in Hamburg, Hamburg 11, Alter Wall 37.
4. Für die Dresdner Bank, Filiale Danzig, und deren Depositenkassen sowie die Niederlassung Gotenhafen die Niederdeutsche Bankgesellschaft, Hauptverwaltung Hannover, Hannover, Rathenauplatz 4, Verbindungsstelle Ost.
5. Für die Landschaftliche Bank, Filiale Danzig, der Treuhänder Herr Direktor Friedrich Krech, Hamburg, Ferdinandstraße 75.
6. Für die Volksbank Danzig Herr Walter Christoph, (24) Hutzfeld, Kreis Eutin, bei Frau Jäger.
7. Für die Volksbank Gotenhafen Herr Hans Schröder, Lüneburg, Heilige-Geist-Straße 45.

Danziger, bemüht Euch darum rechtzeitig um die Ersatzbeschaffung von Unterlagen. Anstrengungen, die erst im Moment des Inkrafttretens des Gesetzes gemacht werden, führen in Anbetracht der Kompliziertheit der Materie gewiß nicht mehr zum gewünschten Erfolge.

## Danziger Kulturleben

Unter diesem Titel wird das Nachrichtenblatt fortan in zwangloser Reihenfolge Hinweise auf jene Persönlichkeiten veröffentlichten, die s. Z. in ihrer Eigenschaft als Schriftsteller, als Kunstschaffende, als Wissenschaftler, Forscher usw. dem Kulturleben Danzigs sein besonderes Gesicht gegeben haben. Soweit nicht der Tod auch in diesen Kreis große Lücken gerissen hat, sind wir gewiß, daß jene, die das Schicksal verschont hat, aller Not der Stunde zum Trotz ihrer Berufung weiter dienen. — Wir werden bemüht sein, soweit als möglich das Material für diese Artikelreihe zu beschaffen, würden es aber dankbar begrüßen, wenn uns die Beteiligten selbst und unaufgefordert durch Einsendung kurzer Berichte über ihr derzeitiges Schaffen und ihre Pläne bei der Durchführung unserer Absichten unterstützen wollten. Wir beginnen mit jenen Schriftstellern, für die wir bereits das Material haben beschaffen können. Die Artikelreihe kann aus naheliegenden Gründen einen Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben.

### Schriftsteller (alphabetisch geordnet)

**Franz Erdmann**, geb. 10. September 1898 in Neustadt Wpr., Dr. phil., lebt in Lübeck, wo er als Studienrat am dortigen Katharineum tätig ist. In seiner Heimat Danzig trat er mit Lyrik und Theaterstücken an die Öffentlichkeit. In den letzten drei Jahren entstanden die Schauspiele „Stimmen in der Nacht“ und „Dort, wo du nicht bist“ sowie der Roman „Flucht ins Erlebnis“ nebst einer längeren Erzählung „Der Fremde“. Zur Zeit arbeitet er in Anlehnung an Homers Odyssee an einer archaisierenden Dichtung „Die seltsamen Abenteuer des Seefahrers Aristeus“. Die Empfindungen und Gedanken, die der Untergang Danzigs in ihm auslöste, fanden besonders in seiner Lyrik ihren Niederschlag.

**Wolfgang Federau**, vielen Danzigern durch seine regelmäßige Mitarbeit an der Sonntagsbeilage der Danziger Neuesten Nachrichten „Der Artushof“ bekannt, hat seinen Wohnsitz jetzt ebenfalls in Lübeck. Hier ist er, trotz aller Erschwernisse durch Raumnot und viele sonstige mißliche Begleitumstände, die für das Leben der Flüchtlinge fast typisch sind, unermüdlich weiter literarisch tätig. Als erstes Buch aus Federaus Feder nach dem Kriege erschien im Herbst 1948 beim Atharva-Verlag Frankfurt a. M. ein Bändchen amüsant-ironischer Plaudereien „Was sich nie und nirgends hat begeben“, das sehr freundliche Aufnahme fand. Der gleiche Verlag zeigt noch vier weitere, in Vorbereitung befindliche Werke von Federau an. „Köpfe der Weltliteratur“, „Das Wunderbare“ (ein Novellenband), „Peter und Sigrid“ (die Geschichte einer Ehe) und schließlich einen Band Gedichte „Du Mensch, du Zeit, du Ewigkeit“. Im Olympia-Verlag Nürnberg erschien dieser Tage die Biographie „Nikolaus Kopernikus“ im Rahmen einer Reihe, in der Federau außerdem noch mit Biographien von Ignaz Semmelweis, dem Bekämpfer des Kindbettfiebers, und der Brüder Wright, der ersten Motorflieger der Welt, vertreten sein wird.

Beim Deutschen Literatur-Verlag in Hamburg veröffentlicht Wolfgang Federau im April den Roman einer Kindheit „Versunkene Gärten“, in dem noch einmal Danzig, unsere schöne, geliebte Heimatstadt, aufblühen und lebendig werden wird, wie sie einmal war, ehe der Sturm des Schicksals über sie hinwegbrauste. Dieses Buch, das in sehr schöner Aufmachung und mit einer Reihe reizvoller Zeichnungen des Danziger Malers Kurt Ziesmer erscheinen wird, — von Ziesmer stammt auch der Entwurf des Umschlages — wird, obwohl es sich natürlich nicht nur an die Danziger wendet, um seines Themas willen doch von unseren Landsleuten gewiß besonders begehrt werden. Birgt es doch in sich ein Stück jener Heimat, die wir alle unverlierbar im Herzen tragen.

**HansUlrich Röhl** hat sich in Danzig nicht nur durch seine Lyrik, sondern vor allem durch seine Hörspiele, die über viele Sender gingen — wir erinnern an die unvergeßliche „Stine“ — einen Namen gemacht. Röhl kam Ende April 1945 nach dritter Verwundung in ein Kriegslazarett in Dänemark, war danach sechs Monate als Dolmetscher in englischer Gefangenschaft und lebt seit 1946 in Niedersachsen, wo er in Mulsum (Kreis Stade) als Lehrer tätig ist und aktiv in der Flüchtlingsarbeit steht. Sein gesamtes literarisches Werk blieb in Danzig zurück und fiel der Vernichtung anheim. Von neuen Arbeiten sind vor allem die Komödie „Der große Irrtum“ und das bereits mehrfach gesendete Schulfunkhörspiel „Der Postmeister“ zu nennen. Zahlreiche dramatische Pläne harren der Verwirklichung, die durch das Fehlen einer Schreibmaschine empfindlich behindert wird.

**Walter Sperling** (geb. 25. April 1897 in Elbing) hatte Danzig zu seiner Wahlheimat gemacht, wo er bis zur Einberufung 1940 über 30 Jahre als Schriftsteller und Pressegraphiker gewirkt hat. Ursprünglich zeichnerisch als Karikaturist in der deutschen Presse und als Illustrator im Verlagswesen tätig,

wandte er sich bald ausschließlich dem Schrifttum zu. Mehr als 25 Bücher und Broschüren über verschiedene Unterhaltungs- und Wissensgebiete (Mathematik, Zeichenanleitungen, Spielbücher, Jugendbücher, Graphologie usw.) machten ihn schnell und — mit sieben fremdsprachlichen Ausgaben — auch im Ausland bekannt. Im Krieg erschienen bei Holle & Co. Berlin die Romane „Wassernächte“ und „Brautfahrt nach Inse“, beides Ostpreußenromane, die jetzt in Kürze neu herauskommen. Des weiteren erscheint ein Danziger Heimatroman „Fährmann Huuk“ und ein Danziger Erinnerungsbuch „Danziger Glockenspiel“ bei H. H. Nölke, Hamburg. Ein Mathematikbuch erscheint 1949 bei Alb. Müller, Zürich, nachdem dort soeben die „Verhexte Westentasche“ herausgekommen ist. Ein Roman „Die dunkle Straße“ und „Der Schatten des Erasmus Habedank“ sind abgeschlossen. — Sperling lebt heute in Bad Tölz in Oberbayern. (Wird fortgesetzt)

## Aus der Tätigkeit des Bundes

Am 4. Februar 1949 fand in Lübeck eine Gesamt-Vorstandssitzung und am 5. Februar 1949 eine Aufsichtsratssitzung unter Leitung des Aufsichtsrats-Vorsitzers Dr. Sternfeld statt. Es nahmen daran teil die Herren der Gesamtvertretung und die Bezirksbeauftragten von Schleswig, Holstein, Groß-Hamburg, Niedersachsen-Ost, Bremen, Nordrhein-Westfalen und der amerikanischen und französischen Zone. Zur Information derjenigen Mitglieder, die keiner Ortsstelle angehören und von ihren Ortsbeauftragten nicht Kenntnis über den Verlauf der Sitzungen erhalten haben, bringen wir hiermit einen kurzen Auszug aus der reichhaltigen Tagesordnung.

Der Bericht des Bundes-Vorsitzenden Dr. Könnemann, Lübeck, gab folgende Übersicht über den Stand unserer Organisation und die Arbeit des Bundes im zweiten Halbjahr 1948:

Am 31. Januar 1949 hatte der Bund 12 389 Mitglieder, davon 4 604 direkte Mitglieder und 7 785 indirekte durch die Ortsstellen erfaßte und gemeldete Mitglieder. Von den in den Westzonen lebenden zirka 135 000 Danzigern sind also etwa 10 Prozent bisher als Mitglieder des Bundes eingetragen. Ende August wurden 10 000 Werbeschreiben an die alten Mitglieder zur Neuanmeldung abgesandt, Anfang Oktober weitere 20 000 Werbeschreiben „Wichtig für alle Danziger“ an Landsleute, deren Namen aus der Kartei entnommen wurden, und Anfang November weitere 10 000 Werbeschreiben zusammen mit 40 000 Werbekarten für den Heimatkalender. Das Anmeldeformular im Kalender (1. Auflage 20 000 Stck., 2. Auflage 10 000 Stck.) hatte guten Erfolg. Es folgten daraufhin viele Neuanmeldungen. Es sind bisher 131 Ortsstellen gegründet, Aufstellung siehe die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt Nr. 2. 22 Reisen wurden durch Vorstandsmitglieder und den Geschäftsführer zur Gründung von Ortsstellen unternommen, 8 Vorstandssitzungen neben zahlreichen formlosen Besprechungen abgehalten. Im Januar 1949 sind bei der Zentrale gezählt: 955 Posteingänge, 1925 Postausgänge. Es wurden durch den Gutachterausschuß des Bundes auf Grund von Anfragen der Entnazifizierungsbehörden 156 Entnazifizierungssachen bearbeitet. (Die Abgabe von Gutachten zum Zweck der Entnazifizierung auf private Anfragen einzelner Personen ist nicht Aufgabe des Bundes.) An die Orts- und Bezirksbeauftragten wurden allgemeine Richtlinien und drei Rundschreiben versandt.

In **Pensions-Angelegenheiten** wurden neben dem ausgedehnten Schriftwechsel mit den einzelnen Ländern (über den augenblicklichen Stand wird im Mitteilungsblatt Nr. 3 berichtet) 82 Einzelfälle von Pensionären bearbeitet. Die **Zentralkartei** des Bundes, die etwa 120 000 Namen umfaßt, wurde von den Mitgliedern stark in Anspruch genommen. Es konnte in vielen Fällen erfolgreich Auskunft gegeben werden.

Die Lizenz für das **Mitteilungsblatt** wurde am 20. Januar 1949 durch die Landesregierung in Kiel erteilt. Blatt Nr. 1 hatte eine Auflage von 5 000 Stck., Nr. 2 von 7 000 Stck., (Nr. 3 9 000 Stck.). Das Blatt geht den einzelnen Ortsstellen zum Vertrieb unter den Mitgliedern zu. Daneben haben sich eine Reihe von Einzelmitgliedern als laufende Abonnenten einschreiben lassen. Es muß bis auf weiteres für das Blatt ein Zuschlag von DM 0,30 pro Nr. auf den Mitgliedsbeitrag erhoben werden. Einzelmitglieder, die diesen Zuschlag noch nicht gezahlt haben, das Blatt aber zu erhalten wünschen, werden gebeten, die Einzahlung auf das Postscheckkonto des Bundes, Hamburg 375 28, vorzunehmen, zweckmäßig für mehrere Folgen. Es wird das Bestreben des Bundes sein, das Blatt möglichst monatlich erscheinen zu lassen, um die Mitglieder in allen uns Danzigern interessierenden Fragen laufend zu unterrichten. Es wurde auf den Adressen- und Familienteil des Blattes hingewiesen. Die bisher erschienenen Anfragen haben infolge der großen Verbreitung des Blattes unter den Danzigern schon erfreuliche Resultate ergeben. Die Mitarbeit aus den Kreisen der Mitglieder wurde als dringend erwünscht bezeichnet, insbesondere auch die Ein-

sendung von Berichten aus der Heimat für den Teil „So sieht's daheim aus“.

Der Kassenwart Oskar Pfeiffer, Lübeck, erstattete den nachfolgenden Kassenbericht über das 2. Halbjahr 1948:

Einnahmen:

Beiträge Einzelmitglieder	DM 3 439,68	
Beiträge Ortsstellen	DM 1 263,30	
Verkäufe	DM 589,79	
Sammelbüchse	DM 30,71	
Bescheinigungen	DM 42,60	
Zeitungsverkauf	DM 349,94	
Annoncen	DM 230,—	
Veranstaltungen	DM 163,95	
Spenden	DM 521,—	
Rückerstattung für verauslagte Reise- und Verwaltungskosten	DM 100,—	
Von der Hilfsstelle übernommen	DM 291,02	DM 7 021,99

Ausgaben:

Gehälter	DM 2 642,55	
Papier- und Büromaterial	DM 109,10	
Porto	DM 857,15	
Schreibhilfe	DM 113,50	
Miete, Heizung, Reinigung	DM 201,73	
Zeitung	DM 563,40	
Ankäufe von Fotos, Nadeln usw.	DM 405,70	
Drucksachen	DM 305,15	
Anschaffungen „Inventar“	DM 38,25	
Sekretariat	DM 603,23	
Reisekosten	DM 206,65	
Div. Unkosten	DM 121,15	DM 6 177,56
Kassenbestand am 31. Dezember 1948		DM 844,43

Es wurde festgestellt, daß unsere Mitglieder trotz ihrer vielfach wirtschaftlich schweren Lage, zum großen Teil die Beiträge erfreulicherweise laufend an ihre Ortsstelle bzw. wo solche noch nicht vorhanden, direkt an die Zentrale abführen. Nur so kann auch die Arbeit für die Danziger Interessen geleistet werden. (Die Säumigen werden bei dieser Gelegenheit an die pünktliche Überweisung erinnert, wobei nochmals gebeten wird, auf den Postabschnitt neben der Mitglieds-Nr. genaue Angaben für die Verwendung des Betrages zu machen).

Aus dem sich bilanzmäßig ergebenden Überschuß von DM 844,— wurden die Kosten zur Herstellung von einheitlichen Mitgliedskarten bewilligt. Diese Mitgliedskarten werden für alle direkten und indirekten Mitglieder bei der Zentrale in Lübeck ausgeschrieben und gehen dann den Mitgliedern zu. **Jeder Danziger muß als Ausweis seine Mitgliedskarte besitzen!** Die Ausschreibung von etwa 13 000 Karten erfordert Zeit, es wurde also um Geduld gebeten. Zu den Mitgliedskarten werden monatlich verschiedenfarbige Beitragsmarken ausgegeben.

Auf den Aufruf des Bundes sind viele Ortsstellen unter der Leitung tatkräftiger Landsleute ins Leben gerufen. Es haben sich aber an einigen Plätzen Ortsstellen gebildet mit einer allzu geringen Zahl von Mitgliedern (10 bis 12 Personen). Die Ortsstellen sollen eine Mindestzahl von 20 zahlenden Mitgliedern umfassen; sind weniger als 20 Mitglieder, wurde den Danzigern empfohlen, als Einzelmitglieder dem Bund beizutreten oder der nächsten größeren Ortsstelle unter der Bezeichnung „Stützpunkt . . .“ sich anzuschließen.

Nachdem dann die einzelnen Bezirksbeauftragten Bericht über den Stand in ihren Bezirken erstattet hatten, wurden im weiteren Verlauf der Sitzung die verschiedensten Fragen über den Ausbau der Organisation, die Hilfe, die den Mitgliedern auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet geleistet werden soll, über die Betreuung der Jugend, die Pflege des Heimatgedankens u. a. eingehend erörtert. Über das gebildete Jugendreferat, die Wirtschaftsberatungs- und Förderungsstelle, des Ausschusses für Landwirtschaft und weitere Berufsparten werden wir unsere Mitglieder laufend unterrichten, sobald diese Ausschüsse sich organisiert und ihre Arbeit aufgenommen haben.

Zum Schluß der Tagung dankte der Vorsitzende Dr. Sternfeld allen Mitarbeitern, die ehrenamtlich ihre Arbeitskraft und Zeit für die Wahrnehmung der Interessen der Danziger zur Verfügung stellen, für die bisher geleistete wertvolle Arbeit.

### Pensionszahlungen an Danziger

Wir können dieses Mal unseren Danziger Pensionären wenigstens eine beruhigende Nachricht bringen. Wenn auch unsere Wünsche und Forderungen in der Pensionsfrage bisher nicht erfüllt werden konnten, so haben wir jetzt die Gewißheit, daß die Danziger Pensionäre nicht schlechter gestellt werden sollen als die Flüchtlingspensionäre aus dem Osten, z. B. Beamte, die in Ostpreußen ihren Dienstwohnsitz hatten. Es bestand eine Anweisung der britischen Militärregierung

(Finanztechnische Anweisung Nr. 88), aus der die einzelnen Länderregierungen zu entnehmen glaubten, es sei ihnen nicht gestattet, Versorgungsbezüge an Ruhestandsbeamte oder Hinterbliebene zu zahlen, die aus Ländern zugewandert sind, die vor dem Jahre 1938 nicht zum Deutschen Reich gehörten (also auch Danzig). Es wurde daraufhin in vielen Fällen die Zahlung von Pensionen an Danziger eingestellt. Erst auf den Einspruch von berufenen Stellen, auch seitens des Bundes der Danziger, wurde die Zahlung dann wieder wenigstens teilweise aufgenommen.

Jetzt ist von der britischen Militärregierung die Fassung der Ziffer 2 der oben erwähnten „Finanztechnischen Anweisung Nr. 88“ durch folgende Fassung ersetzt:

Pensionen von Ruhestandsbeamten, die nach dem 8. Mai 1945 in die britische Zone gekommen sind oder die vor diesem Zeitpunkt in die britische Zone gekommen sind und denen eine Zahlung in voller Höhe nicht zusteht, sind mit einem Mindestbetrag von DM 100,— monatlich zusätzlich DM 20,— für jedes kinderzuschlagsberechtigte Kind zu zahlen. Vorbehaltlich der Einhaltung dieses Mindestsatzes ist der tatsächliche Zahlungsbetrag dem Ermessen der zuständigen Behörde überlassen.

Diese Bestimmung gilt in gleicher Weise auf Grund von Dienstleistungen bei Reich, Provinz, Kreis oder Gemeinde. Es bleibt danach bis auf weiteres die Höhe des Zahlungsbetrages den einzelnen Ländern überlassen. Nordrhein-Westfalen hat daraufhin bereits folgende Verfügung herausgegeben:

Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen,  
B 3000—210—IV.: 18. 1. 1949.

1. Die verdrängten Versorgungsempfänger des Reichs, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, die nach dem 8. Mai 1945 in die britische Zone gekommen oder die vor diesem Zeitpunkt in die britische Zone gekommen sind und nach Ziffer 1 der Finanztechnischen Anweisung Nr. 88 keine vollen Bezüge bekommen können, erhalten bis auf weiteres Vorschüsse in der bisherigen Höhe.

2. Zu den verdrängten Versorgungsempfängern des Reiches gehören mit Wirkung vom 1. Januar 1949 auch die Versorgungsempfänger aus den verlorenen oder vorübergehend eingegliedert gewesenen Reichsgebieten und diejenigen volksdeutschen Umsiedler, die als Angehörige des öffentlichen Dienstes ihres Herkunftslandes aus Reichsmitteln Versorgung erhielten.

3. . . . .

4. Eine allgemeine Erhöhung der Vorschüsse muß aus zwingenden Gründen (Finanzausgleich, Verhütung von Wanderungen der Verdrängten nach Ländern der jeweils günstigeren Regelung) einer einheitlichen Regelung der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vorbehalten bleiben.

Die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben noch keine neuen Verfügungen erlassen. Der Bund hat bereits Anfang Februar um beschleunigte Entscheidung geeteten. In diesen beiden Ländern bleibt es also bis auf weiteres bei der jetzigen Zahlungsweise und Höhe.

Die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bereitet eine einheitliche Regelung der bisher ländermäßig verschieden gezahlten Vorschußzahlungen an Verdrängte vor. Es ist im Augenblick zwecklos, wenn sich Danziger Pensionäre, die etwa die Geduld verlieren sollten, mit Eingaben an die Regierung wenden. Ob die unbedingt notwendige gesetzliche Regelung der Pensionsansprüche aller verdrängten Beamten in Kürze erfolgt, erscheint zweifelhaft. Der Wirtschaftsrat ist scheinbar auch nicht zuständig. Man wird also das Beamten-Pensionsgesetz wahrscheinlich erst in den Bund Deutscher Länder einbringen können. Dieser Bund ist aber bekanntlich noch gar nicht gebildet. Bis zur endgültigen Fassung durch den Bundestag wird also leider noch viel Zeit vergehen.

Der Bund der Danziger wird diese für unsere Pensionäre so wichtige Angelegenheit genauestens verfolgen und im Mitteilungsblatt regelmäßig über den Stand der Angelegenheit berichten. Die Danziger Pensionäre müssen sich aber darüber klar sein, daß sie in keinem Fall ihre volle Pension erhalten werden, sondern nur einen Teilbetrag. Sämtliche in den Ländern der Westzonen pensionsberechtigten Beamten werden wahrscheinlich auf einen erheblichen Teil ihrer Pension verzichten müssen, um die erforderlichen Mittel für die Zahlung der Pension an die verdrängten Beamten aufzubringen. Wie die Berechnung des ruhegehaltstfähigen Dienstalters erfolgen wird, ist nicht bekannt, auch darüber werden die Entscheidungen erst getroffen werden.

Unser Ziel ist und bleibt, zu erreichen, daß unsere Danziger Pensionäre nicht schlechter gestellt werden, als andere Pensionäre in den Westzonen.



# S O S I E H T ' S D A H E I M A U S . . .

Wenn wir den Verlust eines Menschen zu beklagen haben, dem unsere ganze Liebe gehörte, dann vermögen wir nicht so bald die Sammlung aufzubringen, um mit Gleichgesinnten Erinnerungen auszutauschen, die uns durch langjährigen, vertrauten Umgang mit ihm verbinden. Es will so scheinen, als ob zwischen dem Verewigten und uns erst eine Distanz geschaffen werden muß, bevor wir einen diesseitigen Standpunkt gewinnen, von dem aus wir uns befähigt fühlen, Vergangenes wieder in die Gegenwart zu tragen. Ähnlich verhält es sich auch mit lieb gewordenen Stätten, wo wir unsere Kindheit verbrachten, wo wir in Familiengemeinschaften, in Freundeskreisen und beruflicher Arbeit Freude und Leid, Erfolg und Mühsal erfuhren, kurz, wo wir zu Hause waren. So ließ auch bei uns Danzigern der Schmerz über die verlorene Heimat eine ganze Zeit kaum den Wunsch aufkommen, die Gedanken zu den bewaldeten Höhenzügen, den fruchtbaren Niederungen, zu der rauschenden Ostseeküste und hinein in die unvergleichlich schöne, durch ihre Architekturdenkmale weitberühmte Stadt zu lenken. Allmählich aber, je nach Veranlagung und wohl auch nach Entwicklung der neuen Lebensumstände, haben wir die Distanz gefunden und wollen uns der rauhen Gegenwart zum Trotz in Dankbarkeit eine innere Welt aufbauen, in der wir einst, als sie noch Wirklichkeit war, leben und glücklich sein durften.

Aus der Fülle des Stoffes sei es mir als letztem Konservator der Bau- und Kunstdenkmale in Danzig-Westpreußen vergönnt, von einzelnen historischen Bauten und ihrer Innenausstattung zu berichten, sie vor unser geistiges Auge zu stellen und zu verfolgen, was aus ihnen in den Tagen des Unterganges geworden ist und inwieweit sie im Zuge des beginnenden Wiederaufbaues noch eine Bedeutung haben.

Fangen wir mit einem Bürgerhaus an, dem populärsten in der stattlichen Reihe Alt-Danziger Wohnbauten, dem Uphagenhaus in der Langgasse Nr. 12. Im Jahre 1776, als Danzig nur noch von dem Ruhm seiner großen Vergangenheit zehrte, ließ es der Ratsherr Johann Uphagen errichten und stattete das Innere mit dem erlesensten Geschmack seiner Zeit aus. Dieses späte Beispiel der hochentwickelten Danziger Wohnkultur blieb als einziges von den historischen Bürgerhäusern vor jeder Veränderung bewahrt, abgesehen von der Entfernung des Beischlages, und galt mit Recht als eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges. Eine friedsame kleine Welt, aufgebaut unter dem glücklichen Zeichen von Wohlstand und Kunstsinne, ging hier am 25. März 1945 unter dem Krachen von Bomben und Artilleriegeschossen in einem Flammenmeer unter. Übriggeblieben sind belanglose Reste der Fassade und auf dem Hof die beiden Portale aus dem 16. und 17. Jahrhundert, einsam und verloren in ihrer Unversehrtheit zwischen den hoffnungslosen Trümmern. Es besteht die Absicht, diese so selten gewordenen Zierstücke, nachdem sie zum zweiten Male ihren Heimatplatz verloren haben, an anderer Stelle bei der Restaurierung von Bürgerhäusern zu verpflanzen. Während meines fünfzehnmonatigen Aufenthaltes in Danzig nach der Einnahme hatte ich Gelegenheit, im Kriege verlagertes und nun wieder zurückgebrachtes Kunstgut für die polnische Behörde zu sichten, wobei mir von der kostbaren Inneneinrichtung des Uphagenhauses leider nichts mehr begegnet ist als zwei Türen und einige wenige Stücke von der Wandbekleidung des Musikzimmers.

Gehen wir nun traurigen Herzens die Langgasse entlang, vorüber an den zum Teil noch erhaltenen alten Häuserfassaden mit den formschönen Giebeln, hinter denen die gähnende Leere brüdet, und wir kommen auf den Langenmarkt, diesen architektonisch so wundervollen Platz, wie es nicht leicht einen zweiten in den noch erhaltenen deutschen Städten gibt. Da stehen wir nun vor dem Artushof, der ehemaligen Börse, und es will uns nicht in den Kopf, daß dieses repräsentativste Gebäude unserer Vaterstadt nur noch ein Schemen seiner selbst, ein Schreckgespenst ist. Wir denken an seine große, rühmliche Geschichte, an all das quicklebendige, pulsierende Leben, das hier in Jahrhunderten ein- und ausgeströmt ist. Mit dem Baujahr 1350 reicht die Entstehung dieser geselligen Zusammenkünften dienenden Stätte bis in die Anfänge der ordenszeitlichen Stadtgeschichte zurück. Nach einem Brande im Jahre 1478 wurde der Artushof schöner und größer als zuvor wieder aufgebaut. Seine Abmessungen blieben seitdem unverändert, nur die Ansicht nach dem Langenmarkt und die Ausstattung des Inneren erfuhren im Laufe der Jahrhunderte manche Bereicherung. Die Fassade mit dem dekorativen Giebel Abraham van dem Blockes (um 1610), den weiten gotischen Bogenöffnungen und dem kräftigen Portal, ist mit

verhältnismäßig geringen Beschädigungen davongekommen. Selbst die vier Steinfiguren auf den Konsolen zwischen den Fenstern, Scipio Afrikanus, Themistokles, Camillus und Judas Maccabäus darstellend, haben den Sturm überdauert und hielten getreu ihrer Bestimmung als Symbol der Standhaftigkeit vor dem Grabe des einst so festlich beschwingten Raumes die Totenwacht.

Grauensvoll dann aber der Anblick grenzenloser Verwüstung, der sich uns beim Eintritt in die dreischiffige Halle bietet. Aus Schuttbergen ragen die vier vom Feuer angefressenen Pfeiler. Das auf ihnen ruhende, ehemals sinnvoll zueinanderstrebende Rippensystem, durch den im Feuerorkan zusammenstürzenden holzreichen Dachstuhl durchschlagen und in groteske Bildungen zerrissen, gibt einen lachenden blauen Himmel frei. Aber vergebens halten die Sonnenstrahlen Ausschau nach Werken von Menschenhand, die ihrer Vergoldung wert wären. Vieles von den Bildern, Plastiken und Schnitzereien wurde ja vorher ausgebaut und in Landgebieten geborgen. Was dagegen aus technischen Gründen an Ort und Stelle bleiben mußte, ist in dem höllischen Feuer zu Asche geworden, so auch das Jüngste Gericht von Anton Möller, 1602 von den Danziger Schöppen zum Schmuck ihrer Gerichtsstätte gestiftet.

Einiges von der Innenausstattung, soweit sie den Weg nach Danzig zurückgefunden hat, ist mit anderen Kunstwerken im alten Speicher des Olivaer Schloßparks zusammengetragen. Bei grimmiger Kälte im Januar 1946 identifizierte ich im Auftrage der polnischen Kulturbehörde die einzelnen Stücke und durfte mit Genugtuung erkennen, daß manche lieben, alten Bekannten zur Stelle waren. Ihre Lage glich unserem Flüchtlingensend. Unvergeßlich wird mir der Anblick des großen Christopher bleiben, hilflos am Boden hingestreckt und doch, wie nie zuvor, die Mächtigkeit erweisend, die Meister Paul mit dieser Frührenaissanceschöpfung erreicht hatte. Als ob er den legendären Fährmann schützen wollte, stand der heilige Reinhold neben ihm mit aufrechter Lanze. Der Holzschnitzer Adrian Karffycz hatte sich mit dieser reich ornamentierten Plastik noch entschiedener von der bisherigen mittelalterlichen Kunstübung entfernt als Meister Paul mit seinem eben genannten Alterswerk. Von der Ausstattung noch aus gotischer Zeit enthielt der Artushof die schlichte Figur Jakobus des Älteren und den Drachentöter St. Georg. Es war mir richtig ein Trost, dem Jünger Jesu hier zu begegnen, und als ich ihn unversehrt mit seinem Wanderstab vor mir sah, in rüstiger Bereitschaft, auch weiterhin durch diese verwirrte Welt zu ziehen, gedachte ich des Wortes im 23. Psalm, Vers 4: „Dein Stecken und Stab tröstet mich.“ Weich ein Unterschied zwischen der stillen, tiefen Frömmigkeit, die aus einem solchen mittelalterlichen Bildwerk spricht, und dem religiösen Pathos einer barocken Madonnenfigur, wie sie im Artushof auf der Konsolenseite nahe dem Kachelofen stand! In der dem Speicher gegenüberliegenden Remise hatte sie sich eingefunden, den unwirtlichen Raum mit ihrer ganzen hoheitsvollen Anmut erfüllend. Man verzeihe mir, wenn ich in diesem Zusammenhang erwähne, daß als Hintergrund dieser liebenswerten Plastik ein Wagen der alten Danziger Pferdebahn dienen mußte. Das Kind im Manne wollte spielen — trotz Kälte, Hunger und Herzensnot — und bestieg dieses Requisite des ehemaligen Heimatmuseums, um sich einen Augenblick in jene verschwundenen Tage zurückversetzt zu fühlen, als es, wirklich ein Kind, in den scheinbar so festen Geleisen seiner Zeit durch die friedlichen Gassen Danzigs fuhr. Beim Aussteigen konnte ich es mir nicht versagen, der Messingglocke am Führerstand, wenn auch nur zaghaft, einen Ton zu entlocken, dessen heller Klang, so profan er war, mir irgendwie zu Herzen ging. Eine freudige Entdeckung waren dann noch einige der charakteristischen Bilder in Halbkreisform (in den alten Verträgen, „Rundele“ genannt), darunter von Lorenz Lawenstein „Die Heimkehr des Jephtha“. Auch verschiedene der hierzu gehörigen, trefflich geschnitzten Rahmen von Karffycz und Paul lagen dabei. Der Abschied von dem vertrauten Kreis, mit dem mich in dieser Stunde gewissermaßen eine Notgemeinschaft verband, war der schwerste Teil meiner Aufgabe, und ich kam mir beinahe wie treulos vor, als ich die Tore behutsam hinter mir geschlossen hatte.

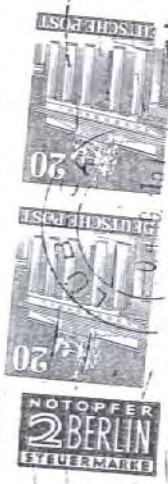
Inzwischen sind alle hier erwähnten Kunstwerke in einer ihrer Bedeutung gemäßen würdigen Umgebung untergebracht worden. „Die Heimkehr des Jephtha“, zu der sich noch die „Belagerung Marienburgs“ von Martin Schoninck (1533) gesellt hat, schmücken den Saal des völlig wiederhergestellten altstädtischen Rathauses-Pfefferstadt. Die übrigen Bildwerke

sind als willkommene Ausstellungsobjekte in das jetzt staatliche Museum — Fleischer-gasse — gezogen, wo sie im Kreuzgang recht vorteilhaft zur Geltung kommen. Ein Glanzstück der Artushofausstattung, die St.-Georgs-Gruppe, nabe ich leider mit eigenen Augen nicht mehr gesehen, doch hörte ich schon im Oktober 1945, daß sie geborgen ist. Nun prangt auch dieses von dem tüchtigen Meister Hans Brand geschaffene Schnitzwerk im Museumskreuzgang. Die Einzelheiten der Komposition, der edle Kopf des Ritters, seine schimmernde Rüstung, das mutige Roß, das erregende Moment des ungestüm flatternden Mantels, der sich unter dem Lanzenstich aufbauende Drachen, die entsetzte Prinzessin und die Burgarchitektur im Hintergrund — sie alle sind hier dem Beschauer zugänglicher als am ursprünglichen Platz links neben dem hohen Kachelofen. Wie aber in einer Partitur eine einzelne Instrumentalstimme ihren Sinn nur im Zusammenklang mit den anderen Stimmen erhält, so fiel jedem Schmuckteil der hochgewölbten Artushofhalle eine wohlverworbene Bedeutung im Rahmen der Gesamtdecoration zu, deren Verlust tief zu beklagen ist.

Solange es Menschen gibt, die Gut und Böse voneinander unterscheiden können, kämpft St. Georg gegen den Drachen, heute erbitterter denn je. In diesem Kampf sollen gerade wir Danziger den Schutzheiligen unserer lieben Ostseeküste unterstützen und nicht, wie die Prinzessin, angstvoll vor dem Unfler in die Knie sinken. Man verstehe mich recht: Zwar um vieles ärmer geworden, wollen wir uns doch nicht in Kummer über die verlorene Heimat verzehren, sondern mutig — im Vertrauen auf den weisen Sinn allen Geschehens — dort weiterleben, wo uns ein hartes Schicksal hinbefohlen hat.

E. V.

ZEITUNGSDRUCKSACHE



An *Fräulein*

*Gerhard Stobbe*

*147*  
*Vanblingen*  
*h. Smügalt*  
*Schomdorferstr. 2*

**Identifizierte Danziger von Bord des U-Boot „3520“**

Am 29. Januar 1945 lief das U-Boot „3520“ mit etwa 100 Personen an Bord (Besatzungsmitglieder und Angehörige) aus Danzig Richtung Kiel aus. Am 31. Januar 1945 lief es in der Eckernförder Bucht auf eine Mine und sank mit der gesamten Besatzung.

Im Januar 1949 wurde, wie unsere Mitglieder in Zeitungsartikeln gelesen haben werden, das U-Boot gehoben und zur Verschrottung zu den Deutschen Werken nach Kiel gebracht. Bei der Ausräumung fand man die Leichen der Ertrunkenen. Der Bund hatte sich sofort mit der Polizei in Kiel in Verbindung gesetzt. Aus Soldbüchern, Ausweisen, Erkennungsmarken und sonstigen Papieren konnten eine Reihe von Personen identifiziert werden, darunter folgende Danziger:

Masch.-Maat Alfred Domberg, geb. 7. März 1916, Danzig; Ehefrau Margarethe Dörner geb. Biegott, geb. 7. August 1922, Zoppot; Kind Hermann Dörner, zirka 2 Jahre alt; Matrose Harald Hinst, geb. 15. Juni 1926, Danzig; Matr.-Obergefr. Kurt Lenz, geb. 22. Oktober 1924, Danzig; Masch.-Maat Clement Stenke, geb. 13. Juli 1913, Zoppot; Ehefrau Erika Stenke, geb. Jeschke, geb. 21. Sept. 1914, Danzig-Langfuhr; Kind Anneliese Stenke, geb. 17. Dezember 1925, Zoppot; Kind Ursula Stenke, geb. 10. Oktober 1938, Zoppot.

Wir geben diese Namen bekannt und bitten, uns gegebenenfalls die Anschrift von den Angehörigen der Verstorbenen zuzuleiten.

**Die Geschäftsstelle des Bundes hat wieder vorrätig:**

Danziger Wappennadeln in solider, geschmackvoller Ausführung zum Preise von 1,25 DM pro Stück.  
Postkarten mit Danziger Wappen pro Stück 0,10 DM.  
Danziger Fotos (die schönsten Ansichten aus dem unzerstörten Danzig) als Postkarten pro Stück 0,30 DM.  
Aschbecher aus Metall mit eingepprägtem Danziger Wappen pro Stück 1,25 DM.  
Versand erfolgt nach Einsendung des Betrages und der Portokosten.

BUND  
DER DANZIGER EV.  
LÜBECK  
Beckergrube 41

**ADRESSEN UND FAMILIEN-NACHRICHTEN**

**Gesucht werden**

Friedrich Wilh. Reck, Betriebsleiter der Schokoladenfabrik A. Lindemann — O. Steuer. Er wurde als Zivilist von den Russen in Danzig gefangen genommen und zuletzt in Neuenburg Wpr. gesehen, wo er mit anderen Danzigern einem Krankentransport zugeteilt war, der nach Schwetz führen sollte. Nachrichten erbelen an Frau Adele Reck, (16) Großbeul-Linden. Kr Gießen, Ludwigstraße 48.

Welcher Zivilgefangene des Narviklagers kann über das Schicksal meines Mannes Walter Gutjahr, geb. 23. 9. 1901 in Danzig, wohnhaft Danzig, Hintergasse 19b, Auskunft geben an Frau Jenny Gutjahr geb. Wessel, Gütersloh Westf., Königstraße 50.

z. za? Reinke, Neufahrwasser, Paul-Beneke-Weg Nr. 12, zuletzt Altersheim Pelonken. Nachricht an Alfred Reinke, Lübeck, Postfach 431.  
Vermißt seit Juni 1944 Feldw. Oswin Pöschko, Feldpost-Nr. 42 832 A. bei Mogilew. Nachricht erbittet Frau Käthe Pöschko, früher Sandgrube 51, jetzt Reutte/Tirol, Bahnhofstraße 289.

**Stellengesuche**

Elfriede Watschikowski aus Praust, 18 Jahre alt, wünscht Stellung im Haushalt, wo sie das Kochen lernen kann. Anscr.: (24) Vorholz Post Temsfeld, Kreis Segeberg, bei Brockmann.  
Siegfried Lehmann, Buchhalter, 31 Jahre alt, (21a) Velde, Bahnhofstr. 8, sucht Anstellung.

Dr. phil., Chemiker, früherer Zuckerfabrikant, sucht dringend, da schon lange arbeitslos, Beschäftigung irgendwelcher Art. Technisch. Kenntnisse vorhanden, auch organisatorisch befähigt. Angebote an Kurt Remuss, Lübeck, Untertrave 3e.

**Goldene Hochzeit**

feierten am 6. März 1949 die Eheleute Malermeister Theodor Zander, Danzig, Karpfen-seigen 7, jetzt Neuburg Donau, Donauwörther Straße B 63 1/4

**Es starben**

Heinrich Anker, Los Angeles USA.  
Siegfried Lewin (früher Freymann, Danzig), Los Angeles USA.

**EIDERKRUG  
KIEL**

Inhaber Kurt Martschinske  
Hamburger Chaussee 349, Ruf 3644  
Verkehrslokal der Danziger

Am 9. Juli 1945 verstarb im Narviklager mein lieber Mann ALFRED ERTEL, 54 Jahre alt. Allen Kameraden zur Kenntnis. Frau Frieda Ertel, geb. Saar Braunlage Harz, Herz-Joh.-Albrecht-Str. 18

Heimatbücher, Schöne Literatur, Jugendschriften  
Bücherprospekt unentgeltlich durch  
Elwert-Gräbe und Unzer, Marburg  
Reitgasse 9, VI

**EUGEN WEGNER**

(24b) Ahrensburg, Holst. Ronde'l 8, bei Witten  
Armbanduhren, Wecker, Küchenuhren  
Schmucksachen aller Art  
Reiche Auswahl n Einsegnungs-geschenken

FABRIK DANZIGER LIKÖRE  
Bekannt in Danzig seit 1838

**MATZKO**  
Inh.: Margot Marzahn

jetzt: LÜBECK-SCHLUTUP  
Fabrikstraße 6-8

Auskünfte über Familien- und andere Mitteilungen für diese Seite erteilt: Kurt Remuss, (24a) Lübeck, Untertrave 3 E, Fernruf 2 75 05.